



# Tätigkeitsbericht des Landrates über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 2011

## Inhaltsverzeichnis

Landratsbereich.....	4
Wirtschaftsförderungsbeauftragter .....	4
Antikorruptionsbeauftragter.....	9
Behinderten- und Seniorenbeauftragte .....	9
Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte .....	11
Untere Kommunalaufsicht.....	13
Rechnungsprüfungsamt.....	15
Öffentlichkeitsarbeit .....	16
Dezernat I.....	19
Hauptamt.....	19
Amt für Finanzen und Personal.....	22
Straßenverkehrsamt .....	27
Dezernat II.....	33
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt .....	33
Sozialamt.....	37
Gesundheitsamt.....	42
Dezernat III.....	49
Ordnungsamt.....	49
Bauamt .....	57
Umweltamt.....	61
Landwirtschaftsamt.....	67
Dezernat IV .....	72
Kreisentwicklungsamt .....	72
Kataster- und Vermessungsamt.....	78
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde .....	80
Dezernat V .....	87
Jugendamt.....	87
Amt für Bildung und Kultur .....	98
Staatliches Schulamt Wünsdorf .....	104

# Landkreis Teltow-Fläming

## Der Landrat



Luckenwalde, März 2012

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

wie zu Beginn eines jeden neuen Jahres üblich, haben alle Ämter und Bereiche der Kreisverwaltung Teltow-Fläming die vergangenen zwölf Monate bilanziert. Das Ergebnis dieser Analyse liegt vor Ihnen – der Tätigkeitsbericht 2011. Er soll Sie nicht nur gründlich informieren, sondern Ihnen helfen, die Leistungen der Kreisverwaltung einschätzen und beurteilen zu können.

Es ist kein Geheimnis, dass das zurückliegende Jahr nicht einfach war. Leere Kassen erschwerten und erschweren die Arbeit. Auch globale Probleme wie Finanzkrisen, der Klimawandel und die demografische Entwicklung machen um unsere Region keinen Bogen und haben Einfluss auf die Tätigkeit der Kreisverwaltung. Umso dankbarer bin ich, dass sowohl unsere Mitarbeiter als auch Sie, werte Abgeordnete, diese schwierigen Prozesse mit Ihren Kenntnissen und Erfahrungen begleitet haben.

Ich bitte Sie darum, sich anhand des vorliegenden Berichtes ein genaues Bild über das Erreichte zu machen. Freuen Sie sich darüber, dass sich der Landkreis Teltow-Fläming in der Summe der vergangenen Jahre gut entwickelt hat, aber legen Sie den Finger auch auf wunde Punkte oder Schwachstellen. Keine Arbeit könnte nicht noch besser gemacht werden, und deshalb sind wir dankbar und froh über Ihre Hinweise. Dabei gehe ich davon aus, dass wir auch künftig Hand in Hand arbeiten und stets das Ziel einer effizienten, bürgerfreundlichen Verwaltung vor Augen haben. Nur, wenn wir gemeinsam handeln, sind wir für die Zukunft gut aufgestellt und können unsere Region weiter voranbringen.

Ich hoffe, Sie auf diesem Wege auch künftig an unserer Seite zu haben. Für die geleistete Arbeit zum Wohle des Landkreises danke ich Ihnen herzlich und wünsche Ihnen und uns auch weiterhin Erfolg.

Peer Giesecke  
Landrat

# Landratsbereich

## Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Im Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten (WFB) werden die vier Aufgabengebiete Wirtschaftsförderung, Beteiligungsmanagement, Arbeitsmarktpolitik und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bearbeitet.

### ➤ *Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement*

Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung wurde auch im Jahr 2011 im Landkreis weiter fortgesetzt. So schätzte die Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) zum Ende des Jahres ein, dass es keine andere Region im Land gibt, die eine so vielschichtige und erfolgreiche entwickelte Branchenstruktur vorweisen kann. Der Landkreis kann diverse positive Besonderheiten aufweisen. So hat er als einziger, mit Luckenwalde und Ludwigsfelde, gleich zwei regionale Wachstumskerne, wobei sich Ludwigsfelde, als ausgezeichneter Industriestandort mit einer perfekten infrastrukturellen Lage auszeichnet. Das Güterverkehrszentrum (GVZ) Großbeeren hat es geschafft, in das europäische Top-Ranking vorzustoßen. Weitere Premium-Standorte sind Dahlewitz mit dem Center of Excellence von Rolls-Royce sowie der Biotechnologiepark Luckenwalde.

Zum Jahresende verkündete der Energy-Sektor von Siemens, dass der Konzern in Ludwigsfelde 66 Mio. € investieren wird. Der Standort im Preußenpark Ludwigsfelde hat sich gegen zehn andere gezielt ausgewählte und untersuchte Standorte weltweit durchgesetzt. Auf 3,6 Hektar soll bis 2014 ein Brenner-Testzentrum für Gasturbinen entstehen.

Auf der Grundlage der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – GRW – (GRW-G) wurden von der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB Brandenburg) 18 Förderzusagen erteilt, mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 25,48 Mio. €, davon waren 6,15 Mio. € Zuschüsse. Insgesamt wurden 85 neue Arbeitsplätze geschaffen und vorhandene gesichert. Die Arbeitslosenquoten haben sich im Laufe des Jahres weiter äußerst positiv entwickelt (siehe Arbeitsmarktpolitik).

In Zusammenhang mit der angespannten Haushaltslage galt es aber auch, die Wirtschaftlichkeit, den Zweck, die Art und den Umfang der wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises zu überprüfen. Hierzu wurde auf der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft am 11. Mai angeregt und am 12. September vom Kreistag beschlossen, die „Arbeitsgruppe zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Landkreis TF“ zu bilden, die sich mit Art, Umfang und Struktur einer sinnvollen Wirtschaftsförderung im Landkreis Teltow-Fläming auseinandersetzt. Diese Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern des Kreistags, der Wirtschaftswissenschaft (Technische Hochschule Wildau), der Landeswirtschaftsförderung (Zukunftsagentur Brandenburg GmbH) sowie der Verwaltung und wird vom WFB geleitet. Insgesamt tagte die Arbeitsgruppe bisher fünf Mal. Auf der Grundlage eines durch den WFB erarbeiteten Konzeptes zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung nahm die Arbeitsgruppe zunächst eine umfassende Aufgabenkritik der bisherigen Betätigungsfelder auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung im Landkreis unter Einbeziehung der relevanten Beteiligungen des Landkreises vor. Dabei nahm die Struktur- u. Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG) eine zentrale Stellung ein. Abgeleitet von den bisherigen Strukturen der Wirtschaftsförderung (bei SWFG und Kreisverwaltung) und dazugehörigen auf den Prüfstand gestellten Kosten hat die Arbeitsgruppe auf Grundlage des vom WFB erarbeiteten Konzeptes zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung eine neue Struktur einschließlich Kostenplanung empfohlen.

Der Ausschuss für Wirtschaft des Kreistages hat diesen Prozess aktiv begleitet und empfahl dem Kreistag in seiner Sitzung am 18. Januar 2012 die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung im Landkreis.

Das Jahr war wieder geprägt von der kontinuierlichen weiteren Zusammenarbeit vieler bewährter Partner. Die weitere erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung des Landkreises, die in erster Linie auf das Engagement der Wirtschaft selbst zurückzuführen ist, wird durch den Landkreis, durch die Arbeit der kreislichen Koordinierungsgruppe und die zielstrebige Tätigkeit des Investitionsmanagements der Kreisverwaltung sowie die auf diesem Gebiet tätigen Partner wie IHK, Kreishandwerkerschaft, ZAB, ILB Brandenburg, Arbeitsagentur Potsdam und Jobcenter TF, die hauptamtlichen Wirtschaftsförderer der Städte und Gemeinden, SWFG, ZAL u. v. m. nach Kräften unterstützt.

Die Breitbandinitiative Teltow-Fläming ist für den Landkreis von großer Bedeutung und wird immer mehr zur Erfolgsgeschichte. Bis zum Jahr 2011 wurden auf Grund der guten Zusammenarbeit zwischen der SWFG, dem Landkreis und den Städten und Gemeinden des Landkreises Fördermittel für den Breitbandausbau von ca. 3,0 Mio. € von den unterschiedlichsten Institutionen bereitgestellt. Mit diesen zu Verfügung stehenden Fördermitteln werden Investitionen von ca. 6,1 Mio. € ermöglicht, die zum großen Teil im Kalenderjahr 2012 umgesetzt werden.

Auch der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die vielfältigen Aktivitäten des Tourismusverbandes Fläming e. V. waren überwiegend von der Vorbereitung des 112. Deutschen Wandertages im Fläming vom 20. bis 25. Juni 2012 geprägt. Der Landkreis hatte bis 31. Dezember 2011 Zuwächse sowohl bei den Gästezahlen als auch bei den Übernachtungszahlen in Höhe von jeweils plus 4,8%. Das sind absolute Übernachtungen von 540.536.

Die internationale Zusammenarbeit mit unseren Partnern aus Polen wurde durch gegenseitige Besuche fortgesetzt. Dabei nahm eine Delegation aus Gniezno an der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming und an der Wirtschaftspreisverleihung in Luckenwalde im Oktober teil. Demgegenüber steht der Besuch des WFB und des Geschäftsführers der SWFG mbH zur Verleihung des Wirtschaftspreises im polnischen Gniezno. Gemeinsam mit den Geschäftsführern der SWFG mbH und der Kreishandwerkerschaft nahm der WFB an einer Arbeitsmarktmesse / Stellenbörse in Gniezno teil.

#### ➤ *Arbeitsmarktpolitik*

Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik lag ein Schwerpunkt in der erfolgreichen Weiterführung des Regionalbudgets (RB). Es handelt sich dabei um ein durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördertes Programm, das durch die Einbeziehung regionaler Entscheidungsträger neue Wege der Beschäftigungsförderung - über die Möglichkeiten des SGB II und III hinaus - ermöglicht. Es soll den Arbeitslosen Perspektiven eröffnen und zugleich die Regionalentwicklung stärken. Das Regionalbudget verfolgt folgende vom Land vorgegebene strategische Zielstellungen:

1. Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung von arbeitslosen Frauen und Männern
2. Verbesserung der sozialen Eingliederung von arbeitslosen Frauen und Männern
3. Anregung von Akteurskooperationen und Netzwerkbildung vor Ort

In den Förderzeiträumen RB I bis III hatte der Landkreis den Schwerpunkt mehr auf die Deckung des Fachkräftebedarfs und damit auf die Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Menschen gelegt. Aus der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Stärken- u. Schwächenanalyse des Landkreises schlussfolgernd, wurde und wird im Förderzeitraum des RB IV vom 1. März 2010 bis 30. April 2012 der Schwerpunkt darauf gelegt, sich mehr den sozial schwächeren Langzeitarbeitslosen, insbesondere den Jugendlichen

mit sehr schlechter sozialer Einbindung und multiplen Problemlagen zu widmen. Damit soll entstehenden und sich verfestigenden sozialen Schwerpunkten entgegengewirkt und diese Jugendliche als qualifizierte Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zugeführt werden. Aus diesem Grund werden verstärkt Projekte gefördert, die der landespolitischen Zielstellung 2 der Regionalbudgetförderung des Landes Brandenburg „Verbesserung der sozialen Eingliederung von arbeitslosen Frauen und Männern“ zuzuordnen sind.

Es wurde im Landkreis der Entschluss gefasst, den vierten Förderabschnitt in die Phasen RB IV-I (01.03.2010 bis 28.02.2011) und RB IV-II (01.03.2011 bis 28.02.2012) aufzuteilen, um so nach einer Bewertung der Teilprojekte bezüglich ihrer Zielführung innerhalb der RBIV-I- Phase eine Entscheidung über deren Weiterführung in der Phase IV-II treffen zu können.

Am 25.09.2009 wurden in der Steuerungsgruppe des Regionalbudgets TF die Zielvereinbarung, die Konzeptfortschreibung sowie der Gesamtfinanzierungsplan mit der Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Projekte für das RB IV-I vorgestellt und bewertet.

Dies geschah auf der Grundlage der vorangegangenen Auswertungen des beschränkten Ideenwettbewerbs und des gemeinsam mit dem Jobcenter TF durchgeführten Abstimmungsverfahrens zur Trägereignung und des Gemeinsamen Interessenbekundungsverfahrens des Regionalbudgets Teltow-Fläming mit dem Jobcenter, in deren Ergebnis 13 Teilprojekte einstimmig positiv bewertet wurden. Im RB IV-II wurden alle 13 Projekte weitergeführt. Bei einem Projekt wurde ein Trägerwechsel wegen mangelnder Erfüllung der Zielindikatoren durch die Steuerungsgruppe beschlossen.

Im vierten Förderabschnitt (RB IV), der sich erstmalig über zwei Jahre erstreckt, wurden mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASF) auf der Grundlage der am 11.01.2010 abgeschlossenen Zielvereinbarung folgende Ziele vereinbart:

- 840 Teilnehmer/innen (TN)
- 99 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- 76 Übergänge in berufliche Erstausbildung
- 22 Übergänge in Selbstständigkeit
- von den 840 Teilnehmern sollen mindestens 79,7% Langzeitarbeitslose sein
- der Frauenanteil soll 46,9 % betragen

Bis zum 31.12.2011 wurden davon erreicht:

- 875 Teilnehmer/innen (TN)
- 80 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- 74 Übergänge in berufliche Erstausbildung
- 24 Übergänge in Selbstständigkeit
- 50 Übergänge in konkret arbeitsplatzbezogene Qualifizierung
- zusätzlich: 49 Übergänge zur Verbesserung der Schulabschlüsse
- zusätzlich 8 Übergänge in öffentlich geförderte Beschäftigung („Arbeit für Brandenburg“ bzw. „Bürgerarbeit“)
- zusätzlich 2 Übergänge in geringfügige Beschäftigung
- Anteil Langzeitarbeitsloser 89,26 %
- Anteil Frauen 45,94 %

Aus dem Verhältnis der bisher erreichten Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, berufliche Erstausbildung und Selbstständigkeit zu der bisherigen Teilnehmerzahl ergibt sich eine Integrationsquote von 21,19 %.

Im RB IV wurden per 31.12.2011, in den 13 Projekten 1.561.852 € ESF-Mittel eingesetzt. Der Anteil an Kofinanzierungsmitteln betrug 1.027.669 €. Das sind im Verhältnis zu den Gesamtmitteln 39,69%.

Im Rahmen des Bundesprogramms Kommunal-Kombi waren im Jahr 2011 227 Stellen im Landkreis besetzt. Bei den Stelleninhabern handelt es sich um Langzeitarbeitslose, die für drei Jahre eine neue Chance am Arbeitsmarkt erhalten haben. Der Landkreis hat davon selbst 10 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Die Maßnahmen enden im Jahr 2012. Die Weiterleitung der kofinanzierenden Landesmittel und der eingesparten Kosten der Unterkunft an die Träger erfolgt über den Bereich des WFB.

Das im Jahr 2010 von der Landesregierung ins Leben gerufene Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ (AfB) wurde im Landkreis mit 20 neu eingerichteten Stellen, gefördert für zwei Jahre, weitergeführt. Von den 34 in 2010 geschaffenen Stellen hat das Jobcenter 20 Stellen ab dem 1. September um ein zweites Jahr verlängert, sodass per 31.12.2011 insgesamt 40 langzeitarbeitslose Menschen im Landkreis im Rahmen des Landesprogramms AfB beschäftigt waren. Auch hier organisiert der WFB-Bereich die Weiterleitung der Landes- und Kreismittel.

Durch die Teilnahme des Jobcenters TF am Bundesprogramm „Bürgerarbeit“ wurden im Jahr weitere 157 zusätzliche gemeinnützige Beschäftigungsplätze für Kunden des Jobcenters TF, die nicht in reguläre Beschäftigung integriert werden konnten, geschaffen. Der Landkreis beteiligt sich mit 8 neu eingerichteten, zusätzlichen und geförderten Stellen. Auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses werden auch die „Bürgerarbeitsplätze“ in Höhe der eingesparten Kosten der Unterkunft bezuschusst. Um bei den Teilnehmern in den „Bürgerarbeitsplätzen“ die erheblichen vorhandenen Vermittlungshemmnisse abzubauen, hat der Landkreis für 75 Beschäftigungsstellen ein zusätzliches Coaching, gefördert aus dem Landesprogramm „AfB“, in Höhe von 250 € monatlich pro Teilnehmer beantragt. Diese zusätzlichen Betreuungs- und Qualifizierungsleistungen werden durch drei Träger realisiert, die auf der Grundlage ihrer Konzepte vom Landkreis, im Einvernehmen mit dem Jobcenter und mit Zustimmung des MASF, ausgewählt wurden. Das Coaching soll eine schnellere Integration der Teilnehmer auf den ersten Arbeitsmarkt bewirken. Das Coaching wird durch die Sachbearbeiterin für Arbeitsförderungsprogramme „Arbeit für Brandenburg“ und „Bürgerarbeit“ beim WFB koordiniert und gesteuert.

All diese Ergebnisse haben mit dazu beigetragen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 2011 erheblich verbessert hat.

Von Arbeitslosigkeit waren in Teltow-Fläming im Dezember 2011 insgesamt 6.508 Menschen betroffen, davon 1970 im Rechtskreis SGB III (ALG I) und 4538 im Rechtskreis SGB II (ALG II). Die Arbeitslosenquote belief sich auf 7,3%. Gegenüber Dezember 2010 ist das ein Rückgang von insgesamt 624 Personen (8,7%). Im Jahr 2006 waren im Jahresdurchschnitt noch 11.944 Menschen im Landkreis ohne Arbeit (4.518 im SGB III; 7.426 im SGB II).

Der WFB arbeitete auch 2011 aktiv als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Potsdam und seit September als Mitglied im Beirat Jobcenter Teltow-Fläming mit. Die Sachbearbeiterin für Arbeitsmarktpolitik ist als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Potsdam berufen.

#### ➤ *Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)*

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) lag der Arbeitsschwerpunkt weiterhin auf der Umsetzung des Nahverkehrsplanes, der für die Jahre 2009 - 2013 durch den Kreistag am 15. Dezember 2008 beschlossen wurde. Damit und mit dem Ende 2009 nach der EU-Verordnung 1370/2007 überarbeiteten Verkehrsverträgen mit allen im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen ist Planungssicherheit sowohl für die Verkehrsunternehmen als auch für den Landkreis als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV lt. ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg für die nächsten Jahre gegeben.

Darüber hinaus wurden mit den benachbarten Landkreisen Verwaltungsvereinbarungen zu den die Landkreisgrenzen überschreitenden Linien abgeschlossen und damit ebenfalls eine EU-rechtskonforme Regelung dieser Leistungsaustausche herbeigeführt.

Ähnliche Verwaltungsvereinbarungen wurden mit den Kommunen mit Ortslinienverkehr vorbereitet und 2010 mit den Städten Luckenwalde und Jüterbog abgeschlossen. Der Abschluss der entsprechenden Vereinbarungen mit Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow konnte im Laufe des Jahres 2011 realisiert werden.

Somit konnte erreicht werden, dass den Gesamtaufwendungen für den ÖPNV in Höhe von 6.990 T€ Gesamterlöse von 4.630 T€, die sich aus 4.330 T€ Landeszuweisungen und 300 T€ Beteiligungen von anderen Landkreisen und Kommunen zusammensetzen, gegenüberstanden. Durch den Landkreis waren dementsprechend 2.360,0 T€ als Eigenmittel für den ÖPNV zu finanzieren.

In Verwirklichung von Zielstellungen des Nahverkehrsplanes zur Erprobung von alternativen Verkehrsangeboten wurde 2010 ein Rufbuskonzept in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal in die Praxis überführt. Die Nachhaltigkeit dieses Angebots konnte auch im Jahr 2011 nicht überzeugen. Über die weitere Betreuung und die Beteiligungsvoraussetzungen durch die Kommune wird im Jahr 2012 zu entscheiden sein.

Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg gibt es eine enge Zusammenarbeit. Durch die Tätigkeit des Landrates als Vorsitzender des Aufsichtsrates und des WFB im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH konnte auch durch unseren Landkreis erfolgreich auf die positive Entwicklung des ÖPNV im Verbundgebiet Einfluss genommen werden. Dabei lag der Schwerpunkt im Jahr 2011 auf der bestmöglichen Anbindung des zum Juni 2012 in Betrieb gehenden Flughafens BER.

Über die im Nahverkehrsplan enthaltene Investitionsrichtlinie konnten Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur in Höhe von 368 T€ durch die Bereitstellung von 161,4 T€ aus o. g. Richtlinie unterstützt werden. Es handelte sich dabei insbesondere um Investitionen für eine Restzahlung zur P+R-Anlage und den Zugang zum Haltepunkt Großbeeren sowie um insgesamt 24 Bushaltestellen bzw. Aufstellflächen in Blankenfelde, Mahlow, Glasow, Zossen, Wünsdorf, Trebbin, Mietgendorf, Groß Schulzendorf, Genshagen und Petkus.

Durch die Ausreichung der 2. Rate im Rahmen des Projektes „INNOS“ konnten die technischen Voraussetzungen zur Einführung des E-Ticketing beim Verkehrsunternehmen VTF mbH weiter voran getrieben werden.

Der Nahverkehrsbeirat hat die Verwaltung bei im Laufe des Jahres aufgetretenen Problemen des ÖPNV engagiert unterstützt. Im Beirat wirken der WFB und die Sachbearbeiterin für ÖPNV aktiv mit.



## Beauftragter zur Korruptionsprävention und –bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter)

Zum 1. November wurde ein neuer Beauftragter zur Korruptionsprävention und –bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter) für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming benannt. Er ist Ansprechpartner für die Beschäftigten der Kreisverwaltung, Kreistagsabgeordneten, Bürger und Unternehmen sowie die Strafverfolgungsbehörden.

Zum Ende des Jahres wurde eine Dienstanweisung zur Korruptionsprävention entworfen. Sie regelt insbesondere den Umgang mit Geschenken und Einladungen und beschreibt die wesentlichen Aufgaben des Antikorruptionsbeauftragten. Sie stellt eine erste Maßnahme zur Vermeidung von Korruption dar und soll im Jahr 2012 in Kraft treten.

Im Intranet der Kreisverwaltung wurde eine neue Rubrik „Antikorruption“ eingerichtet. Der Antikorruptionsbeauftragte veröffentlicht dort u.a. Dienstanweisungen, Statistiken und Hinweise, aber auch Videos, mit deren Hilfe die Beschäftigten angeregt werden können, sich mit der Thematik „Korruption“ auseinanderzusetzen, um ihre Verhaltensweisen zu überprüfen und gegebenenfalls anschließend anzupassen.

## Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte vertritt im Landkreis die Interessen behinderter und älterer Menschen. Sie arbeitet mit den Beiräten, den Verbänden, den Vereinen, den Selbsthilfegruppen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Landesbehindertenbeauftragten zusammen und steht dem Landkreis sowie Hilfesuchenden beratend zur Seite.

Im Landkreis leben nach Angaben des Landesamtes für Soziales und Versorgung Cottbus zum Stichtag 31. Dezember 2011 insgesamt 23.662 Menschen mit einer Behinderung. Die Entwicklung des Anteils an behinderten Menschen im Landkreis stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl der Menschen mit Behinderung gesamt	Veränderungen zum Vorjahr
2004	19.975	1.469
2005	21.316	1.341
2006	22.386	1.070
2007	23.204	818
2008	24.206	1.002
2009	24.147	- 59
2010	25.278	1.131
2011	23.662	- 1.616

Stand 31.12.2011	gesamt	männlich	weiblich
Anzahl behinderter und schwerbehinderter Menschen (Grad der Behinderung von 30 %)	23.662	11.952	11.710
davon mit GdB			
30	4.850	2.430	2.420
40	2.398	1.191	1.207
50	5.218	2.601	2.617
60	2.714	1.367	1.347
70	1.683	868	815
80	2.050	1.120	930
90	870	426	444
100	3.879	1.949	1.930
Anzahl als schwerbehindert anerkannter Menschen (Grad der Behinderung ab 50 %)	16.414	8.331	8.083
davon:			
0 - 6 Jahre	54	30	24
6 - 15 Jahre	197	117	80
15 - 25 Jahre	344	199	145
25 - 35 Jahre	549	327	222
35 - 45 Jahre	779	376	403
45 - 55 Jahre	2.057	1.051	1.006
55 - 60 Jahre	1.521	790	731
60 - 65 Jahre			
<u>Ursache der erheblichsten Beeinträchtigung:</u>			
- anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstschädigung	59	52	7
- angeborene Behinderungen	828	444	384
- Berufskrankheiten und Berufsunfälle	136	112	24
- übrige Unfälle	217	163	54
- allgemeine Krankheiten	14.256	7.034	7.222
- sonstige Ursachen	918	526	392

Zum Ausgleich eines behinderungsbedingten Mehraufwandes wurde Pflegegeld nach dem Landespflegegeldgesetz wie folgt gewährt:

Leistungen	Anzahl der Empfänger	Ausgaben insgesamt
Blindengeld	149	412.411,77 €
Gehörlosengeld	74	72.406,00 €
Pflegegeld	12	19.187,92 €

Auch 2011 finanzierte der Landkreis als freiwillige Aufgabe einen Fahrdienst für außergewöhnlich gehbehinderte Menschen. 357 Anspruchsberechtigte erhielten die entsprechenden Fahrcoupons. Insgesamt wurden hierfür 42.578 € aufgewendet.

Der Landkreis unterstützte 55 Selbsthilfegruppen im Behindertenbereich mit insgesamt 14.600 €.

Traditionell wurde in Kolzenburg das 11. Behinderten- und Skaterfest mit mehr als 500 Besuchern begangen. Höhepunkt war die Übergabe eines Poollifts im Wert von 6.300 € an die Fläming-Therme Luckenwalde. Ermöglicht wurde dieses Projekt durch die großzügigen Spenden ansässiger Unternehmen im Landkreis.

Als Interessenvertreter behinderter Menschen trifft sich regelmäßig der Kreisbehindertenbeirat unter Vorsitz der Behinderten- und Seniorenbeauftragten des Landkreises. Hierbei wird sich über die Arbeit der einzelnen Teilnehmer ausgetauscht, werden Projekte entwickelt und anstehende Probleme besprochen. Der Kreisbehindertenbeirat setzt sich aus den kreislichen Behindertenverbänden, den Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden sowie den verschiedensten Selbsthilfegruppen zusammen. Mit seinen Erfahrungen steht er dem Landkreis als guter Berater zur Seite.

Der Anteil an Senioren im Landkreis hat weiter zugenommen. Rund 27 % der Bevölkerung des Landkreises sind 60 Jahre alt und älter.

#### Bevölkerung des Landkreises Teltow-Fläming per 31.12.2011:

	gesamt	männlich	weiblich
Bevölkerung insgesamt	160.986	80.006	80.980
darunter			
60 Jahre alt und älter	43.581	19.400	24.181
65 Jahre alt und älter	34.034	14.600	19.434
im Alter von 60 - 65	10.636	5.334	5.302

Als Interessenvertreter der Senioren trifft sich regelmäßig der Kreissenorenbeirat, um sich über die Seniorenarbeit in den einzelnen Städten und Gemeinden auszutauschen und anstehende Probleme zu besprechen. Der Kreissenorenbeirat arbeitet eng mit der Behinderten- und Seniorenbeauftragten des Landkreises zusammen und berät den Landkreis aufgrund seiner Erfahrungen.

Die 18. Brandenburgische Seniorenwoche wurde am 20. Mai durch den Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V. in Luckenwalde eröffnet. Sie stand unter dem Motto „Sozial gesichert, aktiv leben – für alle Generationen“ und war Startschuss für weitere Aktionen und Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden.

Die Seniorenarbeit in den Städten und Gemeinden wurde vom Landkreis mit 21.010 € unterstützt.

## **Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte**

Bei der Erstellung und Umsetzung von Bundes- und Landesprogrammen und Maßnahmepaketen innerhalb des Landkreises ist die Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte wichtiges Bindeglied zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung im Landkreis. Die Beauftragte wirkt auf Basis der Kommunalverfassung. Sie berät Bürgerinnen und Bürger und vermittelt zwischen den Verwaltungen. Das gemeinsame Anliegen von Politik und Verwaltung, eine humanere Gesellschaft zu schaffen, in der kein Mensch wegen seines Geschlechts, seines Alters, seiner Herkunft oder wegen einer Behinderung benachteiligt wird, ist dabei ein großes Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es noch sehr viel zu tun. Auch 2011 wurden die unterschiedlichsten Handlungsfelder, wie Gleichstellungsfragen, Integration, Migration, Gemeinwesenentwicklung, Stärkung von Demokratie und Miteinander etc. durch die Beauftragte aktiviert, vernetzt, organisiert und begleitet.

So fanden in der 21. Brandenburgischen Frauenwoche, die ganz dem 100. Jahrestag der Frauenbewegung gewidmet war, wieder zahlreiche Veranstaltungen im Landkreis statt. Hervorzuheben

ist die zentrale Festveranstaltung am 8. März, die auch aus finanziellen Gründen gemeinsam mit dem Nachbarlandkreis Dahme-Spreewald in der airportworld in Berlin-Schönefeld stattfand. Insgesamt 100 Frauen aus allen Gemeinden beider Landkreise wurden auf Vorschlag der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand selbstverständlich die 100-jährige Geschichte der Frauenbewegung.

Der Landkreis beteiligte sich als einziger Landkreis des Landes Brandenburg neben weiteren 25 Kommunen aus Deutschland am bisher größten Bürgerbeteiligungsprojekt der BRD, am BürgerForum 2011. Die Organisation, Durchführung und Nachbereitung im Landkreis lag in den Händen der Beauftragten. Am 12. März fand zeitgleich mit allen anderen 25 Regionen im Kreishaus die regionale Auftaktveranstaltung statt. 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Landkreis Teltow-Fläming hatten die Möglichkeit, sich innerhalb von sechs Wochen zu politischen Themen wie „Demokratie und Beteiligung“, „Familiäre Lebensformen“, „Integration“, „Demografie“, „Solidarität und Gerechtigkeit“ und „Bildung“ online auszutauschen. Ihre Ergebnisse konnten sie am 14. Mai der Öffentlichkeit präsentieren. Außerdem konnte die Beauftragte mit einer Delegation von 25 Personen an der bundesweiten Abschlussveranstaltung am Tag der Demokratie am 28. Mai in Bonn teilnehmen.

Der Kreistag beschloss im September 2010, sich an dem Ausschreibungsverfahren des Bundesprogrammes Lokaler Aktionsplan (LAP) „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ zu beteiligen. Mitglieder des Netzwerkes für Demokratie haben unter Federführung der Integrationsbeauftragten das Verfahren eingeleitet und der Landkreis hat mit Zuwendungsbescheid vom 5. Mai den Zuschlag für die Entwicklung und Implementierung des LAP in Teltow-Fläming erhalten.

Auf sechs Treffen in der Region (Auftakt am 21. Juni in Thyrow, 4 Regionaltreffen in Dahme 20 August, Petkus 27. August, Ludwigsfelde 3. September und Abschlussveranstaltung am 15. Oktober in Jüterbog) wurden die Grundlagen für die Analyse und die Erarbeitung von Leitzielen für die Entwicklung des LAP gelegt. Hier flossen Ideen und Vorschläge aus dem BürgerForum ebenfalls mit ein. Es hat sich ein Arbeitsgremium – der Begleitausschuss gebildet. Arbeitsgrundlage für den Begleitausschuss sind das Bundesprogramm LAP und die von den beteiligten Bürgern erarbeiteten Leit-, Mittler- und Handlungsziele. Weitere Informationen können unter [www.lap-teltow-flaeming.de](http://www.lap-teltow-flaeming.de) eingesehen werden. In seiner Sitzung am 12. Dezember hat der Kreistag mehrheitlich beschlossen, die Zielsetzungen des LAP mitzutragen und demzufolge einen Folgeantrag zu stellen. Ab 2012 können zum LAP Projektvorschläge eingereicht werden.

Gemeinsam mit den Mitgliedern des Netzwerkes für Demokratie wurden von der Beauftragten monatlich Sitzungen, Weiterbildungen zum Islam und zum Rechtsextremismus organisiert. U. a. besuchten Mitglieder des Netzwerkes am 15. Juni die Berliner Moschee am Columbiadamm. In Dahme fand am 25. Juni ein Konzert gegen Rechtsextremismus statt, welches durch den Landkreis mit unterstützt wurde.

Die Ausstellung „invisible Borders – Weg des Flüchtlings“ wurde nach Zerstörung durch einen Brandanschlag auf das Haus der Demokratie in Zossen im Januar 2010 unter Beteiligung des Netzwerkes für Demokratie und der Produktionsschule Ludwigsfelde wieder aufgebaut und im Mai im Foyer der Kreisverwaltung gezeigt.

Das Übergangwohnheim für Asylsuchende feierte seinen 20. Jahrestag. Unter Beteiligung von engagierten Bürgern, Vereinen, Schulen, Hort, KITAS, Vertretern aus Politik und Verwaltung fand dort ein großes Sommerfest statt.

Ein Meilenstein in der Integrationspolitik konnte mit dem für Flüchtlinge kostenlosen Angebot von Deutschkursen an der Volkshochschule erreicht werden. Mit dem Erlernen der deutschen Sprache

können Verständigungsprobleme in allen Bereichen, insbesondere bei Arztbesuchen oder Ämtergängen, verringert werden. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Nicht zuletzt können dadurch auch in der Verwaltung Dolmetscherkosten eingespart werden. Alle bisherigen 239 Teilnehmer haben mit guten und sehr guten Ergebnissen diese Deutschkurse abschließen können. Das ebenfalls für Flüchtlinge eingerichtete Gesundheitsnetzwerk kann auf gute Erfolge zurückblicken. Mit der Durchführung von monatlichen Sprechstunden im Übergangwohnheim konnten vor Ort wichtige gesundheitliche Bedarfe geklärt werden. Die gesundheitliche Gesamtsituation konnte verbessert werden. Die Sozialarbeiterin im Übergangwohnheim konnte als Patin im Netzwerk für gesunde Kinder für die im Heim geborenen Kinder gewonnen werden. Derzeit befindet sie sich in der Ausbildung als Patin. Die Erziehung von Kindern im Übergangwohnheim wird durch zwei „Integrationsengel“ unterstützt. Spielend lernen die Kinder die deutsche Sprache und werden somit auf bevorstehende Kita- oder Schulbesuche vorbereitet. Die Integrationsengel – zwei Bürgerarbeitsplätze – unterstützen in Erziehungsfragen, in der Gesundheitsvorsorge, bei der Hausaufgabenhilfe und vielem mehr.

Am 10. November fand die 3. Herbstkonferenz „Miteinander leben – Integration im Landkreis Teltow-Fläming“ im Kreishaus statt. Fast 100 Personen kamen zusammen, um gemeinsam zu Themen wie demografischer Wandel, Ehrenamt, Fachkräftesicherung, Wertevermittlung, Leben im ländlichen Raum, Schulabschluss – und dann?, Gleichbehandlung, Chancengleichheit, Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen und lebenslanges Lernen zu diskutieren. Dabei wurden Probleme offen angesprochen und Ideen und Vorschläge entwickelt, wie damit umgegangen werden kann.

Die intensiven Diskussionen brachen verschiedene Ansätze für die weitere Arbeit auf dem weiten Feld der Integration. Wirtschaftsunternehmen müssen im Kontext mit Politik, Verwaltung und vor allem Bürgerschaft das soziale Umfeld gestalten, um eine Ausgewogenheit im gesellschaftlichen Zusammenleben erreichen zu können. Junge Menschen sollen im Landkreis eine Perspektive haben. Dazu gehört nicht nur das Vorhandensein von Kita, Schule und einer Wohnung. Dazu gehört auch Arbeit, ein kulturelles Angebot um ein Wohnumfeld, in dem sich alle wohl fühlen können. Fachkräfte dürfen nicht weggehen, sondern sollen durch attraktive Angebote in den Unternehmen, aber auch im Wohnumfeld gehalten werden.

Zugewanderte sollen und müssen schnell in die Gesellschaft integriert werden. Dazu gehört eine Willkommenskultur, die bisher noch unterentwickelt ist.

Gewalt und Rechtsextremismus sollen in unserem Landkreis keine Chance bekommen. Dazu ist Zivilcourage, Toleranz und Kompetenz eines jeden Einzelnen nötig.

Ohne Wertschätzung des Einzelnen in allen seinen Facetten geht nichts. Diese Erkenntnis muss zum Allgemeingut werden. Dafür wird auch ein gehöriges Stück Arbeit und Überzeugungskraft notwendig werden, denn Wertschätzung kann weder angeordnet noch vorausgesetzt werden. Nur durch sachliche Verständigung und das Bewusstsein dafür, wie wir miteinander umgehen wollen, kann dieses hohe Ziel erreicht werden.

## **Untere Kommunalaufsicht**

Die Wahrung der Rechte der Gemeinden innerhalb des Landkreises einerseits und die Sicherstellung der Erfüllung ihrer Aufgaben andererseits gehören zu den wesentlichen Funktionen der Kommunalaufsicht. Neben der Beratung der kommunalen Aufgabenträger in allen kommunalrechtlichen und tatsächlichen Fragen gehört auch die Anwendung präventiver und repressiver kommunalrechtlicher Mittel zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung der Gemeinden und Zweckverbände.

Zur Minderung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Bundes- und Landesregierung zu Beginn des Jahres 2009 u. a. für kommunale Aufgabenträger erhebliche Finanzmittel im Rahmen der

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes zur Durchführung gemeindlicher Investitionsmaßnahmen bereitgestellt, deren Umsetzung bis zum Ende des Jahres 2011 abgeschlossen sein musste. Unter Einbeziehung eines begrenzten Umfanges an Eigenmitteln waren die zur Verfügung stehenden Mittel vorrangig für Infrastrukturmaßnahmen im Bildungsbereich und für sonstige Infrastrukturvorhaben zu verwenden. Mit der Weiterleitung und Verteilung der Mittel für die kommunalen Aufgabenträger sowie der regelmäßigen Aktualisierung der benötigten Daten in der eigens für den Nachweis der rechtmäßigen Mittelverwendung eingerichteten Datenbank des Landes war die Kommunalaufsichtsbehörde betraut. Mit der Wahrnehmung der in diesem Zusammenhang anfallenden Aufgaben war ein erheblicher Arbeitsaufwand verbundenen.

Des Weiteren waren Entscheidungen über die Genehmigungsfähigkeit von Grundstücksgeschäften und kreditähnlichen Rechtsgeschäften für Investitionsmaßnahmen mit erheblichen finanziellen Verpflichtungen zu treffen. Ein Tätigkeitsschwerpunkt war die Beurteilung der Refinanzierbarkeit beabsichtigter Kreditaufnahmen für Investitionsvorhaben. Ein weiterer Schwerpunkt war die Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anträgen der Kommunen und Zweckverbände auf Bewilligung von Landeszuwendungen hinsichtlich der Sicherstellung des zur Gesamtfinanzierung der Vorhaben aufzubringenden Eigenanteils aus den Gemeindehaushalten. Verschiedene Verwaltungen und Mitglieder von Vertretungen nahmen auch Beratungsangebote über den Inhalt und die Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten wahr. Zu Lasten einer Kommune war eine Entscheidung über die Zulassung einer Zwangsvollstreckung in gemeindliches Vermögen zu treffen.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte bezogen sich auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit kommunaler Satzungen und der Satzungen von Zweckverbänden. Beratungsbedarf ergab sich darüber hinaus hinsichtlich der Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches des Verbandsgebietes eines Zweckverbandes um Gebiete eines Verbandsmitgliedes.

Weitere Schwerpunkte in der kommunalaufsichtlichen Beratungstätigkeit bezogen sich auf erforderliche Anpassungen der Hauptsatzungen der Gemeinden an veränderte Rahmenbedingungen der Kommunalverfassung, auf die Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Hauptverwaltungsbeamte, auf disziplinarrechtlich relevante Sachverhalte und auf kommunalrechtliche Fragen bezüglich der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden.

Auch über die Genehmigungsfähigkeit der Auflösung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, durch die eine Gemeinde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung für andere Gemeinden betraut war, war nach vorhergehender umfassender Beratung zu entscheiden.

Zu den im September in verschiedenen Gemeinden erforderlichen Neuwahlen der Bürgermeister waren, auf der Grundlage eines Erlasses des Innenministeriums, einheitliche Wahltermine sowohl für die Hauptwahl als auch für die Stichwahl festzusetzen.

Der Petitionsausschuss des Landtages hat sich wiederholt mit der Bitte um Auskunft und letztlich mit der Bitte um Veranlassung kommunalaufsichtlicher Maßnahmen an die untere Kommunalaufsichtsbehörde hinsichtlich einer dort vorliegenden Petition u. a. gegen das Verwaltungsgebaren eines kommunalen Wahlbeamten gewandt.

Auf Bitten des Ministeriums des Innern waren zu verschiedenen kommunalrechtlichen Angelegenheiten Berichte bzw. Stellungnahmen zu erarbeiten.

## Rechnungsprüfungsamt

Durch seine, nur der Kommunalverfassung unterliegende, prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit nimmt das Rechnungsprüfungsamt zur Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze stets konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, des Amtes Dahme/Mark, der Städte und Gemeinden sowie die Zweckverbände. Bei der Lösung und Durchsetzung von Kontrollpflichten unterstützt das Amt den Kreistag und seinen Rechnungsprüfungsausschuss und gibt den Vertretungskörperschaften der Kommunen als Bewertungs- und Entscheidungshilfen über die haushaltsmäßige Zielerreichung fundierte und objektive Prüfungsaussagen.

Auf der Grundlage der durch die Kommunalverfassung normierten Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit des Rechnungsprüfungsamtes von den allgemeinen Verwaltungsstrukturen konzentrierte sich die Prüfungstätigkeit auf die Durchsetzung von Recht- und Ordnungsmäßigkeit sowie der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Einsatzes der materiellen und finanziellen Mitteln, insbesondere der Aufdeckung von materiellen und finanziellen Reserven.

Die Prüfungen wurden im Rahmen von repräsentativen Stichproben durchgeführt. Sie erstreckten sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens, einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Die Tätigkeit konzentrierte sich vor allem auf die:

- Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse 2008, 2009 und 2010 als Voraussetzung für die durch die Kommunalvertretungen zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnungen und Jahresabschlüsse als Ergebnis der Haushaltsdurchführung entsprechend der jeweiligen Haushaltsjahre und die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamten
- laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege als Vorprüfungen für die künftigen Jahresabschlussprüfungen
- Durchführung von Kassenprüfungen
- Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der jeweiligen Verdingungsordnungen bei Vergaben
- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von kommunalen Zuwendungen bei übertragenen Aufgaben
- Prüfung der Verwaltung auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit.

In die Prüfungen wurden 14 Fachämter der Kreisverwaltung, 7 Kommunen mit 10 Haushalten, 5 Wasser- und Abwasserzweckverbände, 2 Eigenbetriebe, das Jobcenter sowie der Verein Tourismusverband Fläming e. V. einbezogen.

Im Bereich des Vergaberechts und im Rahmen der Umsetzung der Konjunkturpakete wurden in der Kreisverwaltung 27 Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen, einschließlich Bauleistungen, mit einem Gesamtwert in Höhe von 3.608,8 T€ sowie der vorgesehene Abschluss von 2 Architekten- und Ingenieurverträgen mit einem Gesamtwert von 110,9 T€ entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Neben den Pflichtprüfungen war das Rechnungsprüfungsamt bei der Umstellung des kameralen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen auf das doppische Rechnungssystem im Landkreis, einschließlich Kommunen und im Arbeitskreis der Rechnungsprüfungsämter des Landes Brandenburg beratend tätig.

## Öffentlichkeitsarbeit

Die Aufgaben des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen und Messen
- Partnerschaftliche Beziehungen

Der zuletzt genannte Aufgabenbereich liegt hauptsächlich in der Verantwortung der Büroleiterin und Europabeauftragten, die hier eng mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit zusammenarbeitet.

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Mitarbeiterinnen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sind zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen. Für den Versand von Presseinformationen wird ein qualifizierter, themenspezifischer Medienverteiler ständig aktualisiert und erweitert. Die Presseinformationen sind in einem eigenen Presseservice auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar. Es wurden 255 Presse-Informationen (2010: 235) erstellt. Sie resultieren aus Zuarbeiten der Ämter oder wurden selbstständig erarbeitet. Dieser Service findet bei den Medien große Resonanz.

Neben den Presseinformationen wurden fast 100 Pressetermine und -gespräche zu den unterschiedlichsten Themen organisiert. Auch dieses Angebot nahmen die Journalisten rege an. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen (durchschnittlich zwei bis drei pro Arbeitstag) wird umgehend reagiert.

Die Mitarbeiterinnen waren im Katastrophenschutz-Stab des Landkreises aktiv. Sie begleiteten pressetechnisch Großübungen und standen für die Öffentlichkeitsarbeit in besonderen Situationen bereit.

Es wurden ca. 30 Ausschreibungen in Auftrag gegeben, die in der Märkischen Allgemeinen Zeitung, der Lausitzer Rundschau, auf den Internetseiten des Landkreises sowie in einigen Fällen in Fachzeitschriften veröffentlicht wurden.

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 37 Ausgaben.

Im Berichtszeitraum wurden rund 45 Grußworte, Reden, Laudationes und Präsentationen für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen erarbeitet. In dieser Zahl nicht einbegriffen sind zahlreiche Zuarbeiten für Verlagspublikationen (Texte, Fotos, Wappen, Logo) sowie die Beantwortung von Bürgeranfragen.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit wird die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs überwacht. Bei Bedarf werden Agenturen, die in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Verwaltung Druckerzeugnisse erstellen, die entsprechenden Vorgaben zur Verfügung gestellt und erläutert.

Mehr als 30 Veröffentlichungen der Ämter wurden redaktionell und gestalterisch betreut. Dies umfasste Faltblätter, Broschüren, Kataloge und Ausstellungstafeln. Spitzenreiter war hier das Gesundheitsamt mit zehn Veröffentlichungen.

Die Mitarbeiterinnen organisierten Führungen durch das Kreishaus, hauptsächlich für Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen und auch Seniorengruppen.



## Online-Redaktion

Innerhalb des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit werden die Internetseiten des Landkreises und anderer Organisationen erstellt und gepflegt. Redaktionell und technisch werden die Seiten [www.teltow-flaeming.de](http://www.teltow-flaeming.de) und [www.flaeming-skate.de](http://www.flaeming-skate.de) betreut, zusätzlich technisch die Seiten [www.flugplatz-schoenhagen.de](http://www.flugplatz-schoenhagen.de) und [www.flughafen-beratungszentrum.de](http://www.flughafen-beratungszentrum.de).

Auf allen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt, sodass sie neben der Funktion als Nachschlagewerk oder Dienstleistungsserver mit rund 1.000 eingetragenen Dienstleistungen auch die Eigenschaft einer Online-Zeitung haben. Für die Homepage des Landkreises wurden mehr als 700 Meldungen recherchiert und publiziert. Damit enthielt der Internet-Auftritt per 31.12.2011 mehr als 7300 Meldungen, von denen ein Großteil im Archiv der Website nachzulesen ist.

Um die Internetpräsenzen der Kreisverwaltung, angeschlossener Einrichtungen und gemeinsamer Projekte zu vereinheitlichen und miteinander zu vernetzen, arbeiten die Online-Redakteurinnen und Webentwickler an einem Relaunch. Ziel ist es, Daten (z. B. Veranstaltungskalender) und Informationen (z. B. Meldungen) gemeinsam zu nutzen und über ein einheitliches Erscheinungsbild die Verbundenheit mit dem Landkreis zu dokumentieren. So soll infosite als gemeinsames CMS genutzt werden. Wo dies nicht möglich ist, werden entsprechende Schnittstellen entwickelt. Auch das Layout der Internetauftritte soll erneuert werden. Neue Funktionen werden geplant, um die Entwicklungen des Web 2.0 zu berücksichtigen.

Im vergangenen Jahr konnte der Relaunch der Internetseite der Flaeming-Skate abgeschlossen werden. Grundlage dafür war ein Style Guide, der für die touristischen und amtlichen Seiten des Landkreises erarbeitet wurde.

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redakteure und unterstützt die Ämter der Kreisverwaltung bei der Konzipierung eigener Unterportale unter [www.teltow-flaeming.de](http://www.teltow-flaeming.de) bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises.

## Organisation von Veranstaltungen und Messen

Zu den Aufgaben des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit gehören – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern:

- *Organisation von größeren Veranstaltungen im Landkreis*
  - Neujahrsempfang zum Thema „Ländliche Entwicklung“ mit begleitender Ausstellung im Kreistags-Saal und Verleihung der „Teltow-Fläming-Preise“ am 21. Januar
  - Übergabe der Denkmalpflegepreise in der „Alten Schmiede“ Kloster Zinna am 9. September
  - Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“ am 8. Dezember
  
- *Organisation von Veranstaltungen zu besonderen Höhepunkten*
  - Bürgerforum 2011

Der Landkreis Teltow-Fläming wurde unter fast 200 Bewerbern für eine Teilnahme am BürgerForum 2011 – eines der größten Bürgerbeteiligungen, die in Deutschland je realisiert worden sind – ausgewählt. Teltow-Fläming war der einzige ostdeutsche Landkreis, der sich an der bundesweiten Aktion beteiligte. Die Auftaktveranstaltung fand am 12. März statt, die Abschlussveranstaltung am 14. Mai. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit unterstützten aktiv die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des BürgerForums.

- 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer

In Zusammenarbeit mit den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Großbeeren fand am 11. August eine Radtour auf dem Mauerradweg von Mahlow nach Heinersdorf statt. Ca. 50 Teilnehmer, darunter zahlreiche Abgeordnete, erinnerten mit Schweigeminuten an den Stelen von Herbert Kiebler und Christoph-Manuel Bramböck an die Maueropfer. Verwandte der Opfer begleiteten mit Erinnerungen die Radtour.

➤ *Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen*

- Arbeitsbesuch der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Dr. Martina Münch am 14. November

➤ *Unterstützung von Veranstaltungen sowie Messen*

- AERO Friedrichshafen (Präsentation Flugplatz Schönhagen) vom 13. bis 16. April
- Grundsteinlegung Turnhalle Mellensee am 17. März
- Fläming-Frühlingsfest in Magdeburgforth am 8. Mai
- Flaeming-Skate-Sommer (10 Jahre Rundkurs 2) am 24. Juni
- Präsentation abgeschlossener Sanierungsarbeiten im Museumsdorf Glashütte am 8. Juli
- Tag der offenen Tür im Feuerwehrtechnischen Zentrum am 20. August
- Behinderten- und Skaterfest in Luckenwalde/OT Kolzenburg am 4. September
- 11. Kreiserntefest in Ließen am 11. September

Die Medien wurden vorab über Präsentationen des Landkreises auf Messen und über stattfindende Veranstaltungen sowie im Anschluss über die Ergebnisse informiert. Bei allen Besuchen, Veranstaltungen und Präsentationen wurden Fotodokumentationen erstellt.

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit arbeitete aktiv in der Arbeitsgruppe Flaeming-Skate, die zum Jahresende in die Arbeitsgruppe Tourismus umgewandelt wurde, mit.

## Partnerschaftliche Beziehungen

➤ *Partnerlandkreis Gniezno*

Offizielle Besuche, die in diesem Jahr stattfanden:

- Neujahrsempfänge beider Landkreise
- Festveranstaltung zum 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen vom 17. - 18. Juni in Gniezno
- Festveranstaltung im Rahmen des Wettbewerbs „Adler des Kreises Gniezno für Unternehmen“ am 20. Mai in Gniezno
- Erntefeste beider Landkreise
- Wirtschaftswoche Teltow-Fläming

Durch den Landkreis wurden folgende Aktivitäten finanziell unterstützt:

- Aktivitäten der Freiwilligen Feuerwehren in Teltow-Fläming bzw. in Gniezno
- Gegenbesuch des Lyra-Chores Luckenwalde beim Metrum-Chor in Gniezno
- Begegnungen von Mitgliedern der Behindertenverbände beider Landkreise

# Dezernat I

## Hauptamt

### 1. Sachgebiet Zentralverwaltung und Beschaffung

Wie in den Vorjahren bestand die Hauptaufgabe des Sachgebietes darin, die Arbeitsfähigkeit der Fachämter durch die Beschaffung entsprechender Materialien und Ausstattungsgegenstände zu sichern. Als besondere Herausforderung erwies sich dabei die Haushaltssituation. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung galt es zu unterscheiden, was genau zu dem jeweiligen Zeitpunkt unverzichtbar war, um den ordnungsgemäßen Ablauf der Verwaltungstätigkeit sicherzustellen. Größere Investitionen blieben auf das absolut Unverzichtbare beschränkt.

Das Auslaufen der Leasingverträge für einen Teil der Dienstwagen bedingte Neuabschlüsse von Verträgen für insgesamt 16 Fahrzeuge, von denen 13 Fahrzeuge mit Erdgas betrieben werden. Auf diese Weise leistet auch die Kreisverwaltung ihren kleinen Beitrag, die weltweiten CO<sup>2</sup>-Emissionen zu reduzieren.

In Mahlow wurden die Büros der BBI-Beratungsstelle ausgestattet. Erstmals wurden auch Angebote des Zentraldienstes der Polizei bei der Beschaffung aller Verbrauchsmaterialien einbezogen, was sich insgesamt kostensenkend auswirkte.

Unerwartete Aufwendungen entstanden durch die außergewöhnlich heftigen Niederschläge. Unter anderem war der Parkett-Fußboden der Cafeteria durch eingedrungenes Regenwasser so sehr in Mitleidenschaft gezogen, dass er dringend erneuert werden musste. Ein Anteil der Kosten wurde von der Versicherung übernommen. Darüber hinaus beschränkten sich die Arbeiten am und im Kreishaus auf unbedingt notwendige Werterhaltungsmaßnahmen, zu denen die Kreisverwaltung als Leasingnehmer verpflichtet ist.

#### ➤ *Kreisarchiv*

Im Kreisarchiv erfolgte eine Ersatzinvestition für eine zwischenzeitlich nicht mehr standsichere sehr alte Hebelschubanlage.

Ein besonderer Schatz wurde ab 10. September der Öffentlichkeit präsentiert: Unter dem Motto "Alter Schriftkram aus fünf Jahrhunderten aufpoliert" zeigte das Kreisarchiv im Museum des Teltow Teile des Gutsarchivs von Rochow-Stülpe-Plessow, insbesondere Dokumente, die in diesem Jahr restauriert werden konnten. Dazu hatte das Kreisarchiv 15.000 € Fördermittel erhalten, die im Rahmen des nationalen Bestandserhaltungskonzeptes für gefährdetes schriftliches

Kulturgut bereitgestellt wurden. Voraussetzung war, dass es sich um Archivbestände von überregionaler Bedeutung handelte. Die Unterlagen aus der Zeit von 1342 bis 1942 entstammen dem Besitz der Familie von Rochow, einem der ältesten märkischen Adelsgeschlechter. Die alten Akten spiegeln über mehrere Generationen den Einfluss der Familie im Staat, ihre Besitz- und Familienverhältnisse wider und belegen das Verwaltungshandeln der jeweiligen Epoche. Bei den alten Dokumenten handelt es sich um Gerichtsakten, amtliche Verfügungen, Korrespondenzen zwischen Familienmitgliedern, Schriftverkehr zu Kirchen- und Schulangelegenheiten, Eheverträge, Grundbuchauszüge, Schriftstücke zum Grenzverlauf zwischen Stülpe und Baruth, Pachtverträge, Lohnsteuerkonten, Tagelöhnerbücher und vieles mehr. Die wertvollen Zeitzeugnisse konnten dank der Fördermittel gereinigt und vom Schimmel befreit, und können künftig wieder genutzt werden, zum Beispiel für Forschungszwecke. Mit der Ausstellung soll nicht nur die zum Teil bewegte Geschichte dieser besonderen Dokumente gezeigt, sondern auch das Bewusstsein für derartige Kulturgüter geschärft werden. Im Kreisarchiv befindet sich wertvolles schriftliches Kulturgut auch aus anderen Orten und Regionen des Landkreises. Urkunden, Briefe und Akten sind im Gegensatz zu Büchern einmalig und damit bei Verlust unwiederbringlich. Diese Schätze der Vergangenheit sollen auch für zukünftige

Generationen erhalten bleiben. Deshalb wurde anlässlich der Ausstellung im Museum des Teltow das Projekt "Aktenpaten gesucht" unter der Schirmherrschaft von Landrat Peer Giesecke ins Leben gerufen. Das Projekt lief erfolgversprechend an, bis Jahresende konnten aber leider erst 6 Paten gewonnen werden.

#### ➤ *Versicherungsangelegenheiten*

Im Bereich Versicherungsangelegenheiten werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises gegen Dritte bearbeitet. Für die dem Anwaltszwang unterliegenden Schadenersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam obliegen dem Hauptamt die Sachverhaltsermittlung und die Erarbeitung von Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis in diesen Fällen vertretenden Rechtsanwälte.

Bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) werden die Interessen des Landkreises wahrgenommen. Darüber hinaus ist der Bereich Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis betreffenden Versicherungsangelegenheiten.

Auch in diesem Jahr hielt die Tendenz der vergangenen Jahre im Hinblick auf die zunehmende Komplexität einzelner Schadenfälle und daraus resultierend die kontinuierlich steigende Anzahl der aus Vorjahren fortzuführenden Schadenakten an.

Im Bereich der Allgemeinen Haftpflichtschäden fällt die zunehmende Anzahl neu gemeldeter Schadenfälle auf, die aus der Nutzung der Fläming-Skate resultieren und die durch die Geschädigten regelmäßig mit einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht begründet werden.

In der Sparte Kaskoversicherung gab es nahezu eine Verdoppelung neu gemeldeter Schäden. Die daraus resultierende Schadensumme liegt um ein Dreifaches über der des Vorjahres.

Bei der Betrachtung der Schadenfälle innerhalb der Gebäudeversicherung fiel auf, dass es im Berichtszeitraum bei gleichbleibender Schadenzahl einen enormen Anstieg in der Schadenhöhe gab. Dies ist nicht zuletzt auf die Extremwittersituationen im Sommer und Herbst zurückzuführen. Allein der Hagelschlag am 11. September verursachte fünf Schadenfälle im Raum Jüterbog, von denen vier Schäden ein Volumen von je ca. 15.000 € erreichten. Insgesamt wurden im Bereich Gebäudeversicherung Schadenersatzleistungen von über 80% der Gesamtjahresprämie fällig.

In den übrigen Sparten war die Anzahl der neuen Schadenfälle im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend gleichbleibend. Dass geringere Fallzahlen nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit geringerem Schadenvolumen sind, zeigt sich im Bereich jener Schäden, die dem Landkreis durch Dritte zugefügt worden sind. Wie sich bereits schon in den vergangenen Jahren angedeutet hat, werden vor allem im Norden des Landkreises zunehmend auch Schäden durch im Ausland zugelassene Kraftfahrzeuge verursacht. Hier gestaltet sich die Beitreibung des Schadenersatzes in der Regel langwierig.

In jeder Hinsicht neu ist die seit 01.01.2011 bestehende Straf-Rechtsschutz-Versicherung, bei der bislang insgesamt 5 Schadenfälle angemeldet wurden.

Bei den neu anhängigen Schadenersatzklagen hat es im Jahr zwei Klageerhebungen gegeben. Für die durch die im letzten Tätigkeitsbericht angeführte Streitverkündung in Betracht kommende Nichtzulassungsbeschwerde vor dem BGH wurde durch den KSA die anwaltliche Vertretung des Landkreises beauftragt.

## 2. Sachgebiet Allgemeine Datenverarbeitung (ADV)

Ab März erfolgte schrittweise die Exchange-Servermigration Office 2007 und damit die Umstellung in der gesamten Verwaltung (mit wenigen Ausnahmen) auf Office 2007, einschließlich der entsprechenden Schulungen und Formularanpassungen. Eine Installation eines Exchange Server erfolgte darüber hinaus auch in der Volkshochschule. Exchange Server sind Nachrichtensysteme von Microsoft und in Microsoft-Produkten geprägten Infrastrukturen. Sie sind notwendig, um z. B. das Intranet aufzubauen und zu pflegen und E-Mails zu verwalten und zu filtern. Parallel dazu wurden Windows 7 Clients\* eingeführt. Unbedingt notwendig war es auch, den MS-SQL Server in einer leistungsstärkeren Version in Betrieb zu nehmen.

In diesem Jahr wurde damit begonnen, die Verwaltungsarbeitsplätze der kreiseigenen Schulen (rein technisch) in die Kreisverwaltung zu integrieren, um künftigen Serviceanforderungen noch besser und vor allem schneller entsprechen zu können.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Mitwirkung am Sicherheitskonzept des Landwirtschaftsamtes der Kreisverwaltung, da unter anderem auch von diesem Konzept der künftige Status des Amtes als Bewilligungsbehörde abhängig gemacht wird.

Am Aufbau des Geoportals des Landkreises, in dem Geodaten zukünftig auf der Grundlage von internationalen Standards für eine möglichst umfassende Nutzung (Recherche, Bezug, Verknüpfung, Verarbeitung) durch Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft über das Internet zugänglich gemacht werden sollen, wurde intensiv weiter gearbeitet, sodass im Laufe des ersten Halbjahres 2012 den gesetzlichen Anforderungen entsprochen werden kann. \*\* Die wesentlichsten Vorbereitungen für die Freischaltung des Geoportals und die Nutzung des GIS-Viewer auf der Internetseite der Kreisverwaltung wurden erfolgreich abgeschlossen.

Weitere Schwerpunktaufgaben des Sachgebietes seien nachfolgend nur aufgezählt:

- Neue Server in Datensicherung integriert
- Sophos-Einführung (Sicherheitssoftware, Virenschutz)
- Accessanwendung für Fluglärmschutzbeauftragten programmiert
- Vorbereitung der Einführung des Ticketsystems OTRS
- Programmierung Gesundheitswegweiser
- Einrichtung der Arbeitsplätze Zensus
- WLAN im Kreistagssaal
- FTZ-Vernetzung in Verbindung mit der Firma Laptec
- Einführung neuer Verfahren der Bundesdruckerei im Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen (EAT)
- Amt 63 und Amt 36 komplett neu mit PC-Technik ausgestattet
- Sicherheitskonzept Amt 83
- Einführung Volltextsuche beim Ratsinformationssystem Session
- Umstellung aller Verfahren (IKOL) des Straßenverkehrsamtes vollständig auf ORACLE-Datenbank
- Einführung der sicheren elektronischen Datenübertragung von den Einwohnermeldeämtern und Gewerbeämtern der Kommunen zum Kreis
- Neuen Printserver aufgesetzt
- UMTS in der Förderschule Großschulendorf eingeführt

\* „Ein Client (englisch *client* ‚Kunde‘) ist ein Computerprogramm, das Kontakt zu einem anderen Computerprogramm, dem Server, aufnimmt, um dessen Dienstleistung zu nutzen.“ Quelle: Wikipedia

\*\* (§7 BbgGDIG: „Behörden .... haben die zugehörigen Metadaten zu erstellen, zu führen und bereitzustellen sowie in Übereinstimmung mit den Geodaten und Geodatendiensten zu halten“.)

# Amt für Finanzen und Personal

## 1. Sachgebiet Finanzen/ Kasse und Vollstreckung

### ➤ *Bereich Kasse*

Der Kreishaushalt wird ganzjährig über Kassenkredite finanziert. Die durchschnittliche Inanspruchnahme lag im Haushaltsjahr bei rund 20,6 Mio. €. Die Zinsen erhöhten sich im Laufe des Haushaltsjahres von 2,5 % auf 2,85%. Durch die Inanspruchnahme von Kassenfestkrediten war es möglich, Zinsvergünstigungen in Anspruch zu nehmen und die geplanten Zinsaufwendungen nicht in voller Höhe auszuschöpfen. Der kassenmäßige Abschluss für das Haushaltsjahr 2010 erfolgte im Januar 2011.

### ➤ *Bereich Vollstreckung*

Zum 1. Juli 2010 traten neue Regelungen zum Kontopfändungsschutz in Kraft. Das Pfändungsschutzkonto wurde eingeführt. Unter Wahrung der Interessen der Gläubiger verbleiben einem Schuldner auf dem sogenannten P-Konto ohne aufwändiges Verfahren die Geldmittel, die er zur Bestreitung des existentiellen Lebensbedarfs benötigt. Der Pfändungsfreibetrag, den das Kreditinstitut automatisch berücksichtigt, erhöhte sich zum 1. Juli von 985,15 € auf 1.028,89 €. Eine weitere Erhöhung dieses pfändungsfreien Betrages ist möglich, z. B. bei Unterhaltsverpflichtungen, Kindergeld und Sozialleistungen. Die Beitreibung von Forderungen wird immer schwieriger, da pfändbare Beträge oft nicht vorhanden sind.

Der Einsatz des Ventilwächters wurde 15 Mal angedroht. Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 43 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 39 Fällen. Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten 9 Mal. Im Berichtszeitraum wurden keine Eintragungen von Sicherungshypotheken vollzogen. Eine Hypothek wurde angedroht und eine gelöscht.

*Statistischen Angaben zur Fallbearbeitung:*

### *Privatrechtliche Forderungen*

	2011 (Stand 12.12.2011)		2010
	Anzahl	Betrag in €	Anzahl
Neuzugänge	23	9.781,98	30
beigetriebene Forderungen	10	10.214,69	13
Niederschlagungen	7	1.155,84	41

### Öffentlich-rechtliche Forderungen

	2011 (Stand 12.12.2011)		2010		2009	
	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	3.155	563.603,68	3.804	685.563,99	3.464	597.656,01
Beigetriebene Forderungen	1.958	231.350,88	1.744	211.709,07	2.189	268.190,35
Niederschlagungen	370	267.371,42	489	228687,30	901	241.230,29
Amtshilfeersuchen	951		1.496		1.406	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	3.141		3.163		3.617	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	5.084		4.995		5.819	

## 2. Sachgebiet Geschäftsbuchhaltung

Mit Beginn des Jahres wurde die KLR flächendeckend im Landkreis eingeführt. Im Juni wurde die durch das Rechnungsprüfungsamt geprüfte Eröffnungsbilanz beschlossen. Es wurde im ersten Halbjahr mit den Vorbereitungen zur ersten Folgeinventur begonnen. Die Durchführung erfolgte in der zweiten Jahreshälfte. Parallel liefen und laufen die Vorbereitungen für den ersten doppelten Jahresabschluss.

Der Haushalt für das Jahr 2011 wurde im Juni beschlossen. Der Gesamtergebnisplan belief sich bei den Erträgen auf 182.266.510 € und bei den Aufwendungen auf 199.970.260 €. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan wurden mit 184.617.160 € und die Auszahlungen mit 206.591.380 € festgesetzt. Im investiven Bereich wurden Auszahlungen i.H.v. 9.730.200 € geplant.

Zu den geplanten Investitionsmaßnahmen gehörten u.a. diverse Baumaßnahmen. Beispielhaft zu benennen sind dort die Beteiligung des Landkreises am weiterführenden Ausbau der B 101 mit 3 Mio. € sowie Hoch- und Tiefbaumaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von ca. 3,5 Mio. €.

Zu den investiven Einzahlungen gehörten neben der investiven Schlüsselzuweisung auch Fördermittel für Baumaßnahmen i.H.v. 2.521.180 €.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2012 wurde am 12. Dezember 2011 in den Kreistag eingebracht.

### 3. Sachgebiet Personal

#### ➤ *Entwicklung des Personalbestands in der Kreisverwaltung*

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
Beamte	104	103	103	102
Beschäftigte	723	729	749	777
Auszubildende(Azubi)	22	18	19	18
Zivildienstleistende	10	10	10	0

#### ➤ *Arge*

In oben aufgeführtem Gesamtpersonalbestand sind 4 Beamte und 19 Beschäftigte enthalten, die im Jobcenter beschäftigt sind.

#### ➤ *Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen*

Es schieden insgesamt 31 Beschäftigte aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis aus. Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich u. a. wie folgt dar:

Auflösungsvertrag	7 Beschäftigte
Ableben des Arbeitnehmers	1 Beschäftigter
Übertritt in die Altersrente	3 Beschäftigte
Beendigung von Altersteilzeit	7 Beschäftigte
Ende der befristeten Tätigkeit	7 Beschäftigte
Kündigung des Arbeitnehmers	2 Beschäftigte
Kündigung des Arbeitgebers	0 Beschäftigte
Arbeitgeberwechsel	2 Beschäftigte
Erwerbsunfähigkeit	1 Beschäftigter
Versetzung in den Ruhestand	1 Beschäftigter

#### ➤ *Schwerbehinderte Mitarbeiter*

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 65 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7,40 %. Die Pflichtquote beträgt 5 %. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe.

#### ➤ *Teilzeitbeschäftigte*

Das Angebot zur freiwilligen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde weiterhin in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Zugang von 177 auf 187 Beschäftigte in Teilzeitarbeit zu verzeichnen.

#### ➤ *Altersteilzeit*

Zum Stichtag 31.12.2011 befinden sich 104 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis, wovon sich 43 in der Ruhephase befinden. Für 15 Beschäftigte erhält die Kreisverwaltung auf Grund der Stellen-Wiederbesetzung mit einem Azubi bzw. Arbeitsuchenden Personalkostenerstattung von der Bundesagentur für Arbeit. 16 Beschäftigte wechselten in die Ruhephase der Altersteilzeit.



➤ *Stellenbesetzungsverfahren*

Im Jahr wurden 73 Ausschreibungen zur Besetzung offener Stellen durchgeführt. Die Stellen wurden je nach Bedarf intern bzw. extern ausgeschrieben. Durch die gestiegene Zahl der Ausschreibungen ist auch ein erheblicher Anstieg bei den internen und externen Bewerbungen zu verzeichnen. Auf die Ausschreibungen sind insgesamt 1210 Bewerbungen, davon 95 interne Bewerbungen und 1115 externe Bewerbungen, eingegangen.

➤ *Stellenplanentwicklung*

Der Stellenplan 2011 weist insgesamt 804,55 Stellen (in Vollzeitinheiten) aus, davon 106 Stellen für Beamte und 698,55 Stellen für Tariflich Beschäftigte. Weitere 19,00 Stellen sind nachrichtlich für die Altersteilzeit-Freistellungsphase (0,5 Vollzeitinheiten) ausgewiesen.

Bei den Tariflich Beschäftigten bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 13,40 Stellen. Bei den Beamten ergibt sich zum Vorjahr eine Erhöhung um 1,00 Stelle.

➤ *Personalbericht und Personalbedarfsplanung*

Es wurde ein „Personalbericht 2011 und eine Personalbedarfsplanung für den Zeitraum 2012 bis 2020 der Kreisverwaltung Teltow-Fläming“ erarbeitet. Der Bericht soll einen Überblick über die Stellenplanentwicklung, Personalstrukturdaten, Ausbildung und den künftigen Personalbedarf bis zum Jahr 2020 in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming geben. Bei der Personalbedarfsplanung werden der Stellenbedarf und der Personalbedarf nach Berufsgruppen bis zum Jahr 2020 gegenübergestellt und durch jährliche Fortschreibung der tatsächlichen Entwicklung angepasst.

➤ *Arbeitsgerichts- und Einigungsstellenverfahren*

Im Jahr gab es 14 arbeitsgerichtliche Klagen, vorwiegend mit Schwerpunkten aus den Bereichen Kündigung, Schadenersatz wegen Mobbing, Ansprüchen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wegen Nichtberücksichtigung bei Stellenbesetzungen sowie 3 Klagen aus dem personalvertretungsrechtlichen Bereich bezüglich der Rechte und Pflichten von Personalratsmitgliedern.

Außerdem sind noch 8 Berufungsklagen von Sozialarbeitern hinsichtlich ihrer korrekten Eingruppierung nach der S 14 des TVsD beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg rechtshängig, wobei deren Ausgang entscheidend von einem ähnlich gelagerten Revisionsverfahren vor dem BAG in Erfurt abhängt. Rechtshängig ist noch die Klage der Stadt Zossen gegen den Kreisumlagebescheid 2010 vor dem Verwaltungsgericht Potsdam.

3 Einigungsstellenverfahren mit dem Personalrat sind zu erwähnen, welche zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen wurden. Es sind weiterhin noch 6 personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren beim VG Potsdam anhängig.

➤ *Aufgabenbereich Organisation*

Der organisatorische Aufbau der Kreisverwaltung unterliegt naturgemäß ständigen Änderungen. Infolge der Zuweisung neuer Aufgaben per Gesetz, der Aufnahme freiwilliger Aufgaben, der Veränderungen auf politischer Ebene oder des Erfordernisses, Arbeitsabläufe neu zu überdenken, muss aufgrund der fach- und sachgerechten Erledigung die Struktur geprüft und den neuen Bedingungen angepasst werden. Dies ist eine Kernaufgabe des Bereiches Organisation.

In diesem Jahr tagte die Stellenbewertungskommission zwei Mal. Dafür wurden 63 Stellenbeschreibungen geprüft und bewertet. Ab dem Jahr 2012 soll es zu einer schnelleren Umsetzung der Bewertungsergebnisse kommen. Die Stellenbewertungen werden dem Personalrat vorgelegt und eine Abstimmung unmittelbar herbeigeführt. In strittigen Fällen wird sich die Stellenbewertungskommission zusammensetzen, um eine Entscheidung herbeizuführen.

Im Ordnungsamt, Sachgebiet Brandschutz und Rettungswesen, kam es zu einer Strukturänderung. Es erfolgte keine Wiederbesetzung der Sachgebietsleiterstelle und die Sachbearbeiter/innen wurden dem Kreisbrandmeister unterstellt.

Seit Anfang des Jahres beteiligt sich der Landkreis mit weiteren 6 Landkreisen am Vergleichsring Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften. Das Projekt verfolgt das generelle Ziel, im Rahmen eines interkommunalen Vergleichs ein Kennzahlensystem zu entwickeln und in der Praxis zu erproben. Mit Hilfe dieses Systems sollen kommunale Leistungen durch Kennzahlen abgebildet und verglichen werden. Ebenso sollen „gute Beispiele“ aufgezeigt und darüber hinaus ein intensiver Erfahrungsaustausch gefördert werden. Der Vergleichsring arbeitete zielorientiert und konnte ein umfangreiches Kennzahlensystem für die Bereiche Unterhaltsvorschuss und Beistandschaften, einschließlich Beurkundungen, entwickeln. Für das Jahr 2012 ist eine Fortführung vorgesehen.

Sowohl der Kreistag als auch die Verwaltungsleitung kamen zu dem Entschluss, die Aufgabe der Sportförderung für den Landkreis weiter auszubauen. Um eine gezielte und effektive Arbeit zu erreichen, werden die Aufgaben der Sportförderung nunmehr durch eine Vollzeitstelle mit der Bezeichnung „Fachkoordinator/in Sportmanagement“ wahrgenommen. Die Stelle ist dem Amt für Bildung und Kultur zugeordnet.

➤ *Ausbildung*

Am 1. August begannen sechs junge Menschen ihre Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten, ein Auszubildender lernt Vermessungstechniker. Von 79 Bewerbern, darunter 23 Soldaten auf Zeit, konnten sieben ausgewählt und alle Ausbildungsplätze belegt werden.

Am 31.12.2011 gab es in der Kreisverwaltung 18 Auszubildende. Im Sommer endete für sieben Verwaltungsfachangestellte und einen Vermessungstechniker die Ausbildung. Sieben wurden befristet, einer unbefristet eingestellt.

➤ *Praktikum*

In jedem Jahr sind die Amtsleiter und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung und in den Einrichtungen bemüht und bereit, Praktika, insbesondere für Schüler und Studenten, zu ermöglichen.

Kalenderjahr	Schüler	Studenten
2010	7	25
2011	30	19

Sehr erfreulich ist, dass sich, im Vergleich zu 2010, deutlich mehr Schüler um ein Praktikum bewarben und auch die Gelegenheit zum Absolvieren bekommen konnten.

Ursachen der gestiegenen Bewerberzahlen werden im Engagement beim jährlich im April stattfindenden Zukunftstag und bei der Ausbildungsmesse, die jährlich im Mai stattfindet, gesehen.

Hautnahe praktische Einblicke in die Tätigkeit der Mitarbeiter und die Möglichkeit, sich von den angehenden Vermessern und Verwaltungsfachangestellten die Inhalte des Berufsbildes erklären zu lassen, steigern das Interesse am eventuell infrage kommenden Beruf und animieren so zum Praktikum.

## ➤ *Fortbildung*

17 Beschäftigte beendeten erfolgreich die Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt. Eine Beschäftigte qualifizierte sich zur Prüferin in kommunalen Rechnungsprüfungsämtern und von einer Beschäftigten wurde die Ausbildereignungsprüfung abgelegt.

## ➤ *Betriebliches Eingliederungsmanagement*

Die Kreisverwaltung setzt seit 1. Januar die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde.

Das BEM findet Anwendung auf alle Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die innerhalb eines Jahreszeitraums länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. -trat oder einzelne Fehlzeiten addiert diese Grenze überschritten bzw. überschreiten.

Im Berichtszeitraum wurden 117 Mitarbeiter der Verwaltung ermittelt, denen ein BEM-Verfahren angeboten wurde. 39 Mitarbeiter nahmen die Möglichkeit des freiwilligen Gesprächs an. 52 Mitarbeiter sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen. Von 26 Mitarbeitern steht noch eine Antwort aus.

# **Straßenverkehrsamt**

## **1. Sachgebiet Kfz-Zulassung**

Im Jahr kam es zu einer weiteren Zunahme der Anzahl der im Landkreis gemeldeten Fahrzeuge. Gegenüber dem Vorjahr waren 2.376 Fahrzeuge mehr registriert.

## **2. Sachgebiet Fahrerlaubniswesen**

Bei der Bearbeitung von Fahrerlaubnis-Anträgen auf Ersterteilung oder Erweiterung wurde im Land Brandenburg am 1. September der medienbruchfreie elektronische Verfahrensablauf eingeführt. Damit vereinfacht sich die Verfahrensweise zwischen der Fahrerlaubnisbehörde und der Technischen Prüfstelle. Der bisherige postalische Versand von Prüfaufträgen kann entfallen und Bewerber können schneller zur Fahrerlaubnisprüfung zugelassen werden. Führerscheine können nunmehr bei der Bundesdruckerei in Auftrag gegeben werden, wenn eine positive Rückmeldung durch die Technische Prüfstelle erfolgt.

Gegenwärtig besteht noch keine Umtauschpflicht für „alte“ Führerscheine. Dennoch kam es gegenüber dem Vorjahr zu einem Anstieg bei der Ausstellung eines EU-Kartenführerscheins um 24 %. Die Anzahl der ausgestellten internationalen Führerscheine stieg im Vergleich um 30 %. Dieser Führerschein wird zum Führen von Kraftfahrzeugen bei Auslandsaufenthalten außerhalb der Europäischen Union benötigt.

Bei den Fahrerlaubnisentziehungen durch Urteil oder Beschluss eines Gerichts oder durch die Fahrerlaubnisbehörde des Landkreises gab es einen Rückgang um 20 % gegenüber dem Vorjahr.

### 3. Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Bei schweren Unfällen durch zu schnelles Fahren sind innerorts oft schwache Verkehrsteilnehmer betroffen. Deshalb liegt der Fokus zur Gefahrenprävention durch Geschwindigkeitskontrollen insbesondere auf Kindergärten und Schulen. Das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten trägt somit dazu bei, dass durch die Verhinderung von Unfällen Leben geschützt wird und Folgekosten für die Allgemeinheit gesenkt werden.

Der Hauptanteil der Geschwindigkeitsmessstellen lag deshalb mit 71 % an Schul- und Spielwegen. 22 % der Standorte befanden sich an Stellen mit besonderer Gefährdung, 5 % in schützenswerten Bereichen (u.a. Seniorenheim, Krankenhaus) und 2 % an Unfallhäufungsstellen.

Die Mitarbeiter des Sachgebietes kontrollierten die Geschwindigkeit an 86 Messstellen, davon 10 mit fest installierten Anlagen. Im Vergleich dazu wurde 2010 nur an 75 Standorten die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit kontrolliert, wovon ebenfalls 10 feste Geschwindigkeitsmessanlagen waren.

Die Mitglieder der kreislichen Verkehrsunfallkommission hatten im Vorjahr 11 neuen Geschwindigkeitsmessstandorten zugestimmt. Antragsteller waren überwiegend Städte bzw. Gemeinden. Neu eröffnet wurde u. a. ein Standort in Dahlewitz zur Kontrolle der Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit von 30 km/h durch LKW. Geschwindigkeitskontrollen erfolgten u.a. auch auf der B 101 zwischen Luckenwalde und der Kolzenburger Kurve. Hier hatten die Kommissionsmitglieder sporadische Messungen beschlossen. Weitere Kontrollen erfolgten auf der L 73 zwischen Jänickendorf und Luckenwalde. Im Bereich der Schul- und Spielwegsicherung wurden Messstellen in Blankenfelde, Mahlow und Seehausen eingerichtet. Darüber hinaus gehende Anträge haben die Kommissionsmitglieder abgelehnt.

Am häufigsten wurde die Geschwindigkeit, sowohl im Verwarnungsgeld- als auch im Bußgeldbereich, an der stationären Geschwindigkeitsmessanlage auf der B 96 in Zossen (Straße der Jugend) überschritten. Die Anzahl der festgestellten Geschwindigkeitsverstöße ist aber gegenüber dem Vorjahr um beachtliche 1.163 Fälle gesunken, sodass von einer positiven Wirkung der Anlage ausgegangen werden kann.

Negativ ist hingegen die Entwicklung, insbesondere samstags, an der Messstelle in Zossen auf der Stubenrauchstraße. Hier wurde ein Fahrzeugführer bei zulässigen 50 km/h mit einer Geschwindigkeit von 121 km/h gemessen. Abzüglich der Toleranz verbleiben immerhin noch 118 km/h, was eine Geschwindigkeitsüberschreitung von 68 km/h ergab. Leider wurde an diesem Standort auch im Vorjahr und ebenfalls an einem Samstag die höchste Geschwindigkeitsüberschreitung gemessen. Sie lag abzgl. der Toleranz bei 59 km/h.

45 % aller Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden von Fahrzeugführern mit auswärtigen Kennzeichen begangen. Während 2010 nur 138 Fahrverbote ausgesprochen wurden, waren es 2011 bereits 168, was aber auf die erhöhte Fallzahl im Berichtsjahr zurückgeführt werden kann. 225 Fahrzeugführer waren bei der Geschwindigkeitsüberschreitung nicht angeschnallt (2010 waren es 196).

Wegen Wartungsarbeiten bzw. witterungsbedingt konnten die Messfahrzeuge des Landkreises an 22 Tagen nicht eingesetzt werden. Im Vorjahr wurde an 76 Tage nicht gemessen, was mehrheitlich auf Schnee- bzw. Eisglätte zurückzuführen war.

#### 4. Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

An der Situation aufgrund der fehlenden Wirksamkeit der StVO durch die Nichtigkeitserklärung der 46. Änderungsverordnung hat sich auch in 2011 nichts geändert. Der dadurch bereits in 2010 eingetretene „Schwebezustand“ hat sich fortgesetzt.

Zur Verringerung der Anzahl von schweren Baumunfällen ist im September der gemeinsame Runderlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und des Ministeriums des Innern zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Straßen mit angrenzendem dichten Baumbestand ohne vorgelagerte Fahrzeugrückhaltesysteme außerhalb geschlossener Ortschaften im Land Brandenburg in Kraft getreten. Gegenwärtig erfolgt die Beurteilung der entsprechenden öffentlichen Straßen, ob ggf. eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 70 km/h angeordnet werden sollte, soweit nicht durch den Träger der Straßenbaulast Schutzplanken errichtet werden.

Im Landkreis gab es in den ersten 9 Monaten 123 Baumunfälle mit 4 getöteten Personen.

Das langanhaltende gute Wetter hat zu einer leichten Erhöhung der Anzahl der Baustellen im öffentlichen Verkehrsraum geführt, für die entsprechende verkehrsrechtliche Anordnungen zu Absperrungen und Kennzeichnungen von Arbeitsstellen gemäß § 45 StVO erfolgten. Die Baumaßnahmen auf der K7225, der Verbindungsstraße zwischen dem Gewerbegebiet Baruth und der BAB 13, wurden abgeschlossen und die Straße für den Verkehr wieder freigegeben. Ebenso abgeschlossen wurden ein Teilbereich der neuen B101 zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen, die Erweiterung der „Fläming Skate“ im Bereich Dahme und die B 246 Ortsdurchfahrt Stangenhagen.

Für eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum wurden entsprechende Erlaubnisse erteilt, darunter für viele Weihnachtsmärkte, Straßenfeste von gemeinnützigen Vereinen und Filmaufnahmen. Ein besonderes sportliches Event stellte wieder das Skoda-Velothon-Radrennen dar, das über eine Strecke von rund 34 km durch den Landkreis führte.

An 29 Schwerbehinderte konnte eine Bewilligung von Parkerleichterungen erteilt werden, sodass nunmehr 173 Schwerbehinderte eine Ausnahmegenehmigung haben.

Im Jahr gab es im Landkreis noch 14 Unfallhäufungsstellen (UHS), von denen nur zwei geschlossen werden konnten. Schwerpunkt nach der Anzahl der Unfallhäufungsstellen bildet mit 4 UHS weiterhin die Landesstraße 79 (Potsdamer Straße) in der Stadt Ludwigsfelde.

Für die am längsten bestehende Unfallhäufungsstelle aus dem Jahr 1997 an der Anschlussstelle Rangsdorf der BAB 10 wird durch Baumaßnahmen in den nächsten Jahren eine Entschärfung erwartet. Große Aufmerksamkeit wird weiterhin die Prävention zur Verkehrssicherheit u.a. vor Schulen, Kindereinrichtungen, Senioreneinrichtungen sowie in den Alleen des Landkreises haben.

#### Statistik

##### 1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
Fahrzeugbestand gesamt	127.626	130.002
davon: Kräder	7.879	8.139
Pkw	90.016	91.039
Lkw	8.229	8.518
Zugmaschinen	2.836	2.970
sonstige Kfz	1.124	1.107
Kfz-Anhänger	17.396	18.078
KOM	146	150

## 2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
Ersterteilung/Erweiterung/Umschreibung von Fahrerlaubnissen (FE)	1.980	1.887
Umstellung auf EU-Führerschein	657	812
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	430	443
Versagung/Verzicht der FE gesamt	318	234
Internationaler Führerschein	336	437
FE zur Fahrgastbeförderung	216	215
FE-Entziehungen gesamt	399	322
- davon durch Gericht	270	235
- davon durch Fahrerlaubnisbehörde	129	87
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
• Verwarnungen	550	500
• Anordnung Aufbauseminar (ASP)	55	52
• Entzüge	11	22
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
• Anordnung Aufbauseminar (ASF)	132	150
• Verwarnungen	39	29
• Entzüge	21	9
Anträge auf Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	22	18
- davon erteilte Ausnahmen	16	10
Verlängerung Fahrerlaubnis (C, CE, D, DE, D1E)	959	842
Ersatz nach Verlust/Diebstahl Führerschein	1.194	1.269
Anordnung von ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachten (MPU)	500	526
Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	73	142
Erteilung Prüfungsbescheinigungen Begleitetes Fahren mit 17 Jahren	489	435

Es wurden 751 Anträge auf Ersterteilung, Erweiterung, Verlängerung oder Umschreibung einer Fahrerlaubnis über die Städte, Gemeinden und Ämter entgegengenommen.

## 3. Ausgabe der Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung (FPersV)

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
Ausgabe von Fahrerkarten	511	588
Ausgabe von Unternehmerkarten	34	46
Ausgabe von Werkstattkarten	18	15

## 4. Fahrschulwesen/Fahrschulüberwachung

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	46	43
Anzahl der Fahrlehrer	148 registrierte, 93 tätige Fahrlehrer	147 registrierte, 93 tätige Fahrlehrer
Anzahl der Seminarleiter ASF/ASP	40	35
Anzahl der überprüften Fahrschulen/-lehrer/Seminarleiter	10	16
• Formalüberwachung	5	7
• Qualitätskontrolle des Unterrichts	4	7
• Aufbauseminare (ASP/ASF)	1	2

### 5. gewerblicher Personenverkehr

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	69	68
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	165	171
Anzahl der Überprüfungen	50	52
Ortskundeprüfungen	12	32

### 6. Anordnung von Fahrtenbuchauflagen

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
Anträge auf Anordnung der Führung eines Fahrtenbuches	172	154
Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuches	94	91

### 7. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
eingeleitete Bußgeldverfahren	1.837	2.346
davon		
- stationär	1.176	1.267
- mobil	484	841
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	177	238
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	18.223	19.666
davon		
- stationär	13.584	13.219
- mobil	4.425	6.208
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	214	239
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfügungen	524	671
davon		
- stationär	431	481
- mobil	93	190
Gesamtanzahl Verfahren	20.584	22.683

### 8. Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark

Stadt/Gemeinde/ Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeits- überschreitungen	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011
Gemeinde Am Mellensee	4	4	38	50	189	308
Stadt Baruth/Mark	4	4	59	71*	350	292
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	8	12	40*	72*	184	458
Gemeinde Großbeeren	1	4	9	74	43	1.432
Stadt Jüterbog	7	7	71	90	676	705
Stadt Luckenwalde	4	5	76	69	171	168
Gemeinde Niederer Fläming	2	2	16	3	17	18
Gemeinde Niedergörsdorf	2	4	2**	11	0	30
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	3	4	66	81	890	1.102
Gemeinde Rangsdorf	4	4	58	52*	677	513
Stadt Trebbin	7	7	70	130*	453	1.024
Stadt Zossen	14	14	214*	186*	1.281	1.012
Amt Dahme/Mark	5	5	29	44	71	177

\* reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahme

\*\* wird nur bedient bei Ausfall stationärer Anlage Altes Lager

### 9. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2011
Stellungnahmen		
- allgemeine Planvorhaben	195	164
- Straßenbauvorbereitung Landesbetrieb	70	181
Erlaubnisse, Veranstaltungen		
§ 29 StVO	190	145
Beteiligung an kreisübergreifenden Veranstalt.	22	20
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse		
§ 46 StVO	536	847
Anordnungen von verkehrslenkenden Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO	1.823	2.249
+ Verlängerungen zu Anordnungen		
+ Ergänzungen zu Anordnungen		
Anträge auf Verkehrsregelung	256	268
- davon erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelungen gem. § 45 StVO	173	141
bearbeitete Anträge zu Lichtzeichenanlagen (LZA) und Fußgängerüberwegen	8	5
Bestand an		
- Kreisverkehrsplätzen	27	29
- Fußgänger-LZA	45	45
- Knotenpunkt-LZA	51	50
- Fußgängerüberwegen	20	20
Verkehrsschauen	19	16



# Dezernat II

## Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Die Öffentlichkeit hat die Aufgaben des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes im Jahr über folgende Schlagworte wahrgenommen: Dioxin in Futtermitteln bei Schwein und Geflügel sowie EHEC in Gemüse und Sprossensamen. Damit verbunden war auch für das Amt ein erheblich höherer Kontrollaufwand in diesen Gebieten. Aber auch die anderen Tätigkeitsbereiche, wie Tierseuchenprophylaxe und –bekämpfung, Tierschutz, Tierarzneimittel- und Tierkörperbeseitigungsüberwachung sowie Lebensmittelüberwachung, erforderten die ganze Aufmerksamkeit.

### 1. Sachgebiet Veterinärwesen

#### ➤ *Tierseuchen – neues Sanierungsprogramm für die Rinderbestände*

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die Bovine Virusdiarrhoe (BVD) der Rinder zu eliminieren. Deshalb trat am 01.01.2011 eine neue Verordnung in Kraft, die vor allem die Untersuchung aller geborenen Kälber und die Aussonderung der positiv getesteten Tiere vorschreibt. Über die neue Verordnung und deren Umsetzung wurden die interessierten Landwirte im Rahmen der Winterschulung in Werder informiert.

Im Landkreis wurden 31.766 Rinder auf das BVD-Virus untersucht, ca. 50 % davon mittels Ohrstanzprobe. Bei 53 Ohrstanzproben und 25 Blutproben wurde das Virus nachgewiesen, diese Tiere wurden geschlachtet, getötet oder in Länder exportiert, die keine Handelsrestriktionen in Bezug auf BVD vorschreiben. Bei Tieren, die auf Grund positiver Ohrstanzproben getötet werden müssen, leistet die Tierseuchenkasse eine Beihilfe in Höhe von 100 €.

Im Landkreis leben zum Stichtag 31.12.2011 lt. Rinderdatenbank HIT 31.964 Rinder. Von 93% (29.737 Rinder) liegt ein negativer BVD-Status vor, 7 % (2.227 Rinder) sind ohne BVD- Status.

Die Anerkennungen als BVDV-unverdächtige Bestände konnten noch nicht ausgesprochen werden, da die Voraussetzungen lt. BVDV-Verordnung noch nicht erfüllt wurden.

#### ➤ *Tierseuchen-Übung*

In Fortsetzung der Tierseuchenübung 2010 wurde auch 2011 praktisch geübt, wie im Ernstfall gefährliche Tierseuchen zu bekämpfen sind. Es wurde wieder in einem Schafhaltungsbetrieb des Landkreises der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche (MKS) simuliert. Bei der diesjährigen Übung waren zusätzlich zu den Mitarbeitern des Sachgebietes auch Mitarbeiter des Sachgebietes Lebensmittelüberwachung und der Krisenstab der Kreisverwaltung involviert.

#### ➤ *Tierseuchen-Verdacht auf ansteckende Blutarmut der Einhufer (Equine infektiöse Anämie)*

Ende November informierte ein praktischer Tierarzt über den Verdacht auf ansteckende Blutarmut bei einem Pferd in unserem Landkreis. Daraufhin wurde der Bestand gesperrt und es erfolgten klinische Untersuchungen und Probenahmen. Erste epidemiologische Ermittlungen wurden eingeleitet und alle 24 dort auf dem Pferdehof tätigen Tierärzte erhielten Informationen über den Verdachtsfall. Die Ergebnisse der Nachuntersuchungen bestätigten den Verdacht glücklicherweise nicht, sodass die Verdachtssperre kurze Zeit später wieder aufgehoben werden konnte.

➤ *CC- und Fachrechtskontrollen nach Risikoauswahl des MUGV*

Es wurden 8 Betriebe zur Überprüfung der Einhaltung der Cross Compliance Anforderungen in den Bereichen Kennzeichnung und Registrierung von Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen sowie Tierschutz, Tierseuchen, Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit ausgewählt. Hier wurden 39 Kontrollen durchgeführt. Bei zwei sehr geringfügigen Beanstandungen kam die Bagatellregelung zur Anwendung, sodass dem Landwirt keine Abzüge von den EU-Beihilfen drohen. Voraussetzung dafür ist zum einen die Geringfügigkeit, zum anderen die sofortige Beseitigung des festgestellten Mangels. In 12 Betrieben wurden Fachrechtskontrollen, durch Risikoanalysen des Ministeriums ermittelt, durchgeführt. Hier führten Beanstandungen zu Belehrungen, einem Bußgeldverfahren sowie einer Ordnungsverfügung.

➤ *Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen*

Der stetige Anstieg der nach Tierseuchen- und Tierschutzrecht abzufertigenden Tiertransporte war auch in diesem Jahr zu registrieren. Neben dem innergemeinschaftlichen Verbringen von Rindern, Schweinen und Schafen in andere EU-Staaten nahm vor allem die Abfertigung von Exporten in Drittländer wie Russland und die Ukraine zu. Es wurden insgesamt 98 Rindertransporte, ca. 100 Kälbertransporte und 129 Schweinetransporte tierseuchenrechtlich abgefertigt und die Einhaltung der Tierschutzbestimmungen beim Transport überprüft. Weiterhin wurde bei 83 Transporten die Einhaltung der 24h-Pause in den Kontrollstellen überwacht.

➤ *Tierschutz-Probleme mit ausgesetzten oder weggenommenen Tieren*

Ausgesetzte, hilflose oder verletzte Tiere stellen ein wichtiges Tierschutzproblem dar. Wiederholten Klärungsbedarf gab es insbesondere bezüglich der Verantwortlichkeit zwischen den örtlichen Ordnungsämtern und dem Veterinäramt und daraus resultierend der Übernahme der anfallenden Kosten für die Unterbringung und eine eventuell notwendige medizinische Behandlung der Tiere. Im Jahr mussten insgesamt 51 Tiere auf Kosten des Veterinäramts in diversen Tierheimen untergebracht werden. Dabei handelt es sich um 18 ausgesetzte Tiere und um 33 Tiere, die aufgrund gravierender Mängel in der Tierhaltung weggenommen werden mussten. Allein 29 Hunde wurden von einer nicht genehmigten Zuchtstätte in Nuthe-Urstromtal entfernt.

➤ *Kontrollzahlen*

<b>Tierschutz</b>		
Tierschutzanzeigen		192
davon:	Hunde- /Katzenhaltungen	137
	Nutztierhaltungen	55
Planmäßige Tierschutzkontrollen nach Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung		48
Erlaubnispflichtige Tierhaltungen nach §11 Tierschutzgesetz		23
Schwerpunktkontrollen:	Reit- und Fahrbetriebe sowie Pferdepensionen	37
<b>Tierarzneimittelüberwachung</b>		
Tierärztliche Hausapotheken (gesamt 42)		17
arzneimittelrechtliche Überwachung bei Lebensmittel liefernden Tierhaltern		89

## 2. Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

### ➤ *Risikoorientierte Betriebskontrollen*

Im Jahr wurden durch Lebensmittelkontrolleure und amtliche Tierärzte in den 2386 im Landkreis erfassten Lebensmittel-Betrieben insgesamt 2878 Kontrollen durchgeführt. Bei knapp einem Drittel der Kontrollen waren Mängel zu verzeichnen, die in der Regel jedoch nicht schwerwiegend waren. Insgesamt wurden 44-mal Verwarnungen ausgesprochen, 7-mal Bußgelder erhoben und ein Strafverfahren eingeleitet. Die Zahl der Kontrollen ist gegenüber 2010 um ca. 400 zurückgegangen. Ursache ist das altersbedingte Ausscheiden einer Lebensmittelkontrolleurin im April. Der zur Nachfolge eingestellte Kollege wird im Januar 2012 seine Ausbildung abgeschlossen haben.

### ➤ *Proben*

Von Lebensmitteln, Kosmetika oder Wein wurden 826 Planproben sowie 93 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfolgsproben gezogen. Die Beanstandungsquote lag insgesamt bei 15 %. Davon bezogen sich ca. 2/3 auf sogenannte „Irreführungstatbestände“, wie Verstöße gegen Kennzeichnungsvorschriften oder Wertminderung/Schönung. Eine Beurteilung als „nicht zum Verzehr geeignet“ wurde in 11 Fällen, als potentiell „gesundheitsschädlich“ in einem Fall ausgesprochen.

### ➤ *Betriebskontrollprogramm 2011:*

#### *Temperaturprüfung in Kühleinrichtungen für verpacktes frisches Hackfleisch im Einzelhandel*

In den letzten Jahren ist zunehmend zu beobachten, dass in Selbstbedienungs-Kühltheken des Einzelhandels frisches Hackfleisch als verpackte Ware mit einem mehrtägigen Verbrauchsdatum angeboten wird. Das ausgelobte Haltbarkeitsdatum dieser leicht verderblichen Produkte ist nur durch eine niedrige Aufbewahrungstemperatur von maximal 2°C zu gewährleisten. Hackfleisch, welches nicht am Ort der Herstellung an den Verbraucher abgegeben wird, muss daher unmittelbar nach der Herstellung umhüllt oder verpackt werden und auf eine Kerntemperatur von nicht mehr als 2°C gekühlt werden. Diese Temperatur muss auch bei Lagerung und Beförderung eingehalten werden, also auch in den Kühltheken des Einzelhandels.

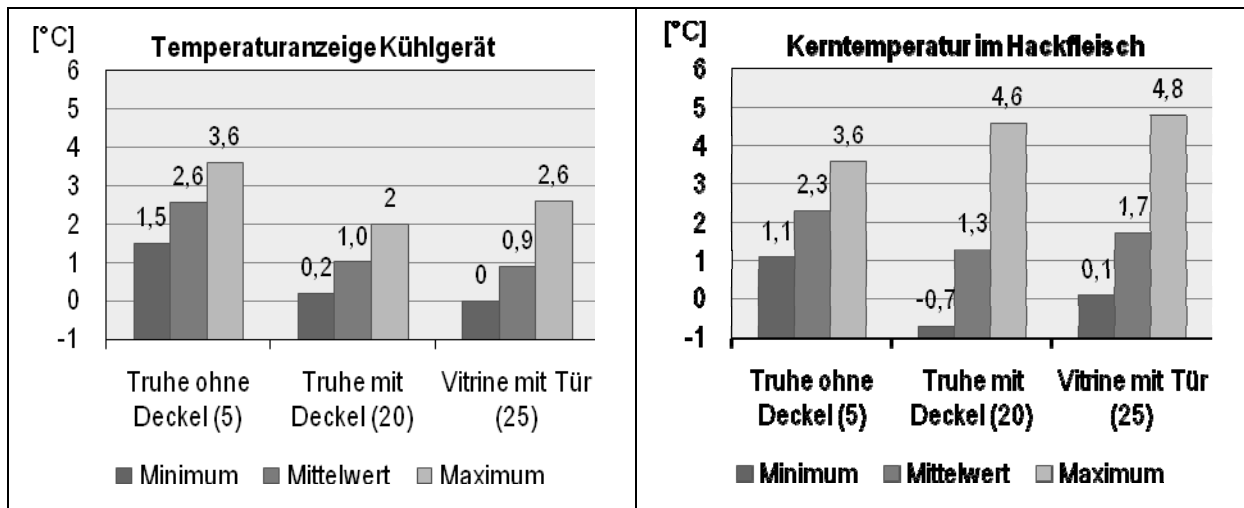
Daher wurden 51 Einzelhandelseinrichtungen gezielt auf die Einhaltung der niedrigen Temperatur in derartigen Kühltheken und die diesbezüglichen Eigenkontrollen überprüft, schwerpunktmäßig in der potentiell warmen Jahreszeit von April bis September.

Die Ergebnisse waren insgesamt erfreulich. In allen überprüften Betrieben wurde die maximale Füllhöhe der Truhen eingehalten oder war die Bestückung der Vitrinen angemessen. Eigenkontrollen zu den Temperaturen wurden ebenfalls in ausreichender Weise in allen Betrieben durchgeführt.

Art und Umfang der Eigenkontrollen in 51 Betrieben	absolut*	in Prozent
● Regelmäßige Temperaturprüfung	51	100,0
○ durch Ablesen der Temperaturanzeige	43	84,3
○ durch Messung mit separatem Thermometer	29	56,9
● Schriftliche Aufzeichnungen der Temperaturkontrollen	51	100,0
○ durch handschriftliche Eintragung des Messwerts	33	64,7
○ durch Abhaken „in Ordnung“	17	33,3
○ durch elektronische Aufzeichnung (Datenlogger)	5	9,8
● Frequenz der Temperaturprüfung angemessen	50	98,0
○ 1 mal täglich	26	51,0
○ 2 mal täglich	18	35,3
○ 3 mal täglich	6	11,8

\* Mehrfachnennungen möglich

Als Kühlgeräte werden mittlerweile überwiegend Kühlvitrienen mit Tür (25-mal) oder Kühltruhen mit Deckel (20-mal) verwendet. Kühltruhen ohne Deckel (5-mal) oder Kühlvitrienen ohne Tür (1-mal) kommen nur noch in Ausnahmefällen zum Einsatz. Im Mittel wiesen die beiden erstgenannten Gerätetypen bessere Werte auf. Die Temperaturanzeigen der Geräte korrespondierten nicht immer mit den amtlich ermittelten Lagertemperaturen oder der Kerntemperatur im Hackfleisch. Sie lagen häufig niedriger. Daher wird empfohlen, immer zusätzlich zur Geräteanzeige ein separates Thermometer zu verwenden.



Unter Berücksichtigung von Messunsicherheit und Anzeigegenauigkeit auch der geeichten Thermometer wurde bei einem Messwert von bis zu 3°C die gesetzliche Forderung als erfüllt angesehen. In vier Fällen wurde bei Messwerten zwischen 3 und 5°C eine Belehrung ausgesprochen. Werte über 5°C wurden in keinem Fall festgestellt.

➤ *EHEC-Krise im Mai / Juni*

Im Rahmen des EHEC-Geschehens war unser Landkreis insofern massiv involviert, als dass hier zwei Großhändler für Sprossensamen ansässig sind. Diese waren unter anderem mit dem als für die EHEC-Erkrankungen ursächlichen Bockshornkleesamen aus Ägypten beliefert worden. Es erfolgten die Erfassung hinsichtlich des Tätigkeitsfeldes der Firmen, Warenbestand vor Ort einschließlich der Begleitpapiere (Eigenkontrolluntersuchungen des Vorlieferanten u. ä.) sowie der Lieferwege. Im Juni erfolgten umfangreiche Probenahmen (16 Proben) von Samen für verschiedene Sprossenarten. Auch aus diesen Proben konnte, wie in den Proben aus anderen Bundesländern, in keinem Fall der EHEC-Erreger isoliert werden.

Aus Verbraucherschutzgründen erging trotzdem an die Betriebe eine Ordnungsverfügung mit der Anordnung, Ware mit ägyptischem Bockshornklee zurückzuziehen, vom Markt zu nehmen und unschädlich zu beseitigen sowie den Nachweis darüber zu erbringen.

➤ *Entnahme von Trichinenproben durch Jäger*

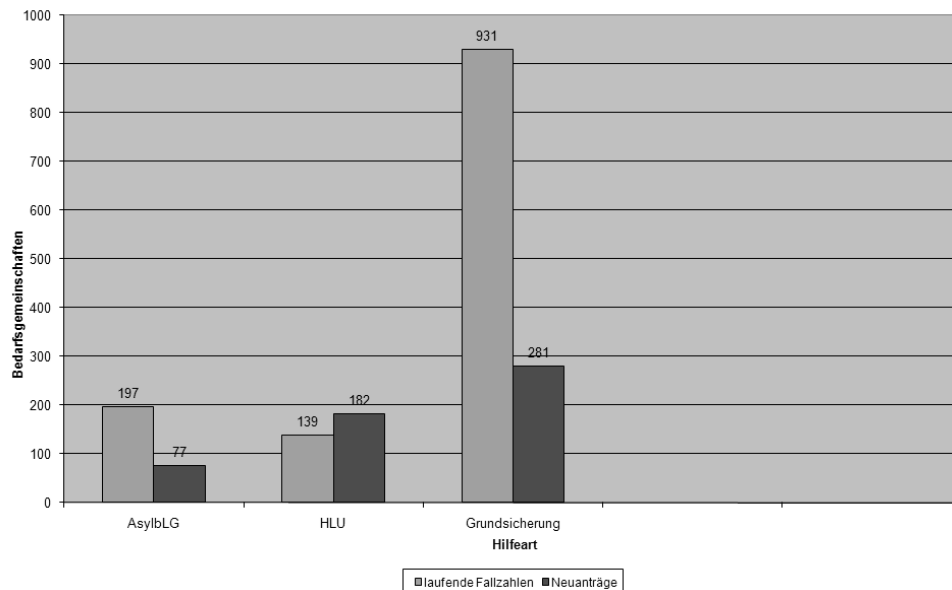
Nachdem Ende 2010 durch eine Gesetzesänderung die Beauftragung aller Jäger (nicht nur der Jagd ausübungsberechtigten) zur Entnahme von Trichinenproben bei erlegten Wildschweinen ermöglicht wurde, wurde diese Beauftragung durch das Veterinär- und Lebensmittelamt auf Antrag bei 204 Jägern erteilt. Für die Jäger, die noch nicht an der als Voraussetzung vorgeschriebenen amtlichen Schulung teilgenommen hatten, wurde im Oktober eine Schulung durchgeführt. Hier nahmen ca. 40 Personen teil.

# Sozialamt

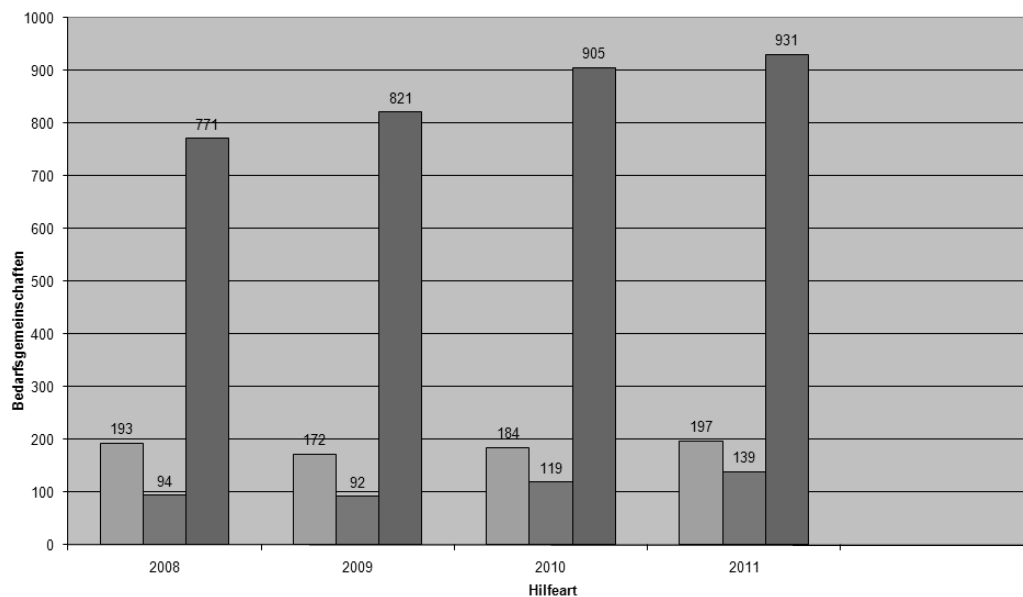
## 1. Sachgebiet Sonstige soziale Leistungen

- *Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung für über 65-Jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz*

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65-Jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen; sowie Fallzahlen der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Ist-Zahlen im Jahr 2011)



Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Bereich Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65-Jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen; sowie Fallzahlen der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Zeitraum 2008 bis 2011)



- *Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (Bbg AföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)*

#### Fallzahlen und Neuanträge im Jahr 2011

BAföG	:	1.970
Neuanträge	:	656
Bbg AföG	:	144
AfbG	:	598
Neuanträge	:	99

Insgesamt waren 49 Widersprüche in diesem Bereich zu bearbeiten.

- *Wohngeld*

Insgesamt wurden 3.067 Anträge auf Miet- oder Lastenzuschuss bearbeitet, davon wurden 2.135 bewilligt. Dies ist ein leichter Rückgang um 8,39 %. Das durchschnittlich bewilligte Wohngeld betrug monatlich 114,44 €. 24 Haushalte stellten einen Antrag auf Kinderwohngeld, wovon 22 bewilligt wurden. Zusätzlich erfolgten noch 80 unverbindliche Probeberechnungen während der Sprechstunden und 161 über das datentechnische Verfahren. Die Zahl der eingelegten Widersprüche gegen Bescheide ist mit 69 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Häufigster Grund für einen Widerspruch war in diesem Jahr die Ablehnung bzw. Verringerung des Wohngeldes auf Grund des Wegfalls des Heizkostenbetrages ab Januar.

- *Leistungen für Bildung und Teilhabe*

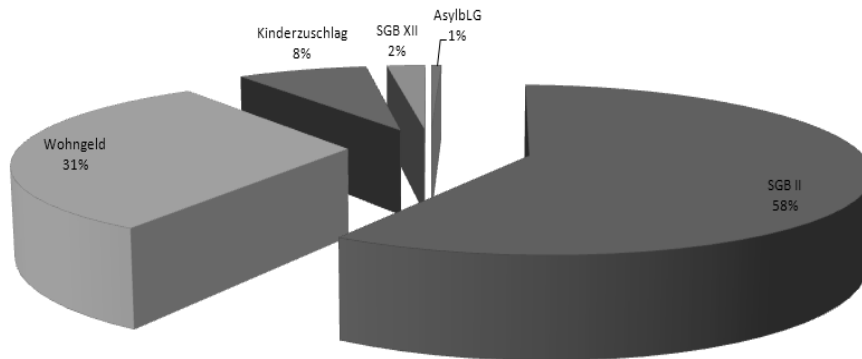
Die Einführung und Bearbeitung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Bildungspaket) stellte einen wesentlichen Schwerpunkt im Sachgebiet dar. Bis zum Jahresende konnten an insgesamt 693 Kinder aus Familien, die Kinderzuschlag, Hilfe zum Lebensunterhalt, Wohngeld oder Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, Leistungen für Bildung und Teilhabe ausgezahlt werden. Durchschnittlich wurden pro leistungsberechtigtem Kind 1,8 Leistungen des Bildungspaketes bewilligt.

Durch den verstärkten Einsatz von Studienpraktikanten in diesem Bereich konnten alle rückwirkenden Anträge bis zum November des Jahres abgearbeitet werden.

Zusätzlich wird gemeinsam mit allen Beteiligten (Jugendamt, Schulen, Netzwerke, usw.) durch Information und gezielte Beratung darauf hingewirkt, dass zukünftig noch mehr Kinder die möglichen Leistungen für Bildung und Teilhabe in Anspruch nehmen können.

Die Entscheidung von Anträgen von Leistungsempfängern nach dem SGB II auf Leistungen für Bildung und Teilhabe erfolgt im Jobcenter. Von Seiten des Fachamtes wurde die Einführung der Aufgabe begleitet.

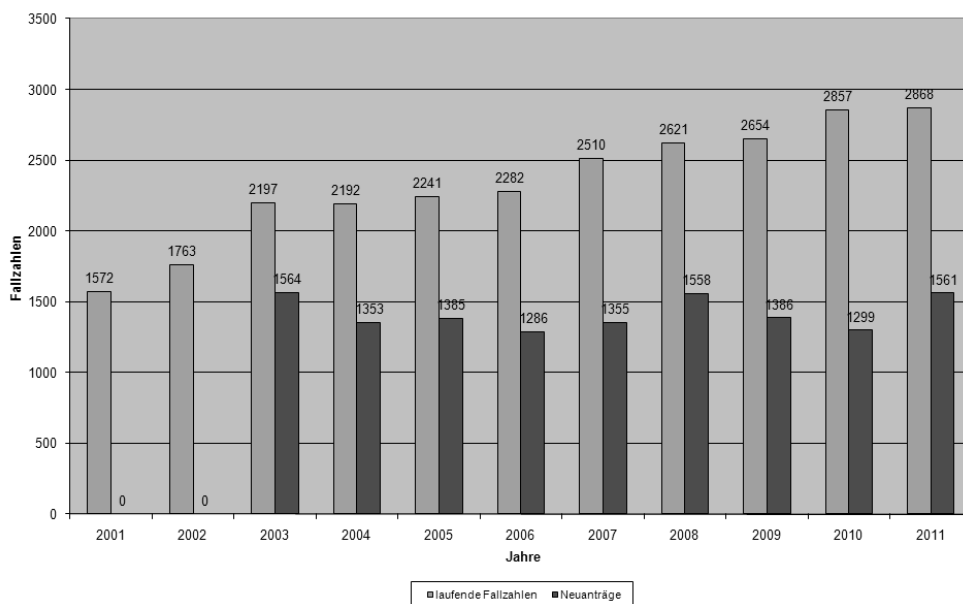
## Darstellung der leistungsberechtigten Kinder nach Rechtskreisen



## 2. Sachgebiet Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten

- *Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfen (Ist-Zahlen im Jahr 2011)*

*Jahre von 2001 bis 2011 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge:*



Neben der Bearbeitung der laufenden Hilfen im Sachgebiet ergaben sich zusätzlich folgende Schwerpunkte:

- *Bearbeitung der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII*

Im Jahr wurden insgesamt 121 Neuanträge auf Leistungen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohter Kinder und Jugendliche gestellt. Davon wurden 31 Anträge bewilligt und 21 Anträge abgelehnt. 8 Anträge wurden an andere Rehabilitationsträger weitergeleitet und 6 zurückgezogen. Die noch 55 offenen Anträge sind zum einen Anträge des letzten Quartals 2011 und zum anderen Anträge, bei denen das fachärztliche Gutachten noch nicht vorliegt.

Im Vergleich zum Jahr 2010 gab es mehr Krisengespräche auf Grund der besonderen Bedürfnislage der Kinder und Jugendlichen.

Die Anzahl der Anträge auf ambulante Hilfen bei einer Teilleistungsstörung (Lese-Rechtschreibstörung und / oder Rechenstörung) ist im Vergleich zum Jahr 2010 (47 Anträge) im Jahr 2011 (72 von 121 Neuanträge) erheblich angestiegen. Hier ist ein Gespräch mit dem Staatlichen Schulamt geplant, um mögliche Ursachen zu eruieren und Lösungen zu finden.

➤ *Zusammenarbeit mit anderen Ämtern*

Die über mehrere Jahre aufgebaute Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt Wünsdorf wurde weitergeführt und ausgebaut. Einmal im Jahr findet ein Arbeitsgespräch statt, zu dem die Dezernenten und Amtsleiter der Fachbereiche Jugend und Soziales eingeladen werden. Gemeinsam mit dem Schulverwaltungsamt wurden haushaltsverträgliche Lösungen für einige Schüler gefunden, für die eine Beförderung zu Spezialschulen notwendig ist. Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Ämtern ist gerade bei der kommenden Inklusion sehr wichtig und von Vorteil.

➤ *Fahrcoupons für Menschen mit einer erheblichen Gehbehinderung als freiwillige Leistung des Landkreises*

Die freiwillige Leistung des Landkreises an Menschen mit einer erheblichen Gehbehinderung wurde weitergeführt. Das Sozialamt gab an 355 Anspruchsberechtigte Fahrcoupons aus. Insgesamt wurden 43 Neuanträge gestellt.

➤ *Betreuungsangelegenheiten*

Die Mitarbeiter der Betreuungsbehörde bewältigten mehr als 700 Erstverfahren und mehr als 600 Wiederholungsverfahren auf Anregung einer gesetzlichen Betreuung. Insgesamt werden 2500 Betreuungen geführt.

Das Angebot zur Beratung über eine Vorsorgevollmacht wird durch die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises rege und dankbar angenommen. Durch die Öffentlichkeitsarbeit und den Artikel in der örtlichen Presse hat sich dies noch verstärkt. Eine positive Resonanz ist hier zu verzeichnen.

➤ *Grundsatzsachbearbeitung SGB II*

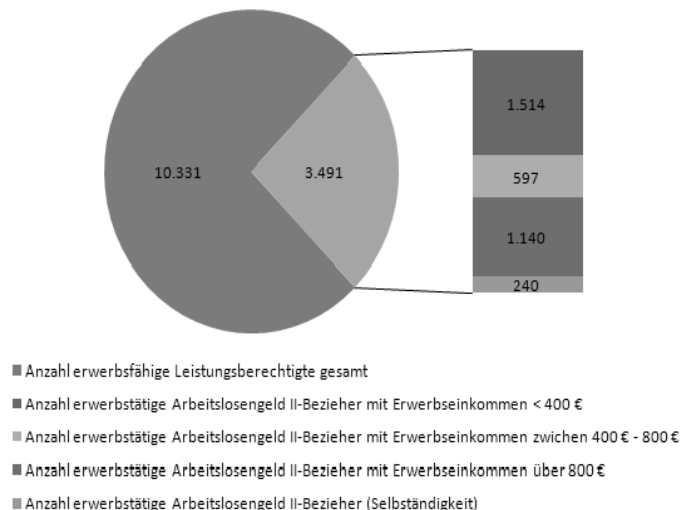
Gemäß der bisher erfolgten guten Zusammenarbeit haben die beiden Träger der Grundsicherung nach Änderung des Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) die Gründung einer gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) zum 1. Januar friktionsfrei vollzogen und mit so wenig Veränderungen wie möglich fortgesetzt. Die zur Lösung anstehenden Aufgaben im Jobcenter wurden durch das aktive Wirken der Mitglieder des Landkreises in der Trägerversammlung positiv beeinflusst und entsprechenden Lösungen zugeführt. In Verantwortung des Amtes liegt hierbei die regelmäßige Einflussnahme auf die Erbringung von rechtmäßigen und zweckmäßigen Leistungen durch das Jobcenter, insbesondere im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit. Das Jobcenter wurde darin unterstützt, die Dienstleistungen effizient, bürgernah und serviceorientiert zu erbringen mit dem Ziel, zur bestmöglichen Lösung im Einzelfall beizutragen. Im Rahmen der Fachaufsicht erfolgte eine regelmäßige Abstimmung zur Auslegung der 2. Handlungsempfehlung KdU sowie der gültigen Geschäftsanweisungen und Handlungsleitfäden mit den verantwortlichen Mitarbeitern im Jobcenter. Zudem wurde fortlaufend ein Fach- und Erfahrungsaustausch zu bestehenden Problemlagen initiiert. Besonderes Augenmerk kam hierbei der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder von Leistungsbeziehern nach dem SGB II zu.



Darüber hinaus wurden 51 Beschwerden von Leistungsempfängern nach dem SGB II gemeinsam mit den zuständigen Sachbearbeitern des Jobcenters geprüft und entsprechend der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten abgeholfen. In diesem Zusammenhang wirkte das Amt auch regelmäßig als zentrale Schnittstelle zum Jugendamt, Gesundheitsamt und anderen Stellen.

Das Beschwerdemanagement im Amt gewinnt in Verbindung mit dem Angebot der Wohnraumberatung von Leistungsempfängern nach dem SGB II mehr und mehr an Zuspruch in der Bevölkerung.

### Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher in der Grundsicherung nach Art der Erwerbstätigkeit und Höhe des Bruttoeinkommens



#### ➤ Wohnraumberatung im Rahmen des Projektes Kommunalkombi

Der Schwerpunkt der Wohnraumberatung besteht in der Erhebung von aktuellen Daten zum Angebot an angemessenem und freiem Wohnraum sowie in der regelmäßigen Ermittlung der Brennstoffpreise im Landkreis. Die erfassten Daten werden dann den Leistungsträgern zeitnah zur Verfügung gestellt.

Die Wohnraumberater stellen vermehrt eine Schnittstelle zwischen Klienten/Kunden, dem Leistungsträger und den Wohnungsunternehmen/Vermietern dar. Durch die Schnittstellenfunktion werden auch entsprechende Informationen, überwiegend in persönlichen Gesprächen, an die Hilfebedürftigen weitergeleitet. Die Kontaktaufnahme erfolgt durch die Klienten auf Grund unangemessener Unterkunftskosten, anstehender Zwangsräumungen, Trennungen, sozialer Notlagen oder Zuzugsbegehren in den Landkreis Teltow-Fläming.

Zur Optimierung der Erreichbarkeit sind tägliche Sprechzeiten eingerichtet, die sich im Wesentlichen an den Öffnungszeiten der Kreisverwaltung orientieren.

Im Jahr gab es insgesamt 217 Beratungsgespräche (72 telefonische Auskünfte und 115 persönliche Gespräche).

#### ➤ Sozialticket

Zum 1. Januar 2008 wurde im Landkreis ein Sozialticket mit 50 Prozent Ermäßigung auf den Regeltarif des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg befristet für ein Jahr eingeführt und in den Jahren 2009, 2010 und 2011 fortgeführt. Es gilt für ausgewählte Buslinien der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF), nicht für Züge der Deutschen Bahn-AG und der S-Bahn. Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder Asylbewerberleistungsgesetz können das Sozialticket nutzen. Die Anspruchsberechtigten erhalten Kundenkarten, die zum Erwerb von Einzelfahrausweisen, Tages- und

Wochenkarten berechtigen. Es wurden 284 Kundenkarten an verschiedene Leistungsbezieher ausgestellt.

➤ *Widerspruchs- und Klageverfahren*

Im Sozialamt waren 449 Widersprüche und 85 Klagen neu eingegangen. Von den Klagen sind 55 dem SG Sonstige soziale Leistungen und 30 dem SG Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten zuzuordnen. Im Jahr 2010 waren im Vergleich dazu insgesamt 380 Widerspruchs- und 67 Klageverfahren im Amt zu führen.

## Gesundheitsamt

➤ *Gesundheitsberichterstattung*

Um über die aktuelle gesundheitliche Situation der Einwohner des Landkreises zu informieren, wurde nach umfangreichem Sammeln und Auswerten von Daten und Fakten, die zum größten Teil durch das Gesundheitsamt erhoben wurden, ein Bericht erstellt. Er besteht aus einem Teil I mit Analysen und teilweise Bewertungen und einem Teil II, der eine Dokumentation der statistischen Gesundheitsdaten enthält. Anschauliche Diagramme und viele Tabellen erlauben der Verwaltung, Kommunalpolitikern, Ärzten, Fachleuten und interessierten Bürgern einen raschen und informativen Überblick zu demografischen Daten und Fakten zur ambulanten und stationären medizinischen Versorgung im Landkreis Teltow-Fläming.

➤ *Gesundheitsförderung*

Die Landkreise koordinieren, initiieren und unterstützen Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit sowie gesunder Lebensbedingungen. Es ist weiterhin ihre Aufgabe, auf ein ausreichendes Angebot an Informationen und Aufklärung über Gesundheitsrisiken, gesundheitsfördernde Verhaltensweisen sowie Möglichkeiten der Prävention hinzuweisen. Der Schwerpunkt der Gesundheitsförderung und Prävention lag in diesem Jahr auf dem Gebiet der Suchtprävention.

Am 4. Januar organisierte der Arbeitskreis Suchtprävention des Landkreises eine Suchtpräventionsmesse im Kreishaus. Neben Info- und Messeständen mit fachlicher Beratung wurden Informationsmaterial und auch viele Angebote zum Mitmachen angeboten. Zielgruppen waren die Schüler der Klassen 6 bis 10, Lehrer, Eltern, Familienangehörige, Sozialarbeiter, Psychologen und interessierte Bürger. Auf der Suchtpräventionsmesse gab es die Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen, Angebote zu vergleichen, sich über Inhalte und Schwerpunkte in der Suchtprävention auszutauschen als auch Vorträge zum Thema zu verfolgen. Mehr als 20 Aussteller präsentierten sich den über 500 Besuchern.

### 1. Sachgebiet Hygiene/Umweltmedizin

Zu den Kernaufgaben des Gesundheitsamtes zählen die Überwachungsaufgaben in den Bereichen Trinkwasser, Schwimm- und Badebeckenwasser sowie der Infektionsschutz.

Der Infektionsschutz umfasst die Früherkennung, Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten im Landkreis Teltow-Fläming.

➤ *Nachweis von Enterokokken im Wasserwerk Luckenwalde*

Am 7. Dezember wurden bei einer Routineuntersuchung am Ausgang des Wasserwerkes Luckenwalde Enterokokken in geringen Keimzahlen (2 KBE/100 ml) nachgewiesen. Nach Bekanntwerden der Prüfergebnisse führte das Gesundheitsamt umgehend eine Kontrollbesichtigung des Wasserwerkes durch. Bei der Inspektion des Reinwasserbehälter-Raumes wurden Mücken und Spinnen an den Wänden festgestellt. Es stellte sich heraus, dass die Mücken wahrscheinlich durch die undichte Eingangstür in den Reinwasserbehälter-Raum gelangt waren.

Neue Untersuchungen haben gezeigt, dass Enterokokken durch Mücken übertragen werden können. Im Oktober und November wurden auch in anderen Regionen des Landes Brandenburg auffällige Enterokokken-Befunde im Trinkwasser beobachtet.

Das Gesundheitsamt veranlasste eine sofortige Stufenkontrolle der Reinwasserbehälter. Mikrobiologische Untersuchungen zeigten, dass es sich bei den nachgewiesenen Enterokokken nicht um die humanpathogenen Spezies *Enterococcus faecalis* und *Enterococcus faecalis*, sondern wahrscheinlich um für den Menschen ungefährliche „Umweltkeime“ handelte. Das Gesundheitsamt veranlasste die Reinigung und Desinfektion der Reinwasserbehälter, den Verschluss der Überläufe mit Gaze sowie die Erneuerung der Abdichtung der Eingangstür. Kontrollproben vom 19. Dezember waren mikrobiologisch ohne Beanstandung (kein Nachweis von Enterokokken). Es bestand zu keinem Zeitpunkt eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung, sodass auf entsprechende Warnhinweise (z. B. Abkochgebot) verzichtet wurde.

➤ *EHEC-/HUS-Ausbruch von Mai bis Juli in Deutschland*

Von Mai bis Juli kam es in Deutschland zu einer Häufung von schweren Verlaufsformen des hämolytisch-urämischen Syndroms (HUS) mit blutigen Durchfällen. Betroffen war vor allem Norddeutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern traten Erkrankungsfälle auf. Als Krankheitsursache wurden enterohämorrhagische *Escherichia coli* (EHEC) vom Serotyp O104:H4 und als Infektionsüberträger Sprossen von aus Ägypten importierten Bockshornkleesamen identifiziert. Deutschlandweit wurden dem Robert Koch-Institut insgesamt 4.321 Fälle gemeldet, darunter 3.469 EHEC-Fälle und 852 HUS-Fälle. Insgesamt 50 Patienten sind gestorben. Der Landkreis Teltow-Fläming war von diesem Ausbruch kaum betroffen. Der EHEC-Ausbruchsstamm wurde hier nur in einem Fall nachgewiesen: bei einem 46-jährigen Mann, dessen Erkrankung unkompliziert und ohne Auftreten eines HUS verlief.

Bis zur Identifizierung des Krankheitserregers und des Nachweises der Infektionskette war der Infektionsschutz des Gesundheitsamtes erheblich in Anspruch genommen.

## 2. Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst

➤ *Impfstelle*

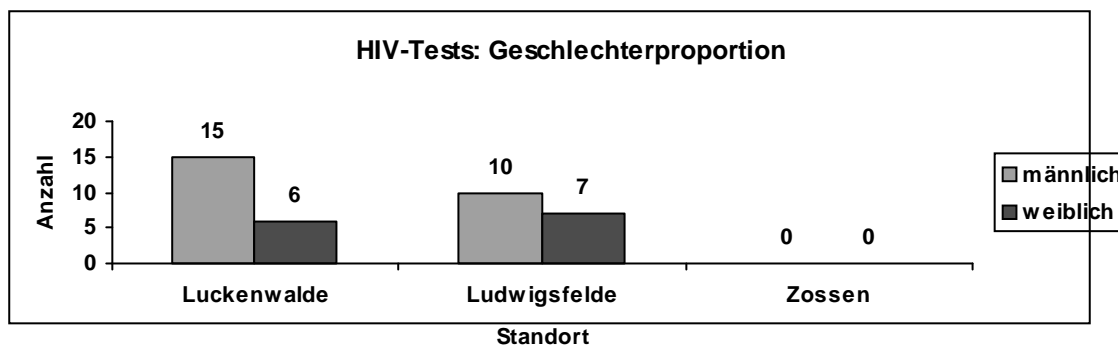
Schutzimpfungen gehören zu den effektivsten Präventionsmaßnahmen. Trotz guter Impfraten in Deutschland bestehen in einigen Bevölkerungsgruppen noch Defizite im Impfschutz. Hier gilt es, die Akzeptanz für die öffentlich empfohlenen Schutzimpfungen durch Aufklärung und Beratung zu erhöhen. Als Beispiel hierfür ist die Masernimpfung zu nennen. Deutschland zählt zu den Ländern Europas, die noch nicht ausreichend hohe Durchimpfungsraten erreicht haben. Dies zeigt sich im wiederholten Auftreten von regional begrenzten Masernausbrüchen (z. B. Bayern: 17 Masernhäufungen mit Fallzahlen zwischen 2 und 12 Erkrankten im Jahr 2011). Umso wichtiger ist es, Bevölkerungsgruppen mit erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem einzubeziehen. Deshalb hat das Gesundheitsamt einen Schwerpunkt auf die Durchführung von Schutzimpfungen bei Menschen in sozial schwierigen

Lebenslagen (Menschen ohne Obdach, Frauen in Notsituationen u. a.) und Menschen mit sprachlichen und kulturellen Barrieren gelegt.

So wurden bei 68 Asylbewerbern 153 Schutzimpfungen (Influenza, Tetanus, Diphtherie, Kinderlähmung u. a.) durchgeführt und 45 Impfausweise ausgestellt. In der Impfstelle des Gesundheitsamtes wurden insgesamt 199 Impfberatungen und 475 Schutzimpfungen durchgeführt. Im Rahmen der Reise-Impfberatung erfolgten 48 Reise-Beratungen und 307 Impfungen. Dabei standen die Impfungen gegen Hepatitis A u. B, Gelbfieber, Typhus und Tollwut an erster Stelle.

➤ *HIV/AIDS-Beratung*

Im Gesundheitsamt werden anonym und kostenlos HIV/AIDS-Beratungen und HIV-Teste angeboten. Im Berichtszeitraum erfolgten an den Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde 82 persönliche Beratungen, 38 HIV-Teste und 25 telefonische Beratungen.

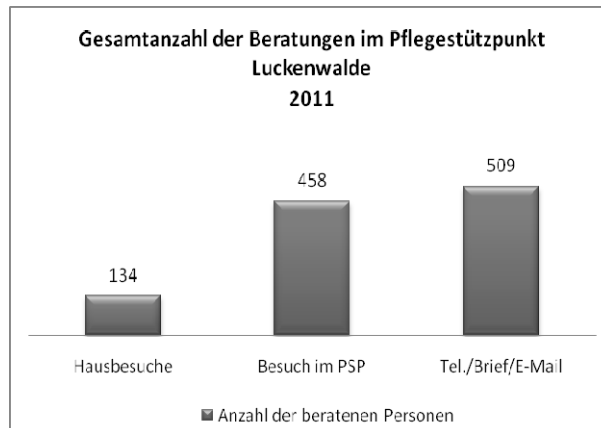


Bei der Betrachtung der Geschlechtsverteilung fällt auf, dass Männer die Beratungsstelle häufiger aufsuchten als Frauen.

➤ *Pflegestützpunkt Luckenwalde*

Mit der Eröffnung des Pflegestützpunktes Luckenwalde am 8. Februar 2010 steht den Bürgern eine Anlaufstelle für alle Belange bei Pflegebedürftigkeit zur Verfügung. Hier werden umfassende Informationen und Hilfen rund um das Thema Pflege angeboten, um Pflegebedürftigen jeden Alters eine Wohn-, Lebens- und Betreuungsform anzubieten, die ihren persönlichen Bedürfnissen entspricht. Hervorzuheben ist neben der umfassenden die trägerneutrale und kostenfreie Beratung.

Im Jahr wurden im Pflegestützpunkt 1.101 (2010: 879) Beratungen durchgeführt. 46 % (509) der Beratungen erfolgten per Telefon, Brief oder E-Mail. Im Pflegestützpunkt ließen sich 42 % (458) der Betroffenen beraten. Die Anzahl der Hausbesuche hat gegenüber dem Jahr 2010 deutlich zugenommen - von 77 auf 134 - Tendenz steigend. Für viele Betroffene ist es aus unterschiedlichsten Gründen schwierig, den Weg bis nach Luckenwalde zu meistern. Hausbesuche werden überwiegend in der nördlichen und östlichen Region des Landkreises, z. B. Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, Stadt Zossen, durchgeführt. 23 % der Betroffenen erhalten bereits Leistungen aus der Pflegeversicherung (davon 51 % Pflegestufe 1).



➤ *Selbsthilfe*

Ein Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Pflegestützpunkt und Ehrenamtlichen sowie Selbsthilfegruppen im Landkreis soll die Selbsthilfe als wichtiges Element der Therapie stärken. 2011 wurde ein Wegweiser zu den Selbsthilfegruppen im Landkreis erstellt, der Betroffenen und Einrichtungen zur Verfügung gestellt wird. Der sozialmedizinische Dienst begleitet 14 Selbsthilfegruppen im Landkreis.

### 3. Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Im Jahr wurden 1.144 Geburten dem Landkreis Teltow-Fläming gemeldet.

Im Schuljahr 2010/2011 wurden gemäß der Pflichtaufgabe (§ 6 ÖGD-Gesetz 2008) 1.546 Kinder in Kindertagesstätten, in Tagespflege und sog. „Hauskinder“ einschließlich Betreuungscontrolling (Untersuchung von Kindern mit auffälligen Befunden) untersucht.

In diesem Schuljahr wurden 1.482 Schulanfänger untersucht, das sind 9 Schulanfänger mehr als im Vorjahr. Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst gab für 114 Kinder eine Zurückstellungsempfehlung (8 %). Im Schuljahr 2009/2010 erhielten 133 Kinder (9 %) diese Empfehlung. Weiterhin wurden 632 Schulabgänger und 850 Schüler der 6. Klassen untersucht.

Nach § 7 Abs. 4 ÖGD-Gesetz sollen die Gesundheitsämter der Landkreise geeignete und angemessene Maßnahmen ergreifen, um auf eine erhöhte Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen der niedergelassenen Kinderärzte hinzuwirken (Einladungs- und Rückmeldewesen). Im Schuljahr 2010/2011 wurden 1.000 Meldungen zum zentralen Einladungs- und Rückmeldewesen bearbeitet. Davon konnten 500 Meldungen nicht sofort geklärt werden, sondern

wurden über einen längeren Zeitraum bearbeitet. In diesen Fällen konnten Eltern nicht erreicht werden oder kooperierten nicht mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst.

Aus Anlass der 6. Europäischen Impfwache beteiligten sich Mitarbeiter des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes an einer Impfkaktion in Ludwigsfelde.

In einer Mahlower Grundschule fand nach Auftreten einer Masernerkrankung bei einem Schulkind eine Überprüfung des Impfstatus in mehreren Klassen statt. Bei unvollständigem Masernimpfschutz wurde die Impfung angeboten bzw. durchgeführt.

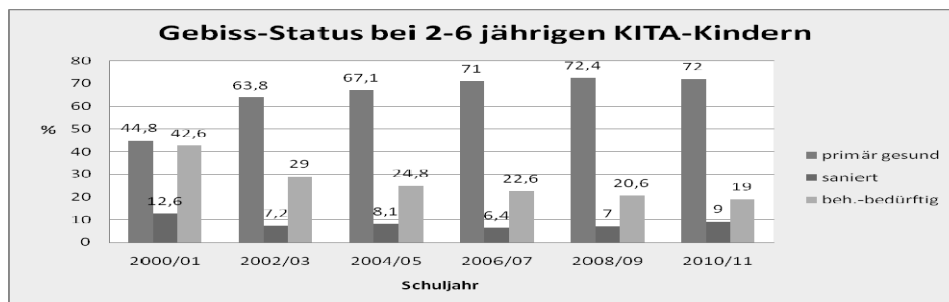
Das Sachgebiet arbeitet in der AG Kinderschutz und im Arbeitskreis "Frühe Hilfen" mit und ist Kooperationspartner des Netzwerkes „Gesunde Kinder“.

#### 4. Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Hauptaufgabe des Zahnärztlichen Dienstes ist die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit aller Kinder und Jugendlichen im Landkreis. Eine Schlüsselstellung haben dabei die Früherkennungsuntersuchungen und die präventiven Maßnahmen. Durch das aktive Herantragen präventiver Leistungen wird es möglich, typische sozialspezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme auszugleichen.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen wurden im Schuljahr 2010/11 im Landkreis 10.954 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren und 27 ältere geistig und körperlich behinderte Menschen untersucht.

Die Ergebnisse der Zahnärztlichen Reihenuntersuchungen der Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren zeigen, bezogen auf diese Altersgruppe, folgende Entwicklung:



72 % der KITA-Kinder weisen naturgesunde Gebisse auf. Dieser Wert steigt gering, aber seit 2002 stetig an. Das ist auch der Prophylaxe des Zahnärztlichen Dienstes zu verdanken, denn die Kinder dieser Altersgruppe kommen noch nicht in den Genuss von Prophylaxemaßnahmen in der Zahnarztpraxis.

Die Sanierungsleistung in dieser Altersgruppe hat sich von 2000/2001 mit 42,6 % zu 2006/2007 mit nur noch 20 % deutlich verbessert (siehe Abbildung), stagniert aber seitdem in diesem Bereich. Damit gibt es immer noch deutlich mehr behandlungsbedürftige als sanierte Kindergebisse. Das ist von großer Bedeutung, da erkrankte Zähne sowohl aus kieferorthopädischer Sicht problematisch sind, als auch hinsichtlich der Prävention, da unversorgte kariöse Läsionen Biotope für kariogene Keime bilden und damit die gesunden Milchzähne und die durchbrechenden bleibenden Zähne gefährden. Hinzu kommen Beschwerden, ein sich verschlechternder Allgemeinzustand (höhere Infektanfälligkeit), Schwierigkeiten beim Essen und bei der Sprachentwicklung sowie ein geringeres psychisches Wohlbefinden.

Auch in der Altersgruppe der 12-Jährigen hat sich der Trend des Kariesrückganges über die Jahre kontinuierlich fortgesetzt.

Gruppenprophylaktisch wurden im Berichtszeitraum 9.517 Kinder und Jugendliche in Kindergärten und Schulen sowie geistig behinderte Menschen in Heimen betreut. Diese aufsuchende Betreuung umfasst neben Maßnahmen zur Verbesserung des Mundhygieneverhaltens und der Zahnschmelzhärtung mittels lokaler Fluoridierung (die zu einer 30- bis 60%igen Kariesreduktion führt) auch Ernährungsberatung, Motivation zum regelmäßigen Zahnarztbesuch sowie die Durchführung von Multiplikatorenschulungen und Elternabenden. Einen 2. Prophylaxe-Impuls erhielten 1.569 Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko.

## 5. Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst

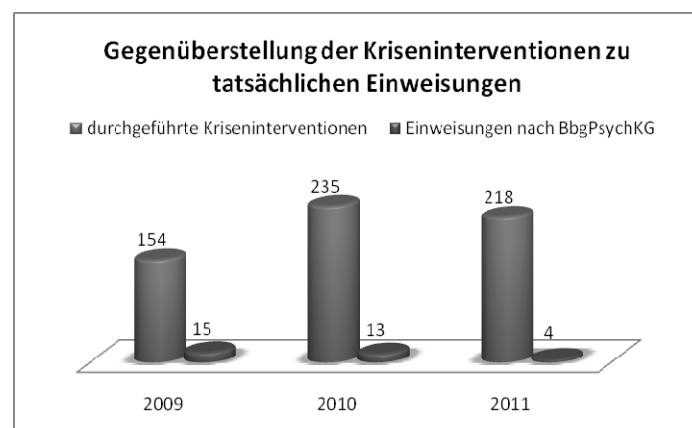
Der Sozialpsychiatrische Dienst leistet entsprechend den Bestimmungen des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes und des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes (BbgPsychKG) Hilfen für psychisch Kranke, seelisch Behinderte und für Suchtkranke. Er berät und begleitet Menschen mit den genannten Störungsbildern vor und nach stationären oder ambulanten Behandlungen und bietet ihnen und ihren Angehörigen ein qualifiziertes Behandlungs- und Betreuungsangebot. Im Land Brandenburg gehören Unterbringungsverfahren zur Abwendung von Selbstgefährdung und zur Abwendung einer erheblichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu den gesetzlich festgelegten Aufgaben des Sozialpsychiatrischen Dienstes. Kriseninterventionen sind kurzfristige professionelle Hilfen, die in Akutsituationen für Menschen mit psychischen Störungen und Suchterkrankungen geleistet werden. Sie erfolgen bei schwerwiegenden individuellen Notlagen, Rückfällen und eskalierenden Konflikten.

Ziel einer Krisenintervention ist es, möglichst eine freiwillige Behandlungsbereitschaft zu erreichen und Zwangsmaßnahmen abzuwenden.

Krisenintervention		
2011	Nach BbgPsychKG	Andere
Gesamt	38	180

Im Jahr erfolgten 218 Kriseninterventionen (2009 = 154, 2010 = 235). Die Anzahl der Kriseninterventionen stagniert auf erhöhtem Niveau.

Im Vergleich zu den Vorjahren (2009 = 15 und im Jahr 2010 = 13) waren in diesem Jahr nur 4 Einweisungen nach dem Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetz erforderlich. Die Ursachenanalyse ist schwierig. Es könnte ein Hinweis auf die effektive Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes und der anderen beteiligten Akteure sein.

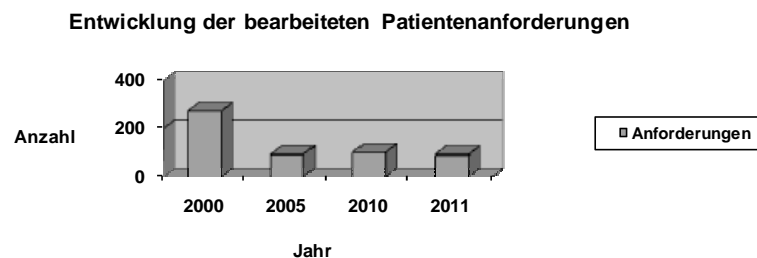


## Archiv

Entsprechend dem gemeinsamen Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur und des Ministeriums des Innern vom 22.11.1993 erfolgt seit 1994 im Gesundheitsamt die Aufbewahrung von Patientenunterlagen aus ehemaligen staatlichen Gesundheitseinrichtungen der DDR (z. B. Polikliniken, Betriebsambulatorien u. a.) der Altkreise Zossen, Luckenwalde und Jüterbog. Die Patientenunterlagen, die unter die Bestimmungen des o. g. Runderlasses fallen, sind 30 Jahre aufzubewahren.

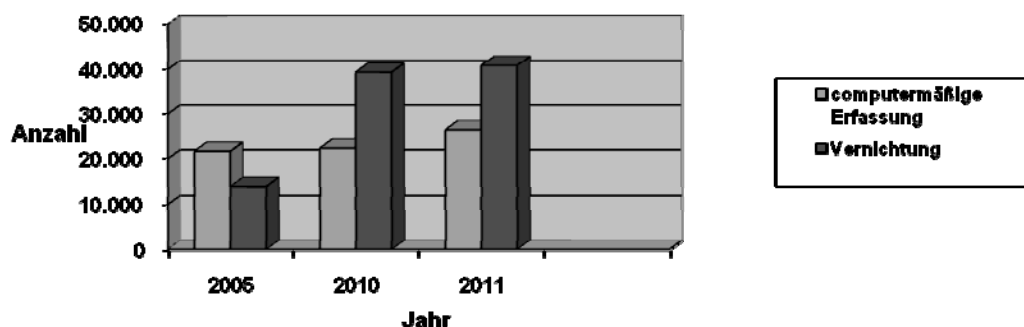
Es erfolgt die computermäßige Erfassung, die Bearbeitung von Anfragen zu Patientenakten von behandelnden Ärzten, Behörden und Bürgern u. a. sowie die Vernichtung der Akten.

Im Jahr erfolgte die Bearbeitung von 91 Anforderungen (2010 = 100 Anforderungen) von Patientenunterlagen.



Es wurden 26.485 Patientenakten computermäßig erfasst. Weiterhin wurden 40.946 Patientenunterlagen nach Ablauf ihrer Aufbewahrungsfrist vernichtet.

Die Entwicklung der Anzahl der computermäßig erfassten Patientenakten und die mengenmäßige Vernichtung von Patientenakten im Vergleich sind in dem folgenden Diagramm dargestellt:





# Dezernat III

## Ordnungsamt

### 1. Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

- *Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildet nach wie vor die Anleitung und Unterstützung dieser Behörden unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses.

Im April dieses Jahres wurde die alljährliche Beratung mit den zuständigen Leitern und Mitarbeitern des Melde-, Pass- und Ausweiswesens der örtlichen Behörden und im November die Beratung mit den Leitern der örtlichen Ordnungsbehörden durchgeführt.

20 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger herangetragen wurden, waren teilweise auch vor Ort zu prüfen und wurden mit den Ordnungsamtsleitern ausgewertet.

10 Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der Städte und Gemeinden wurden abschließend bearbeitet. 1 Widerspruch befindet sich gegenwärtig noch in Bearbeitung.

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf beantragte in diesem Jahr die Durchführung von 42 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Schulpflichtverletzungen. Davon wurden unter Einbeziehung des Jugendamtes 30 Verfahren mit Bußgeldbescheid abgeschlossen und 12 eingestellt.

373 Bußgeldverfahren nach dem SGB XI im Bereich der Pflegepflichtverletzung wurden durchgeführt. Wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz (BbgPG) wurden 3 Verfahren durchgeführt und 1 Verfahren wegen Verstoßes gegen das Brandenburgische Vermessungsgesetz (BbgVermG).

Weitere Arbeitsaufgaben:

211 Stellungnahmen wurden insgesamt bearbeitet, davon

- 158 Stellungnahmen nach Baugesetzbuch (BauGB)
- 37 Stellungnahmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- 7 Stellungnahmen zur Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE)
- 2 Stellungnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)
- 2 Stellungnahmen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG)
- 1 Stellungnahme nach dem Bundesberggesetz (BBergG)
- 1 Stellungnahme nach dem Luftverkehrsgesetz (LuftVG)
- 2 Stellungnahmen nach dem Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG)
- 1 Stellungnahme nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

- *Gräberangelegenheiten*

Der Bund stellte erneut Pauschalgeber in Höhe von 145.600 € für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber, die sich im Landkreis befinden, zur Verfügung.

Der Stadt Ludwigsfelde wurden zusätzliche Mittel aus der Pflege- und Instandsetzungspauschale i. H. v. 17.062,92 €, die für die Instandsetzung der Kriegsgräber auf dem städtischen Friedhof verwendet wurden, zur Verfügung gestellt. Die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow erhielt zusätzlich Mittel in Höhe

von 8.225,04 € für die russische Kriegsgräberanlage in Glasow und die Stadt Jüterbog i. H. v. 9.828,44 € für den Anlagenfriedhof.

Für die Verlegung von Kriegsgräbern in der Stadt Zossen wurden vom Bund zusätzliche Mittel i.H.v. 2.000 € zur Verfügung gestellt.

Die Instandsetzung der Kriegsgräberanlage in Nuthe-Urstromtal/Ortsteil Berkenbrück wurde abgeschlossen. Dafür wurden der Kommune zusätzliche Mittel aus der Pflege- und Instandsetzungspauschale i.H.v. 8.021,74 € zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren sind Stellungnahmen zu Bauvorhaben erfolgt, wenn diese im Bereich der Kriegsstättenverordnung des Landkreises vorgenommen werden sollten.

#### ➤ *Bestattungswesen*

Im Bereich des Bestattungsrechts sind Widerspruchsverfahren geführt worden. Begehrt des Widerspruchsführers und Bestattungspflichtigen war die Aufhebung des Leistungsbescheids der Kommune auf Erstattung der Bestattungskosten.

#### ➤ *Untere Jagdbehörde*

Im Landkreis sind aktuell 793 aktive Jagdscheininhaber, davon 10 Ausländer mit Tagesjagdscheinen, registriert. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 263 Jagdbezirke, davon 172 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 70 Eigenjagdbezirke, 21 Verwaltungsjagdbezirke.

Es bestehen drei Hegegemeinschaften für Rotwild, zwei Hegegemeinschaften für Damwild und eine Hegegemeinschaft für Muffelwild und Damwild.

Es wurden 263 Abschusspläne bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. In den Hegegemeinschaften erhielt die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen Förderung und Unterstützung. Alle Hegeschauen der Hegegemeinschaften wurden als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Jagdberater, dem Jagdbeirat und dem Kreisjagdverband konnte erfolgreich weitergeführt werden, wobei insbesondere die Auswertung der Wildbewirtschaftung, die Höhe der Wildbestände, der Jagdstrecken und der Wildschäden im Vordergrund standen.

Die Beratung der Jagdvorstände bei der Verwaltung der Jagdgenossenschaften erfolgte kontinuierlich.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Erteilung von 3 Ausnahmegenehmigungen für die Bejagung in befriedeten Bezirken
- Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstößen gegen jagdrechtliche Bestimmungen
- Zulassung von 2 Eigenjagdbezirken durch Minderung der Mindestfläche für einen Eigenjagdbezirk und eine (wesentliche aufwändigere) Ablehnung des Antrages und Gestaltung der Jagdbezirks Grenzen durch Abrundungen, die eine ordnungsgemäße und sichere Bejagung zulassen

### ➤ *Untere Fischereibehörde*

An Fischer und Angler konnten 579 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt werden. Derzeit gibt es damit im Landkreis 4304 Fischereischeininhaber.

Es fand insgesamt eine Anglerprüfung durch die Untere Fischereibehörde mit insgesamt 20 Prüflingen statt, wovon drei Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben. Elf Anglerprüfungen fanden im Landkreis durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 164 Prüflingen statt, wovon lediglich zwei Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

Damit haben insgesamt 179 Bürger im Landkreis die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben.

Im Landkreis gibt es 52 ehrenamtliche Fischereiaufseher. Die Fischereiaufseher werden jährlich geschult, daran nahmen im Berichtszeitraum 23 Fischereiaufseher teil.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die durch die Kreisanglerverbände organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e.V. im Landkreis erfolgreich durchgeführten Komplexkontrollen.

Die Zusammenarbeit mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Ausstellung von Fischereiabgabemarken mit Nachweiskarten, Ausstellung von 23 Jugendfischereischeinen
- Bearbeitung von 12 Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das Fischereigesetz
- Aussprechen von 17 Verwarnungen vor Ort durch Fischereiaufseher
- Genehmigung von 38 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen
- Erarbeitung von Stellungnahmen, u. a. zu Gewässerunterhaltungsplänen der Boden- und Wasserverbände, zu Naturschutzgebieten und zu Veränderungen von wasserbaulichen Anlagen bzw. deren Rückbau (Brücken, Wehre)

### ➤ *Gewerbeangelegenheiten*

Zur Einhaltung gewerberechtlicher Vorschriften fanden im Rahmen der Fachaufsicht Vorortkontrollen bei den örtlichen Ordnungsbehörden statt, in deren Ergebnis keine nennenswerten Probleme auftraten. Zur Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes wurde durch Installation eines Gewerbeprogrammes die Übersendung der Gewerbedaten online nach einem Probelauf eingeführt.

Die Arbeitsberatung mit den Mitarbeitern für gewerberechtliche Angelegenheiten der örtlichen Ordnungsbehörden im Juli dieses Jahres fand im Regionalcenters Teltow-Fläming der IHK Potsdam statt. Schwerpunkt der Arbeitsberatung war die Zusammenarbeit der IHK, der HWK Potsdam und des Jobcenters mit den Gewerbebehörden. Hierzu waren Herr Kluge als Leiter des Regionalcenters der IHK, Herr Dr. Klingel als Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Teltow- Fläming und Vertreter des Jobcenters geladen.

Die Teilnahme an der 3. Bundesfachtagung Gewerberecht in Bochum konnte realisiert werden, in der es u.a. um den Glückspielstaatsvertrag mit Evaluierung der Spielverordnung, um die Bekämpfung der Geldwäsche, den Stand des Binnenmarkt-Informationssystems und auch um die Sicherheit und Anzeigepflicht bei Veranstaltungen ging.

Durch die Städte und Gemeinden des Landkreises werden zunehmend ordnungsbehördliche Verordnungen zur Freigabe von Sonn- und Feiertagsöffnungen nach dem Brandenburgischen

Ladenöffnungsgesetz (BbgLÖG) erlassen. Anträge zu erweiterten Öffnungszeiten im öffentlichen Interesse gemäß § 9 BbgLÖG wurden daher nicht gestellt.  
Zwei gewerbliche Ausstellungen wurden im Jahr festgesetzt.

➤ *Bekämpfung der Schwarzarbeit*

Im Jahr wurden 237 Baustellenkontrollen mit dem Ziel der Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung durchgeführt. Durch die enge Zusammenarbeit der Kreisordnungsbehörde mit anderen Behörden und Körperschaften öffentlichen Rechts wie den Hauptzollämtern, der Bauberufsgenossenschaft Hannover, dem Finanzamt, dem Landesamt für Arbeitsschutz mit Sitz in Cottbus, der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming, den Handwerkskammern und nicht zuletzt den Kreisordnungsbehörden anderer Landkreise ist es gelungen, dass die Anzahl der festgestellten Verstöße rückläufig ist. Beispielhaft für die gute Zusammenarbeit ist die jährlich stattfindende Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung zu nennen, die im November unter Leitung der Kreisordnungsbehörde des Landkreises TF stattfand, um u.a. über das Bundesfahndertreffen, die Mitgliederstatistik im Bezirk der Handwerkskammer Potsdam sowie die wirtschaftliche Lage im Handwerk zu informieren.

➤ *Schornsteinfegerangelegenheiten*

Im Jahr wurden ebenfalls diverse Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren durchgeführt. Das Gesetz zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens hat zu einer neuen Qualität in der Bearbeitung der Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungsarbeiten geführt. Der in diesem Verfahren zu erstellende Feuerstättenbescheid bildet hier die Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln in Form des Zweitbescheides und der Ersatzvornahme.

Die Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister (BSM) wurde auch im vergangenen Jahr kompetent ausgeübt. So erfolgte in Anlehnung an die Kehrbuchrichtlinie die Überprüfung von vier ausgewählten Kkehrbüchern der BSM und eine entsprechende Auswertung wurde dazu in persönlichen Gesprächen vorgenommen. Das Ausscheiden eines BSM machte die Besetzung eines Kkehrbezirkes ab 1. Juli erforderlich.

➤ *Versicherungsbehörde*

Die zwei Mitarbeiterinnen wurden im Jahr durch 909 Bürger und Bürgerinnen aufgesucht und es wurden 519 Anträge auf Kontenklärungen, Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Anträge auf Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften (Altersversorgung der technischen Intelligenz, Altersversorgung der Mitarbeiter im Staatsapparat usw.) bearbeitet und entgegengenommen. Des Weiteren wurden auch Anträge des Versorgungsausgleiches, Neuberechnungen von Renten und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben aufgenommen.

Bei Beantragung der Anträge für den Rententräger erfolgte immer eine ausführliche Beratung, die sich zum größten Teil auf die stufenweise Anhebung der Altersrente auf das 67. Lebensjahr erstreckte und die mit Beginn 2012 für die Geburtsjahrgänge ab 1962 wirksam wird.

Durch einen Pressetermin wurden die Bürger über das Beratungsangebot der Versicherungsbehörde aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass im Zuge der Kontenklärung die Archive, die die Gehalts- und Lohnunterlagen aus den Betrieben der ehemaligen DDR aufbewahrten, zum 31. Dezember geschlossen bzw. diese Unterlagen vernichtet werden können.

Weiterhin erfolgte erstmals eine Teilnahme an einer Sitzung des Seniorenbeirates, in der dargelegt wurde, welche Aufgaben im Versicherungsamt wahrgenommen werden und dass auch die Möglichkeit für Bürger in Seniorenheimen besteht, sich in Rentenangelegenheiten vor Ort beraten zu lassen.

## 2. Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

Per 31. Dezember waren im Landkreis 2952 Ausländer gemeldet, davon 193 Asylbewerber bzw. abgelehnte Asylbewerber.

Seit September wird im Rahmen der europäischen Rechtsangleichung ein neues Verfahren zur Erteilung eines Aufenthaltstitels auf elektronischem Weg (eAT) im Bereich Ausländerwesen angewendet. Mit diesem Verfahren wird die Möglichkeit eines Missbrauchs von Aufenthaltstiteln weiter verringert. Der Bearbeitungsaufwand zur Erteilung eines elektronischen Aufenthaltstitels erhöht sich aufgrund der Aufnahme von Fingerabdrücken und Kontrolle sowie Sichtbarmachung der Angaben auf dem Chip für den Inhaber dabei um mindestens 10 - 15 %. Zusätzlich ist eine Mehrfachvorsprache des Ausländers erforderlich.

Im Bereich Asylwesen scheiterten bis 31. Dezember wiederum mehrfach Abschiebungen, weil sich die abzuschiebenden Personen der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Untertauchen" entzogen haben. Bis zum 31. Dezember fanden ca. 8 Botschaftsvorfürungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern/Asylbewerbern statt. Die meisten Personen waren aus Vietnam. Nur in wenigen Fällen konnte die Staatsangehörigkeit durch die Befragung in der Botschaft direkt vor Ort bestätigt werden.

An Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen zwei Kolleginnen teil. Die Prüfung der Standesämter erfolgte in turnusmäßigen Abständen.

Es wurden 12 Anträge auf Änderungen des Familiennamens sowie 6 Anträge auf Änderungen des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. Insgesamt sind 11 Anträge zu Familiennamenänderung und 5 Anträge zu Vornamenänderung entschieden worden.

28 Personen stellten Anträge auf Einbürgerung und 24 Personen erhielten im letzten Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft. Für 24 gestellte Anträge aus den Vorjahren steht noch die Entscheidung des Innenministeriums aus.

## 3. Sachgebiet Brandschutz- und Rettungswesen

### ➤ *Brand- und Katastrophenschutz*

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum zu 364 Bränden und 1277 technischen Hilfeleistungen gerufen. Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren Wohnungsbrände sowie Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Technische Hilfe wurde insbesondere bei Verkehrsunfällen und bei der Beseitigung von Gefahrenstellen durch Unwetter am 22./23. Juni und am 11. September geleistet. Weiterhin kam es zu 187 Einsätzen durch Auslösung von Brandmeldeanlagen sowie zu 220 Fehlalarmierungen.

Im Bereich Katastrophenschutz war der Schwerpunkt der Arbeit die Neuformierung des Sanitätsdienstes und dessen Anpassung an die Aufgaben gemäß der Gefahren- und Risikoanalyse des Landkreises. Zur Erfüllung dieser Aufgabe konnten dem DRK-Kreisverband durch den Landkreis zwei zum Gerätewagen-Sanitätsdienst umgebaute Fahrzeuge zur Verfügung gestellt werden.

Im September wurde der Regieeinheit „Notfallseelsorge-Krisenintervention“ zum 10-jährigen Bestehen ein Kleinbus als Einsatzfahrzeug übergeben. Dieser musste seine erste Bewährung im November bestehen. Am 23. November war ein Team der Regieeinheit „Notfallseelsorge-Krisenintervention“

unseres Landkreises zur Unterstützung in unserem Nachbarkreis Potsdam-Mittelmark bei einem Massenverkehrsunfall auf der BAB 9 im Einsatz.

Insgesamt wurden die Frauen und Männer des Teams Notfallseelsorge in den vergangenen 10 Jahren zu 678 Einsätzen gerufen.

Durch die Einbeziehung von Feuerwehrkameraden aus Wünsdorf erhielt die Informations- und Kommunikationsgruppe (luK) des Landkreises Verstärkung und mit Hilfe der Stadt Zossen konnte bei der Feuerwehr Wünsdorf ein Unterstützungsfahrzeug stationiert werden. Dieses soll in den nächsten Jahren zum Gerätewagen-luK umgebaut und ausgerüstet werden

Im November wurde die Brandschutzeinheit des Landkreises zur Unterstützung des Landkreises Potsdam-Mittelmark alarmiert. 116 Kameraden mit 25 Fahrzeugen leisteten Hilfe bei den Löscharbeiten in einer Recyclinganlage bei Neuendorf/Niemegk.

Darüber hinaus haben Nachrichtenkräfte unseres Landkreises über mehrere Tage die Einsatzleitung des Landkreises Potsdam-Mittelmark verstärkt.

Durch den Bau eines Umsetzers in Rangsdorf wurde das digitale Alarmierungsnetz des Landkreises im Jahre weiter verdichtet und damit eine seit langem bestehende Lücke im Netz geschlossen. Der Ausbau des Alarmnetzes muss jedoch auch in den nächsten Jahren weiter erfolgen, um eine bessere flächendeckende Versorgung und Redundanz zu erreichen.

Der Landkreis unterstützte den Kreisfeuerwehrverband finanziell und materiell. Zu den Höhepunkten des Verbandes gehörten die Vorbereitung und Durchführung des Kreisjugendlagers der Kinder und Jugendlichen in Glashütte, die Organisation der 9. Kreismeisterschaften der Männer mit den Disziplinen 100m-Hindernisbahn und Hakenleitersteigen am 21. Mai im Feuerwehrtechnischen Zentrum (FTZ) und mit dem klassischen „Löschangriff nass“ in Werbig. Weitere geförderte Veranstaltungen waren das Frauenbowling am 8. März und das Bowlingturnier der Feuerwehren im Landkreis Teltow-Fläming, das Völkerball- und Volleyballturnier der Kinder- und Jugendfeuerwehren in Ahrensdorf (Ludwigsfelde) und der 9. Pokallauf im Löschangriff nass der Kameraden über 40 Jahre in Schönefeld. Gegenseitige Besuche belebten die partnerschaftlichen Beziehungen zu den Feuerwehren im polnischen Landkreis Gniezno.

Für die 2010 beschaffte Hüpfburg des Kreisfeuerwehrverbandes konnte zum Tag der offenen Tür im FTZ am 20. August ein Anhänger für den Transport zu den Veranstaltungen übergeben werden. Dadurch ist es nun möglich, die sehr kompakte Hüpfburg schnell und sicher zu den Veranstaltungen zu transportieren. Durch den Koordinator Brandschutzerziehung wurden im Februar ein Workshop und vom 28. bis 29. August ein Seminar Brandschutzerziehung im FTZ organisiert und betreut. Hierbei wurden die Brandschutzerzieher über Neuheiten informiert und intensiv für ihre zukünftigen Aufgaben geschult, um die Qualität in der Brandschutzerziehung und Aufklärung an Schulen und Kindereinrichtungen des Landkreises noch weiter zu verbessern. Im letzten Jahr führten 30 Ausbilder bei 13 Veranstaltungen 1342 Kinder, Jugendliche aber auch Erwachsene an das Thema Brandschutz heran. Darüber hinaus war das Team Brandschutzerziehung bei zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, wie z.B. Fest der Vereine Zossen, mit dem Infomobil vertreten. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, das Interesse der Kinder zu wecken und den Nachwuchs für die freiwilligen Feuerwehren des Landkreises zu sichern.

➤ *Vorbeugender und baulicher Brandschutz*

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung und in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet werden.

Weiterhin hat die Brandschutzdienststelle die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen.

Die Brandschutzdienststelle führte in diesem Jahr im Landkreis 51 Brandverhütungsschauen durch und erarbeitete insgesamt 342 Stellungnahmen im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben und als Träger öffentlicher Belange.

➤ *Feuerwehrtechnisches Zentrum*

Der Ausbau des Feuerwehrtechnischen Zentrums zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde mit der Errichtung einer Brandübungsanlage weitergeführt. Für die Ausbildung im Bereich Brandbekämpfung (BBK) konnte ein Aufenthalts- /Büro-Container beschafft und aufgestellt werden. Dieser wird auch im Bereich Rettungshundeausbildung genutzt. Ebenfalls für den Bereich BBK erfolgte die Fertigstellung der Löschmittelübungsanlage. Damit haben die Feuerwehren des Landkreises die Möglichkeit, den Einsatz der verschiedensten Löschmittel zu trainieren.

Für die Funkausbildung ist ein Funkmast aufgestellt und ein Funkarbeitsplatz im Hauptgebäude eingerichtet worden.

Des Weiteren startete in diesem Jahr der Ausbau der Übungsanlage GSG-Straße (gefährliche Stoffe und Güter), der Bau der Ausbildungsanlage „Ziehen von definierten Lasten“ für die Technische-Hilfe-Ausbildung und des Platzes zur Aufstellung des Einsatzleitwagens (ELW) für die Funkausbildung.

Im Rahmen der kreislichen Ausbildung wurden in 50 Lehrgängen 619 Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren in 19 Fachrichtungen im feuerwehrtechnischen Dienst und in Spezialausbildungen im Brand- und Katastrophenschutz geschult. Im Ergebnis betrug die Lehrgangsbeteiligung 90,3 %.

Ebenfalls begann die Ausbildung von Regenerationsgeräteträgern (Langzeitatmer) und die praktische Heißausbildung im Brandübungscontainer. Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 815 Kameradinnen und Kameraden an 30 Wochenenden. An den vorhandenen Übungsobjekten und Fachkabinetten im Feuerwehrtechnischen Zentrum trainierten im Rahmen der Ausbildung auf Kreisebene die örtlichen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen an 44 Wochenenden im Jahr.

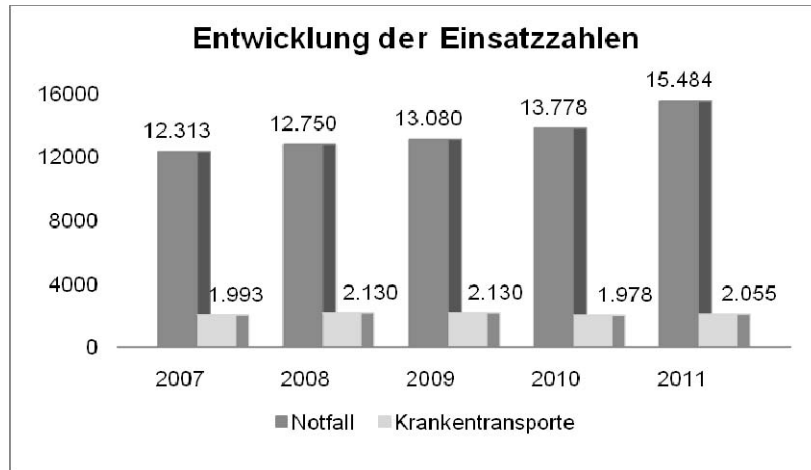
Für die Gemeinden wurden Wartungs- und Pflegearbeiten an der nachfolgenden feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Anzahl	Geräte/Ausrüstung
2638	Pressluftatmer gereinigt und geprüft
3802	Atemschutzmasken gereinigt und geprüft
89	Chemikalienschutzanzüge geprüft
3271	Druckluftflaschen gefüllt
3.890	Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert
2	Tragkraftspritzen instandgesetzt

Aufgrund der Einsätze und der gestiegenen Anforderungen ist im Jahr eine Leistungssteigerung im Bereich Atemschutz von 19 % und im Bereich Schlauchwäsche von 12 % gegenüber dem Jahr 2010 erbracht worden.

## ➤ Rettungsdienst

Der Rettungsdienst wurde zu 15.484 Notfällen gerufen. In 6.154 Fällen kam dabei auch ein Notarzt zum Einsatz. Das entspricht einem Anteil von 40 Prozent. Die Steigerung der Einsatzzahlen in der Notfallrettung gegenüber dem Vorjahr lag bei 12 %. Im qualifizierten Krankentransport wurden 2.055 Einsätze durchgeführt.



Quelle: Tätigkeitsberichte der Leitstelle

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten Investitionen im Umfang von 627.240,82 €. Insgesamt 6 Einsatzfahrzeuge (4 Rettungstransportwagen, 1 Notarzteinsatzfahrzeug, 1 Krankentransportwagen) und Ausrüstung wurden planmäßig ersetzt. Die Umsetzung neuer medizinischer Standards im Rettungsdienst erforderte die Beschaffung von Systemen zur Thoraxkompression und zur therapeutischen Hypothermie. Weitere finanzielle Mittel in Höhe von etwa 10.000 € flossen in die Erweiterung der Ausstattung der Rettungswachen.

Am 3. November fand die feierliche Grundsteinlegung für die Rettungswache Baruth/Mark statt. Die Inbetriebnahme des neuen Standortes, der zur Sicherung der rettungsdienstlichen Versorgung im südöstlichen Bereich des Landkreises und zur Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfrist beiträgt, wird 2012 erfolgen.

Die Orgakom GmbH erhielt den Auftrag, die Organisation des Rettungsdienstes im Landkreis zu überprüfen. Im Ergebnis wurde eine Erweiterung der Vorhaltung von Rettungsmitteln empfohlen. Ein Teil der Maßnahmen wurde bereits umgesetzt, weitere werden im Jahr 2012 folgen. Die Vorhaltung an Krankentransportwagen reduzierte sich hingegen auf 2 Fahrzeuge.



# Bauamt

Zum Bauamt gehören neben dem Bereich Amtsleitung/ Liegenschaften die Sachgebiete Hochbau, Straßenwesen sowie die Kreisstraßenmeisterei. Dem Amt zugeordnet sind zusätzlich die Fachgebiete Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht. Die Pflichtaufgabe der Fachkraft für Arbeitssicherheit wird durch einen Mitarbeiter des Amtes abgedeckt.

## 1. Sachgebiet Hochbau

Das Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften konzentrierte sich auf den Erhalt und die Instandsetzung der kreiseigenen Gebäude und Liegenschaften. Ein zusätzlicher Schwerpunkt in diesem Jahr war die letzte Etappe der Umsetzung von Maßnahmen aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (KP II) der Bundesregierung im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes für Maßnahmen der Bildungs- und sonstigen Infrastruktur. Hier wurden insgesamt zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 4,6 Mio. € in kreiseigene Hochbaumaßnahmen investiert, davon 1,1 Mio. € in 2011.

### Leistungsschwerpunkte:

- Am Schulstandort Groß Schulzendorf, „Schule am Wald“ mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“, wurde mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II der letzte Bauabschnitt am Gebäude B fertiggestellt. Nach der Umstellung der Heizung in Brennwerttechnik wurden Einzelraumregelungen für die Zimmer eingebaut. Der Anbau eines Außenaufzuges sowie einer Außenfluchttreppe konnte mit langer Verzögerung fertiggestellt werden. Die damit verbundenen Umbaumaßnahmen, das Verlegen der Küche in den Keller und die Neuordnung sanitärer Anlagen verlief planmäßig. Das Gebäude ist nun barrierefrei vom Keller bis zum Dachgeschoss erreichbar.
- Am Gymnasium Standort Jüterbog wurde am Haus II aus Haushaltsmitteln die Flurdecke im Erdgeschoss denkmalgerecht saniert. Die Decke des Kriechkellers hat sich im Vorjahr bereits gesetzt, die Tragfähigkeit war nicht mehr gewährleistet, eine provisorische Absteifung wurde eingebracht. Des Weiteren wurde der WAT-Raum denkmalgerecht saniert. Ein moderner Klassenraum konnte übergeben werden.
- Am Gymnasium Rangsdorf wurde das Flachdach mit Mitteln aus dem KP II energetisch saniert. Aus Haushaltsmitteln wurden Umbaumaßnahmen zur Erweiterung von 2 Klassenräumen sowie die Erneuerung von Klassenraumtüren umgesetzt.
- In der Allgemeinen Förderschule in Jüterbog wurde die Fassade entsprechend der EneV 2009 gedämmt. (KP II)
- An der AFS in Ludwigsfelde wurde zum Abschluss der Fassadendämmung der Sockel wärmegeämmt und der Kellereingang saniert. (KP II)
- Die Arbeiten zur Hüllensanierung am Hegemeisterhaus in Glashütte wurden abgeschlossen und der Industrieschornstein saniert. (KP II)  
Die Weiterführung zur Sanierung der Heizung und Verteiler im Museumsbereich wurde fertiggestellt. Sieben Haushalte wurden ans zentrale Wassernetz angeschlossen.
- Am FTZ Luckenwalde wurde als letzte Maßnahme aus dem KP II eine Übungsfläche für Löschschaum errichtet.
- Die Sanierungs- und Umbauarbeiten am Ackerbürgerhaus wurden weitergeführt. Die Vorplatzgestaltung konnte fertiggestellt werden (KP II).
- Am Schulstandort der Volkshochschule in der Dessauer Straße wurde eine Lagerhalle zur Kreativwerkstatt umgebaut. Vorbereitend für die Baumaßnahme wurde ein Anbau zurückgebaut und die Fläche verkauft.
- Am Ärztehaus Weinberge in Zossen wurden das Toilettengebäude umgebaut und modernisiert sowie ein Werkstattgebäude abgerissen.

An einigen Einrichtungen sind die Heizkessel aus Altersgründen ausgefallen und wurden durch Brennwerttechnik ersetzt.

Des Weiteren konnten Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an den Einrichtungen des Landkreises zum Erhalt und zur Sicherung der Bausubstanz durchgeführt werden.

Weiterhin erfolgten amtsintern kontinuierlich Planungsleistungen für Gebäude, technische Anlagen und Freiflächen mit einem Wertumfang von ca. 900.000 €. Dennoch war die Vergabe von Ingenieurleistungen für Gebäudeplanung, Statik, Elektroplanung, Heizungstechnik und Freianlagen in Höhe von ca. 251.000 € notwendig.

In Ausschreibungs- und Vergabeverfahren von Bauleistungen erfolgten 64 Ausschreibungen mit einem Finanzvolumen von 1,5 Mio. €. Hinter einem Gesamtbauvolumen von 2,0 Mio. € stehen 234 Auftragsvergaben, davon blieben 90,6 % der Auftragssummen bei Firmen und Unternehmen im Landkreis.

Für kreisangehörige Verwaltungen und Gesellschaften wurden 15 baufachliche Stellungnahmen, 1 baufachliche Prüfung einer Haushaltsunterlage und 1 Verwendungsnachweis erarbeitet.

## 2. Sachgebiet Straßenwesen

Das Sachgebiet Straßenwesen ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises verantwortlich. Das Straßen- und Wegenetz umfasst 200 km Kreisstraßen, 67 km begleitende Radwege sowie 200 km Rad- und Skatewege (Fläming-Skate), hierunter 130 km Skater-Rundkurse mit 3 m Breite sowie 70 km zuführende Radwege.

Zu den Aufgaben des Sachgebietes gehören:

- betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Brücken und Radwege einschließlich Organisation des Winterdienstes
- Instandsetzung und Erneuerung der Kreisstraßen, Radwege sowie der Fläming-Skate
- Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse)
- straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen)

Die betriebliche Unterhaltung der Fläming-Skate einschließlich deren Reinigung wird durch die Kreisstraßenmeisterei übernommen. Dagegen werden die Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Straßendecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Fläming-Skate weitestgehend an entsprechende Fachfirmen vergeben. Hierbei wurden Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 1.300.000 € vergeben. Der Winterdienst auf den Kreisstraßen wird ausschließlich durch regionale Firmen durchgeführt. Hierbei haben die beauftragten Firmen Leistungen mit einem Wertumfang von ca. 70.000 € erbracht. Der Einsatz des Winterdienstes erfolgt eigenverantwortlich durch die beauftragten Firmen. Dem Sachgebiet obliegen hier lediglich die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

*Im Rahmen der Durchführung von Instandsetzungen, Erneuerungen und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen wurden folgende zum Teil im Vorjahr begonnene Bauvorhaben abgeschlossen:*

Vorhaben	Auftragssumme (gerundet)
Werterhaltende und verkehrssichernde Maßnahmen an der Windschutzhecke entlang des Radweges an der K 7220 (Pappelumbau) sowie Fäll- und Ersatzmaßnahmen an Pappeln entlang der K 7220.	33.000 €
Erneuerung des Radweges von Schönefeld nach Gottow an der K 7222 (Förderung durch das Land Brandenburg).	343.000 €
Erneuerung des stark geschädigten Straßenabschnittes der K 7225 zwischen Baruth und Dornswalde. Die Beseitigungen der Schäden durch die gestiegenen Lieferverkehre des GWG Bernhardsmüh sind wirtschaftlich nur durch eine Fahrbahnerneuerung zu vertreten (Förderung durch das Land Brandenburg).	810.000 € (1. BA) 940.000 € (2.BA)
Erneuerung des Fahrbelages in der Ortsdurchfahrt Zülichendorf der K 7219 mit Einbau einer Straßenentwässerungsanlage. Die Maßnahme wurde im Zusammenhang mit dem Bau einer Abwasserleitung der NUWAB durchgeführt.	144.000 €

*Folgende Straßenbaumaßnahmen und Landschaftsbaumaßnahmen wurden 2011 begonnen und sollen 2012 weitergeführt bzw. abgeschlossen werden:*

Vorhaben	Auftragssumme (gerundet)
Instandsetzung der Fahrbahn der Fläming-Skate auf mehreren Abschnitten (insbesondere Beseitigung von Wurzelaufrüchen).	300.000 €
Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zum Neubau des Radweges an der K 7239 (Waldumbau sowie Umbau der Windschutzhecke entlang der Kreisstraße).	93.000 €
Neubau des Abschnittes der Fläming-Skate von Wahlsdorf nach Prensdorf (Förderung durch das Land Brandenburg).	1.190.000 €
Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zum Neubau des Abschnittes der Fläming-Skate von Wahlsdorf nach Prensdorf (Waldumbau sowie Ersatzpflanzungen von Bäumen und Sträuchern entlang der Neubaustrecke).	79.000 €
Baumersatzpflanzungen entlang der K 7220 zwischen Märtensmühle und Löwendorf als Ausgleichsmaßnahme für die Pappelfällungen innerhalb der Windschutzhecke zwischen Märtensmühle und Ahrensdorf.	78.000 €
Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zur Erneuerung der Kreisstraße K 7225, Baruth – Dornswalde, 1.+ 2. BA (Waldumbau sowie Baumersatzpflanzungen in den Gemarkungen Baruth und Radeland).	79.000 €

### 3. Sachgebiet Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, begleitenden Radwege, sowie der Fläming-Skate und auf den Liegenschaften hat die Kreisstraßenmeisterei auch in diesem Jahr folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und des Fläming-Skatenetzes
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Reinigungsarbeiten an Leitpfosten (Waschen usw.)
- Bankettpflege
- Wildschaden- und Baumwuchsbeseitigung, Baumpflege
- Beseitigung von Unfallschäden am Fahrbahnrand
- Randstreifenregulierung und Herbstmahd auf der Fläming-Skate
- Unterhaltung der Rastplätze und Schutzhütten
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen
- Winterdienst auf der Fläming-Skate
- Loipe für den Wintersport auf der Fläming-Skate vorbereitet/ hergestellt
- Absicherung und Unterstützung von Veranstaltungen auf Kreisstraßen bzw. Rad- und Skatewegen - Filmaufnahmen, Skateveranstaltungen ( Behindertenfest usw.)

Die Absicherung einer großen Attraktivität der im Landkreis geschaffenen Fläming-Skate gewann auch in diesem Jahr zunehmend an Bedeutung für die tägliche Arbeit. Durch die Pflege und Unterhaltung der kreiseigenen Liegenschaften mit dem Schwerpunkt des Museumsdorfs Glashütte ist der gesamte Aufgabenbereich gewachsen.

### 4. Sachgebiet Liegenschaften

In diesem Jahr gab es insgesamt drei Grundstücksverkäufe. Zusätzlich zum geplanten Verkauf einer Liegenschaft in Rangsdorf wurde eine Teilfläche in Zossen sowie ein Berliner Grundstück verkauft, sodass sich die Einnahmen von geplant 90.000 € auf rund 335.000 € erhöht haben.

Darüber hinaus wurden in diesem Jahr zwei Erbbaurechtsverträge für Grundstücke im Museumsdorf Glashütte sowie zwei Grundstückstauschverträge abgeschlossen.

Für den Ankauf von Flächen der Fläming-Skate konnten bis zum Jahresende insgesamt 28 Kaufverträge für zusammen 42 Flurstücke beurkundet werden. Für weitere 53 Flurstücke wurden über laufende Bodenordnungsverfahren Landverzichtserklärungen abgeschlossen, auf deren Grundlage dann die Grundstücksübertragung auf den Landkreis erfolgt.

Darüber hinaus wurden 6 weitere Verträge für den Ankauf von Straßenflächen zum Abschluss gebracht. Die Ausgaben für den Grunderwerb beliefen sich insgesamt auf rund 38.000 €. Dabei wurden die geplanten Haushaltsmittel vollständig ausgeschöpft.

Die geplanten Ausgaben für Mieten und Pachten in Höhe von 100.000 € wurden im Abrechnungsjahr geringfügig mit rund 2.000 € überschritten. Diese konnten jedoch durch Mietmehreinnahmen von rund 27.000 € gegenüber den geplanten Einnahmen von 181.640 € mehr als ausgeglichen werden.

Auch beim Museumsdorf in Glashütte wurden die geplanten Nettomieteinnahmen in Höhe von 60.000 € noch um rund 8.000 € übertroffen.

Die geplanten Einnahmen aus der Verwaltung von Berliner Grundstücken durch die Teltower Kreiswerke waren auch in diesem Jahr wieder gesichert. So sind Einnahmen in Höhe von 296.410 € (Plan: 290.000 €) in den Kreishaushalt eingegangen.

# Umweltamt

## Allgemein

Es wurden 5 Kreistagsvorlagen erarbeitet und eine Beantwortung einer Anfrage erstellt.

Im Jahresverlauf absolvierten 8 Auszubildende ihre praktische Ausbildungszeit im Amt. Drei externe Praktikanten waren im Amt tätig. Die Vortragsveranstaltung zum Tag der Umwelt stand unter dem Motto „Klimaschutz im Landkreis TF“. Gegenüber den Medien wurden 17 Anfragen beantwortet und mehrere Artikel für das Intranet und Internet bereitgestellt.

## 1. Amtsleiterbereich

### ➤ *Produkt Umweltinformationen und -dienste*

Im landesweiten Projekt „Ökologischer Korridor Südbrandenburg“ ist der Landkreis durch die Mitgliedschaft des Amtsleiters im Projektbeirat vertreten.

Mitarbeiter beteiligten sich an der inhaltlichen Ausarbeitung und an der technischen Fertigstellung des Zielkonzeptes zum Museum in der Natur – „Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf (DKF)“.

Gemäß dem Energiespar- und Klimaschutzprogramm wird folgender Jahresbericht zum Klimaschutz vorgelegt:

### ➤ *Klimaschutz: 2-Grad-Ziel, Atomausstieg und Energiewende*

Die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen wurde im Jahr 2011 weltweit, europaweit, deutschlandweit, landesweit und auch im Landkreis selbst immer wieder thematisiert. Ziel ist die Beschränkung der globalen Erwärmung auf max. 2 Grad Celsius. Zusätzlich wurden in Folge der japanischen Reaktorunfälle durch Deutschland der Ausstieg aus der Gewinnung von Energie aus der Kernspaltung (Atomausstieg) und die Beschleunigung der Energiewende beschlossen. Der Kreistag schloss sich dem Atomausstieg mit einem entsprechenden Appell an. Auch das Ziel, den Landkreis bis zum Jahr 2030 zu einer 100% Erneuerbaren-Energie-Region zu gestalten, wurde im Kreistag verabschiedet.

Die Verabschiedung und Umsetzung unterschiedlichster Richtlinien, Gesetze und auch Kreistagsbeschlüsse tragen nun Schritt für Schritt zur Senkung der Emissionen und der verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien und zur Anpassung an die Folgen der Klimaänderung im Landkreis bei. Zu nennen sind hier unter anderem die Kreistagsbeschlüsse

- Vorlage eines Maßnahme- und Zeitplanes zur Gründung von Kreisenergiewerken
- Aufforderung der Beteiligungsgesellschaften des Landkreises zur Nutzung und Erzeugung regenerativer Energien
- Bekenntnis zum Atomausstieg
- „LK TF wird 100 % Erneuerbare-Energie-Region“
- Beitritt zum Netzwerk „100 % Erneuerbare-Energie-Regionen“
- Beitritt zum „Klimabündnis e. V.“
- Einführung von Energiesparmodellen in Schulen des Landkreises Teltow-Fläming

Weitere Schwerpunkte bildeten das Monitoring des kreisweiten Stromverbrauchs und der Energieerzeugung aus regenerativen Energieträgern, des kompletten Medienverbrauchs aller öffentlicher kreiseigener Liegenschaften, die Durchführung von Mitarbeiterschulungen, die Planung von Energiesparprojekten an Schulen und die Beantragung von (Klimaschutzbezogenen) Fördermitteln.

In diesem Zusammenhang konnten alle kreiseigenen Schulen mit insgesamt 6 sowie die Kreisverwaltung mit 2 Klimakisten ausgerüstet werden. Die vom Bund kostenlos zur Verfügung gestellten Boxen enthalten zahlreiche hochwertige Messgeräte zur Erfassung des Strom- und Wasserverbrauchs, der Temperatur, Beleuchtungsstärke und der Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Konzentration der Raumluft (Lüftungsverhalten). Die Geräte werden kontinuierlich und kostenlos an interessierte Mitarbeiter ausgeliehen, in den Schulen und auch Kitas erfolgt der Einsatz projektbezogen.

Zudem wird der Aufbau von kommunalen Energiewerken in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden mit dem Ziel der Energieautonomie und Erzeugung von Strom/Wärme aus regenerativen Energieformen angestrebt.

Für den Landkreis wird zwischen November 2011 und November 2012 im Rahmen eines Integrierten Regionalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes (REK) durch die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming der Ist-Stand des Energieverbrauchs und der Energieerzeugung incl. zukünftiger Entwicklungen und die Möglichkeit der lokalen Wertschöpfungen für die Kommunen und Bürgern ermittelt. Bei der Erstellung des Regionalplans wirkt der Landkreis zudem im Scopingverfahren beratend mit.

Bedingt durch bereits auftretende Extremwetterereignisse im Landkreis (Trockenperioden mit Folge erhöhter Waldbrandgefahr, Blitzeis, Starkregen, Hagelschlag, Hitzeperioden ...) erfolgt ein diesbezügliches Monitoring sowie die Beobachtung und ggf. Herausgabe von Warnhinweisen auch bezüglich verstärkt oder gar ganz neu auftretender Krankheitserreger/Tiere/ Pflanzen in der Region (aktuell in 2011 „Problematik Eichenprozessionsspinner“).

Nachfolgend sind die in Umsetzung befindlichen bzw. abgeschlossenen bedeutendsten Energieeinsparmaßnahmen sowie die Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels aus diesem Jahre aufgeführt. Allein die bautechnischen Maßnahmen des Landkreises führten zu einer CO<sub>2</sub>-Reduktion von 163 t.

Bedeutendste Maßnahmen	Stand
Ausstellung von Energiepässen	25 Ausweise für 44 Gebäude vorhanden
Austausch von Fenstern, Fassaden-/Dachdämmung	9 Maßnahmen begonnen, davon 9 abgeschlossen
Austausch von alten Heizkesseln durch Brennwertgeräte	in 4 Objekten abgeschlossen, Effekt: minus 36 t/a CO <sub>2</sub> -Ausstoß
Austausch alter Beleuchtungsanlagen gegen solche mit EGV und T5-Leuchtmitteln	sukzessive, derzeitiger Umsetzungsstand: ca. 40 %
Hocheffiziente LED-Außenbeleuchtung	Installation in 1 Objekt (minus 70 % Energiebedarf)
Einbau v. Präsenzmeldern z. Beleuchtungssteuerung in geeigneten Gebäuden	realisiert in 2 Gebäuden
Gas/Benzin-Hybrid-Kfz	Betrieb von 17 der insgesamt 117 Kfz mit innovativer Hybridtechnik
Erfassung von Kennwerten (Fuhrpark, Medienverbrauch kreiseigener Gebäuden)	Daten werden kontinuierlich fortgeschrieben
Ermittlung des Stromverbrauches	kontinuierlich für den gesamten Landkreis und kreiseigene Gebäude

Ermittlung des gemäß EEG erzeugten Stroms	kontinuierlich für den gesamten Landkreis (74 % für 2010)
Mitgliedschaften in bundesweiten Foren	„100 % EE-Region“ beantragt „Klimabündnis e. V.“
Fotovoltaik auf kreiseigenen Dächern	Bestandsaufnahme abgeschlossen, ggf. Realisierung durch Regionalwerke
CO <sub>2</sub> -Bindung im Kreiswald	63.195 fm in 2010 (= 53,62 t CO <sub>2</sub> -Bindung)
Radwegebau	5 km Neubau; 3 km Erneuerung/Verbreiterung
Workshops, Wanderausstellungen	2 Mitarbeiterseminare (100 % Förderung durch Bund), 2 Wanderausstellungen (100 % Finanzierung durch EU und Land), 2 Fortbildungsveranstaltungen (100 % Förderung durch EU)
Klimakiste, Messgeräte Energie- und Medien	2 Klimakisten im Verwaltungsbestand, Verleih an Mitarbeiter, Kitas, weitere 6 Klimakisten in kreiseigenen Schulen
„Firmenticket“	in Abstimmung
Mitarbeit in externen Gremien	Regionale Planungsgemeinschaft (RPG HVL FL), RUBIRES, MORO, EUDYSE
Erstellung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes	unter Federführung der RPG HVL FL in Auftrag gegeben
Machbarkeitsstudie Regionalwerke	über REST-GmbH avisiert
Einführung von Energiesparmodellen in kreiseigenen Schulen	KT-Beschluss vom 12.12.2011, Fördermittelantrag Januar 2012

## 2. Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

### ➤ *Produkt Abfallwirtschaft*

2007 konnten die Müllskandale in Malterhausen und Markendorf aufgedeckt werden. Für Malterhausen wurde 2010 vor dem Landgericht Potsdam Anklage erhoben. Der Prozess wird für die 1. Hälfte 2012 erwartet.

In Zusammenarbeit mit dem Südbrandenburgischen Abfallzweckverband (SBAZV) wurden drei große im Landkreis ansässige Betriebe auf die Einhaltung der Gewerbeabfallverordnung überprüft. Bei allen drei Betrieben wurden Verstöße gegen geltendes Abfallrecht ermittelt. Im Ergebnis schlossen sich die Betriebe an das Entsorgungssystem des SBAZV an.

In zwei Fällen, in Jüterbog und in Gottow, musste der Landkreis mit dem Zwangsmittel der Ersatzvornahme gefährliche Abfälle als dringende Gefahrenabwehr beseitigen.

Auf der Deponie-Rekultivierungsbaustelle „Grüne Hölle“ in Altes Lager wurde in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Potsdam und dem Landeskriminalamt mit schwerer Technik eine Tiefenkontrolle durchgeführt. Feststellungen wie beim sogenannten „Müllskandal“ ergaben sich nicht. Kleinere Verstöße gegen die Rekultivierungsanordnung lagen vor. Ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wird eingeleitet.

## Statistik

Aufgabenthematik	2009 Anzahl	2010 Anzahl	2011 Anzahl
Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	10	16	14
landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	34	38	32
wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	405	430	492
Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	26	45	59
Störfälle	0	0	6

Das Projekt „Teufelssee“ ging in die praktische Umsetzung. Mit Fördermitteln und kostenneutral für den Landkreis wurden aus dem Naturschutzgebiet Teufelssee 5.797 m<sup>3</sup> Abfälle beräumt.

Die Umweltstreife hat folgende Abfallmengen einer sachgerechten Entsorgung zugeleitet:

Abfallart	2009	2010	2011
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	90.854	82.239	89.420
Kühlgeräte in Stück	25	29	33
Reifen in Stück	813	637	712
Batterien in Stück	27	18	18
elektronische Geräte in Stück	120	112	182
gefährliche Abfälle (ohne Batterien) in kg	3.361	3.433	5.140

### ➤ Produkt Bodenschutz/Altlasten

Die Untere Bodenschutzbehörde arbeitet weiterhin in der Projektgruppe „Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut (DFK)“ mit. Hierbei liegt der Fokus in der Beachtung der Altlastensituation sowie der Kenntnisse zur Nutzung nach dem 2. Weltkrieg.

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ wurde erweitert und optimiert. Zusätzlich werden nun auch CKW aus dem 2. Grundwasserleiter entfernt und zurückgewonnen. Die Optimierungen im 1. Grundwasserleiter gelangen so gut, dass die Anlagenkonfiguration wegen der Menge an nun verfügbaren Schadstoffen erneut angepasst werden muss. Diese Arbeiten werden je nach Witterungsverlauf im 1. Quartal 2012 beendet sein.

Das zivile Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ wurde fortgeführt. Nachdem 2010 erste Boden-Sanierungsmaßnahmen stattfanden, begann die Bodenluft- und Grundwassersanierung an der größten zivilen Altlast des Landkreises.

Die Arbeiten am Altlastenprojekt „Industriepark Ludwigsfelde“ gestalteten sich weiter kontinuierlich. Zur weiteren Sicherung der Trinkwasserversorgung wird nun noch eine Bodensanierung im sogenannten „Zentralteil“ erforderlich.

Die 2010 begonnenen zivilen Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekte, „Ehemaliges Gaswerk Jüterbog“ und „Funkwerk Dabendorf“, wurden ebenfalls weitergeführt. Im Funkwerk Dabendorf konnte das Schadensbild weiter erkundet werden. Im Gaswerk Jüterbog sind bereits konkrete Boden-Sanierungsarbeiten für 2012 in Vorbereitung.



Aufgrund von Ansiedlungsinteressen lebte das Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Holzplatz Schönefeld (NU)“ wieder auf. Wegen der geplanten Nutzung sind nun weitere Schadenserkundungsmaßnahmen nötig.

#### ➤ *Produkt Wasserwirtschaft*

Die vom Landkreis durchgeführte Grundwassersanierung in Rangsdorf endete im September. Die beweglichen Anlagen wurden zurückgebaut, der ursprüngliche Zustand an der Standfläche wieder hergestellt sowie der erforderliche Ausgleich und Ersatz realisiert. Insgesamt belief sich die Menge der durch die Sanierung aus dem Grundwasser entfernten CKW auf etwas mehr als 3 Tonnen. Der Restschaden wird nun durch ein Grundwassermonitoring überwacht. Die Maßnahme war insgesamt sehr erfolgreich und hat das Image des Landkreises, als tatkräftige Verwaltung, deutlich gestärkt.

Der Staubeirat tagte turnusmäßig im Frühjahr und im Herbst und legte dabei die Staulamellen für die wichtigsten Gewässer, die rechtlich nicht geregelt sind, fest.

Formale Sitzungen der Trinkwasserschutzkommission (TWSZK) waren nicht erforderlich. Vorliegende Anträge auf Befreiungen von Verboten in Trinkwasserschutzzonen wurden mit den jeweiligen Mitgliedern, aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung, auf dem „kleinen Dienstweg“ geklärt.

Weitere Anstrengungen steckte das Sachgebiet in die Weiterentwicklung des eigenen GIS-Systems. So konnten u. a. die Urmesstischblätter digital aufbereitet und für die Nutzung bereit gestellt werden. Zusätzlich wurde das Sachgebiet ADV beim Aufbau des WebGIS unterstützt.

### 3. Sachgebiet Untere Naturschutzbehörde (Produkt Naturschutz)

Die im November 2010 vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz genehmigte Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Teltow Fläming, bildet die Grundlage für die tägliche Arbeit der Unteren Naturschutzbehörde.

Die Inhalte des LRP dienen insbesondere der Beurteilung der Umweltverträglichkeit und der Verträglichkeit von Projekten mit den Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten. Planungsbüros fragen ständig die Inhalte des LRP bei der UNB ab, um diese in ihren Planungen zu berücksichtigen.

Die u.a. vom Flughafen Berlin-Brandenburg eingezahlten Ersatzzahlungsgelder beim Naturschutzfonds wurden auch in diesem Jahr mit 4 Projektanträgen in Höhe von 200.000 € im Landkreis umgesetzt.

Es besteht diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit mit dem Naturschutzfonds Brandenburg und der Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC).

Die Angebotskataloge für die Bereitstellung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Investoren wurden fortgeführt.

Problematisch gestaltet sich die Entwicklung des kreislichen Ökopools auf den Flächen der militärischen Liegenschaft „Kummersdorf Gut/ Sperenberg“. Der Grund hierfür ist die bislang noch offene Flächenübertragung des Bundes an das Land.

Im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft (z. B. Ausbau B 101n, Flugplatz Schönhagen und Windkraftanlagen) wurden innerhalb des NSG Heidehof und NSG Forst Zinna Keilberg 3,46 ha Betonflächen zurückgebaut und der Natur überlassen. Der recycelte Beton wurde für den Unterbau der B 101n eingesetzt.

Die Brandenburger Baumschutzverordnung ist am 31.12.2010 ausgelaufen. Somit war es notwendig, für den Schutz der Bäume im Landkreis eine eigene Verordnung zu erlassen. Es wurde mit dem Verfahren zur Unterschutzstellung von Bäumen im Landkreis begonnen. Seit dem 14. Mai gilt eine Veränderungssperre.

Auch im Bereich des Artenschutzes gab es im vergangenen Jahr erhebliche Aktivitäten. Auf Grund der Artenzuständigkeitsverordnung hat dieser an Bedeutung gewonnen. So wurde zum Beispiel in Schöbendorf zum Schutz eines Weißstorchepärchens die Umsetzung des Horstes vom Schornstein eines Privatgrundstücks auf ein Grundstück der Gemeinde Baruth organisiert. Das erfolgte in enger Zusammenarbeit und Unterstützung durch die E.ON edis. Zum Schutz der äußerst seltenen Wiesenweihen, die sich im Raum Bochow angesiedelt haben, wurde gemeinsam mit der Agrargenossenschaft Oehmland und engagierten Ornithologen ein aufwendiger Schutz für die Nester organisiert. Ein weiteres Aufgabenfeld im Artenschutz ist die Prüfung der FFH-Verträglichkeit bei bedeutenden Bauvorhaben, was sich in der täglichen Arbeit stark etabliert hat.

Im Bereich Schutzgebiete lag der Schwerpunkt bei der Begleitung der Erarbeitung von Managementplänen für die Schutzgebiete. Gleichzeitig wurde mit der erforderlichen Wiederholung der Unterschutzstellungsverfahren für das NSG Fauler See /Barssee und dem Mönningsee begonnen. Als Alternative zu den Unterschutzstellungsverfahren werden im Land Brandenburg für kleinere Gebiete Bewirtschaftungserlasse erarbeitet. Diese setzen jedoch eine entsprechende Kooperationsbereitschaft zwischen Eigentümer und Nutzer voraus, um die Maßnahmen zur Sicherung der FFH-Gebiete auf der Grundlage von Vereinbarungen umzusetzen. Bislang gibt es im Landkreis drei Erlasse. Für die Betreuung, Koordinierung und Kontrolle der Umsetzung der Bewirtschaftungserlasse ist die untere Naturschutzbehörde verantwortlich.

Im Bereich der Landschaftspflege waren in den letzten 19 Jahren jeweils vier Zivildienstleistende im Einsatz. Auf Grund der Bundeswehrreform wurde der Zivildienst eingestellt. Die damit entstandene Lücke (u. a. Mahd von Orchideenwiesen, Aufstellen von Amphibienleiteinrichtungen) konnte durch den Bundesfreiwilligendienst bislang nicht geschlossen werden. Zurzeit wird durch die UNB neben der Aufrechterhaltung des Angebotes zum Bundesfreiwilligendienst die Möglichkeit einer Regelung über den Vertragsnaturschutz oder über die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geprüft. Die Arbeit des Naturschutzbeirates konnte erfolgreich fortgesetzt werden. Es wurden 9 Sitzungen durchgeführt, bei denen der Beirat in 29 Entscheidungen der UNB einbezogen wurde.

## Statistik

Aufgabenthematik	Anzahl 2009	Anzahl 2010	Anzahl 2011
Genehmigungen zu Baumfällungen und Alleen	291	277	250
Genehmigungsverfahren zu Eingriffen in Natur und Landschaft	296	290	329
Beurteilungen von Fachplänen	232	273	313
Genehmigungs- und Befreiungsverfahren in Schutzgebieten und -objekten	201	195	144
Maßnahmen zum Artenschutz	152	222	359

# Landwirtschaftsamt

## Agrarförderung

Insgesamt haben 279 landwirtschaftliche Betriebe einen Antrag auf Agrarförderung gestellt, darunter 121 Unternehmen papierlos über das Internet. Damit wurde die Internetbeantragung gegenüber 2010 fast verdoppelt. 132 Antragsteller reichten ihren Antrag mit Datenträger ein und 26 Antragsteller stellten einen Papierantrag.

### Beantragte Flächen:

Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	91.901,1954	ha
dav. Ackerland	75.770,7099	ha
dav. Dauergrünland	15.677,4866	ha
dav. Beweidung außerhalb LN	452,9989	ha

Entgegen der Tendenz im Land Brandenburg hat sich im Landkreis der Grünlandanteil leicht erhöht.

### ➤ *Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete*

Im Rahmen der Agrarförderung wurden 271 Anträge auf Betriebsprämie, 36 Anträge für den Anbau von Eiweißpflanzen, 11 Anträge für die Stärkekartoffelbeihilfe gestellt. 26 Unternehmen erhielten aufgrund der schlechten Milchpreise 2009/10 eine Grünlandprämie sowie eine Kuhprämie. Ungefähr 50 % der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fallen unter die Rubrik benachteiligte Gebiete. Diese 145 landwirtschaftlichen Unternehmen haben Anträge auf Zuschuss gestellt, die mit 1,3 Mio. € gefördert wurden.

Wie auch in den vergangenen Jahren muss eingeschätzt werden, dass die Zuschüsse an die landwirtschaftlichen Unternehmen zurückgegangen sind. Gegenüber dem Vorjahr sind dies ca. 500.000 €. Großen Anteil daran hat die Erhöhung der Modulation, von der eine Reihe von größeren landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises betroffen ist. Aber auch die Landesmittel sind von Kürzungen betroffen. Insgesamt wurden an die landwirtschaftlichen Unternehmen für die aufgeführten Fördermaßnahmen 27,2 Mio. € bewilligt und ausgezahlt.

Im Rahmen der durchgeführten Vor-Ort-Kontrollen Cross Compliance (CC) wurden in 8 Fällen Sanktionen zwischen 1 bis 5 % ausgesprochen. Im Rahmen der Feldblockpflege wurden 82 Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt. Auch in diesem Jahr wurde eine Kurzumtriebsplantage von 12 ha angezeigt.

### ➤ *Kulturlandschaftsprogramm*

Im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) haben 139 Antragsteller insgesamt 196 Anträge gestellt. Die verschiedenen Maßnahmen innerhalb des Kulturlandschaftsprogrammes werden auf einer Fläche von 19.910 ha durchgeführt. Das sind 21,50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises. Diese Maßnahmen sollen in besonderem Maße zum Schutz der Umwelt sowie der Erhaltung des ländlichen Lebensraumes, der Landschaft und ihrer Merkmale, der Böden und der genetischen Vielfalt beitragen. Die Antragsteller erhielten durch die extensive und ökologische Bewirtschaftung sowie den Anbau von Zwischenfrüchten insgesamt Zuwendungen in Höhe von 2,25 Mio. €.

Im Landwirtschaftsamt wurden insgesamt 61 Abtretungen und 17 Pfändungen angezeigt, die eine Forderung von 7,8 Mio. € ausmachen. 6 Abtretungen an Händler mit 129.700,22 €, 55 Abtretungen an Banken mit 7.623.626,39 € und 17 Pfändungen mit 31.926,71 €.

In der Milchproduktion hat sich die Preissituation von 2010 zu 2011 weiterhin entspannt. Die Milchpreise sind leicht angestiegen, was auch für die milchproduzierenden Betriebe des Landkreises positive Auswirkungen hatte. Weiterhin war festzustellen, dass sich auch die Milchleistung in den Betrieben gegenüber 2010 überdurchschnittlich verbessert hat. So haben erstmalig 5 Betriebe eine Milchleistung von über 10.000 kg/Kuh und Jahr und 9 Betriebe eine Milchleistung von 9.000 kg/Kuh und Jahr erreicht. Die Durchschnittsleistung der milchproduzierenden Betriebe des Landkreises betrug 8.877 kg /Kuh und Jahr, was einer Leistungssteigerung gegenüber 2010 von 208 kg/Kuh und Jahr entspricht.

➤ *Handel/Übertragungen von Zahlungsansprüchen*

Aufgabenthematik	2011
Handel/Übertragungen von Zahlungsansprüchen (ZA) - Vorgänge	
Kaufverträge	65
Verkaufsvorgänge	68
Pachtvorgänge	8
Verpachtungsvorgänge	7
Vorgänge insgesamt	148
Anzahl der Zahlungsansprüche für	
Kauf von ZA	3.203,21
Verkauf von ZA	3.245,76
Pacht von ZA	1.342,34
Verpachtung von ZA	706,56
gehandelte ZA insgesamt	8.497,87

## Agrarstruktur

➤ *Investive Förderung*

Nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für einzelbetriebliche Investitionen in landwirtschaftlichen Unternehmen stellten 18 Betriebe einen Antrag auf Förderung mit einem geplanten Investitionsvolumen von 6,5 Mio. €, wovon 15 Anträge bewilligt werden konnten. Insgesamt wurden für 23 Anträge aus den Jahren 2010 und 2011 Zuwendungen in einer Höhe von 2,58 Mio. € ausgesprochen. Von diesen Zuschüssen gingen 0,5 Mio. € in Maßnahmen der Beregnung, 1,21 Mio € in die Tierhaltung, 0,73 Mio. € in die Lagerhaltung und 0,13 € in Sonstige Maßnahmen.

➤ *Kreiserntefest*

In diesem Jahr wurde das 11. Kreiserntefest im Ortsteil Ließen der Stadt Baruth gefeiert. Das Amt beteiligte sich an der Vorbereitung und Durchführung des Festes, insbesondere in den Bereichen Bühnenprogramm, Erlebnismarkt und Tieraussstellung. Ebenfalls dazu gehörte die Präsentation des Landkreises durch einen eigenen Stand. Die Organisatoren und Mitwirkenden haben dazu beigetragen, dass auch dieses Fest für alle Besucher ein unvergessliches Ereignis wurde.

➤ *Messe „Internationale Grüne Woche“*

Die positive Resonanz bei der Präsentation in der Brandenburg-Halle auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2010 war Grund für eine erneute Bewerbung zur Teilnahme bei der IGW 2011. Aufbauend auf den gesammelten Erfahrungen konnte den Besuchern Dank der engen Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Direktvermarktern und den sonstigen Akteuren aus den jeweiligen Regionen im Landkreis ein interessantes und vielseitiges Programm an den einzelnen Messetagen präsentiert werden. Auch 2012 wird diese Präsentation aufgrund der guten Resonanz weitergeführt.

Die sehr enge und gute Zusammenarbeit des Landkreises mit der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) „Rund um die Flaeming-Skate“ e. V. ist weiter vertieft worden. Die Qualität der Stellungnahmen für kommunale Anträge wurde erhöht. So konnten für 42 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 6,97 Mio. € insgesamt 3,2 Mio. € Fördermittel bewilligt werden. Damit wird auch die Breitbandversorgung im ländlichen Raum verbessert. Zahlreiche Bewohner in den Dörfern des Landkreises erhalten jetzt ein „schnelles Internet“.

Der Neujahrsempfang 2011 stand unter dem Motto „Ländliche Entwicklung“. Die Vorbereitung und Ausgestaltung des Empfanges wurde von zahlreichen Mitarbeitern des Amtes unterstützt.

➤ *Kommunalwald*

Der Landkreis besitzt 380 ha Kommunalwald im berlinnahen Raum. Dieser dient im Wesentlichen dem Erhalt und Schutz der Erholungsfunktion. Um diese Zielstellung erfolgreich umsetzen zu können sind bis zu 5 ABM-Kräfte in Trägerschaft der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG) beschäftigt. Dieser Personenkreis wird vorwiegend für zusätzliche Aufgaben zur Stärkung des Erholungswaldes eingesetzt. Des Weiteren waren vier Zivildienstleistende zur Erfüllung der Pflichtaufgaben im Kommunalwald im Einsatz.

Im Jahr wurden durch den Verkauf von Holz 30.200 € für den Kreishaushalt eingenommen.

Der Landkreis besitzt ca. 270 ha landwirtschaftliche Flächen, von denen 223 ha an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet sind. Die jährlichen Pachteinnahmen hieraus betragen 17.450 €.

➤ *Ehemalige Bodenreformflächen*

Der Landkreis wurde gemäß Art. 233 § 2 Abs. 3 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) als gesetzlicher Vertreter der Eigentümer ehemaliger Bodenreformigentümer bestellt. Als gesetzlicher Vertreter hat er die Rechts- und Vermögensinteressen des Eigentümers bzw. dessen Rechtsnachfolgers wahrzunehmen. In dieser Eigenschaft verpachtet der Landkreis die Flächen von insgesamt 80 Eigentümern, deren Aufenthalt bzw. deren Erben unbekannt sind, an 27 landwirtschaftliche Unternehmen und verwaltet die jährlichen Pachteinnahmen.

➤ *Grundstücksverkehr und Landpacht*

Es wurden insgesamt 347 Grundstücksverträge bearbeitet. Von den vorliegenden 247 Kaufverträgen haben in 102 Verträgen landwirtschaftliche Unternehmen 1.112,43 ha für 5,26 Mio. € erworben. Im Jahr 2010 waren es 101 Verträge mit 1.171,14 ha und 4,73 Mio. €.

Außerhalb des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes wurden bis 31. Dezember insgesamt 8.477 ha veräußert, davon 385 ha im Jahr 2011.

Im Berichtsjahr wurden 53,34 ha nach dem begünstigten Flächenverkauf durch die BVVG veräußert. Hierbei handelt es sich überwiegend um Holzungsflächen (53,34 ha Holzung, 0,26 ha Ackerfläche und 0,07 ha sonstige Flächen).

Per 31. Dezember wurden insgesamt 7.309,44 ha nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz veräußert.

Die landwirtschaftlichen Unternehmen haben insgesamt 11.993 Pachtverträge im Landwirtschaftsamt mit einer Fläche von ca. 81.000 ha angezeigt. Der zu zahlende Pachtpreis an die Verpächter beträgt ca. 6,7 Mio. €.

Der Landwirtschaft wurden im Zeitraum von 1990 bis 31.12.2011 ca. 2.770 ha landwirtschaftliche Nutzfläche für Baumaßnahmen und Infrastruktur entzogen (z.B. Gewerbepark, Neubau der B 101, Ausbau der B 96, für Radwege, Skaterbahn, Errichtung von Windkraftanlagen usw.).

Wegen fehlender Bodenuntersuchungsergebnisse wurden nach § 3 Abs. 3 Nr. 2 Düngeverordnung (DüV) im Kalenderjahr in zwei landwirtschaftlichen Betrieben Bußgelder verhängt.

### Kreislandwirtschaftsschule

Die immer rascheren Veränderungen in Wirtschaft und Technik führen zu neuen und höheren Anforderungen an Unternehmen und deren Mitarbeiter. Ein modernes zukunftsorientiertes Landwirtschaftsunternehmen braucht vor allem eines - gut ausgebildete fachliche und sozial kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Aufgabe der Landwirtschaftsschule besteht in der Verbesserung der beruflichen Qualifikation der in der Landwirtschaft Beschäftigten durch Aus- und Weiterbildung. Insgesamt wurden 28 Bildungsmaßnahmen mit 452 Teilnehmern durchgeführt.

#### ➤ *Erntebericht*

Zurzeit sind 383 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet.

Im Jahr wurde stichprobenartig (171 Berichtspflichtige) die Bodennutzungshaupterhebung durchgeführt. Es wurden von 30 Betrieben die Ernte- und Berichterstattung Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert.

An der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung nahmen insgesamt 41 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 48 Proben (6 Rapsproben und 42 Getreideproben) sowie 31 zusätzliche Proben, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden, ein. 17 Betriebe reichten die Ergebnisse der Kartoffelernte ein.

Der Gesamtertrag bei Getreide sank im Vergleich zum Vorjahr um 11,1 dt/ha auf 33,9 dt/ha.

Beim Winterraps sank der Ertrag von 32,4 dt/ha (2010) auf 18,1 dt/ha.

Bei Kartoffeln lag der Ertrag bei 441,2 dt/ha und bei Silomais 407,6 dt/ha.

Die schlechten Erträge und Qualitäten bei Getreide konnten somit teilweise durch gute Kartoffel- und Maiserträge kompensiert werden.

Aufgabenthematik	2009	2010	2011
Bearbeitung Anträge Agrarförderung, davon Antragsteller über das Internet	296 59	288 66	279 121
Abtretungen	72	68	61
Pfändungen	46	41	17
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	120	129	139
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	128	135	196
Pachtverträge	12.257	12.167	11.993
Grundstücksverkehr	375	319	347
Bearbeitung Klärschlammanträge	26	16	24
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	15	13	16
Futtermittelanalysen auf schädliche Stoffe	165	183	220
Kontrolle Futtermittelunternehmen einschließlich CC-Kontrollen	151	165	182
Teilnehmer an Kursen der Landwirtschaftsschule	424	406	452
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	18	17	18
Vor-Ort-Kontrollen Fernerkundung	53	68	82

# Dezernat IV

## Kreisentwicklungsamt

Die Aufgaben des Kreisentwicklungsamtes gliedern sich allgemein in folgende Schwerpunkte:

- Beratung von Bürgern, Unternehmen und anderen Akteuren zu Fragen rund um den neuen Flughafen Berlin Brandenburg, Mitarbeit in Gremien zur Flughafenumfeldentwicklung und Unterstützung von Aktivitäten zum Thema Fluglärm
- Mitwirkung an übergeordneten Planungen und Projekten sowie Durchführung eigener Vorhaben im Hinblick auf eine positive Kreisentwicklung und Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises
- Weitere Qualifizierung, insbesondere der touristischen Infrastruktur und damit verbundener Angebote
- Begleitung und Unterstützung der Gemeinden und Planungsträger im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sowie bei städtebaulichen Maßnahmen
- Regional-/verkehrsplanerische sowie bauplanungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben sonstiger Planungsträger und anderer Ämter
- Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch

Im Einzelnen waren für das Jahr folgende Maßnahmen und Entwicklungen von besonderer Bedeutung:

### ➤ *Flughafenbelange*

Mit Jahresbeginn hat der Landkreis die Aufgaben des Fluglärmschutzbeauftragten für den Flughafen Berlin Schönefeld übernommen. Diese wurden zunächst durch die Flughafenkoordinatorin mit wahrgenommen. Zum 6. April erfolgte eine separate Besetzung dieser zuvor ausgeschriebenen Stelle.

Es wurden insgesamt 2.187 Fluglärmbeschwerden mit über 10.000 verschiedenen Lärmereignissen überprüft und beantwortet. Dabei wurden 7 Ordnungswidrigkeiten festgestellt und entsprechende Verfahren über die Deutsche Flugsicherung beim Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung eingeleitet. Im Flughafenberatungszentrum wurden zudem 61 Familien mit Bauabsicht im Flughafenumfeld persönlich über die zu erwartenden Flugbewegungen und die daraus abzuleitende Lärmbelastung beraten.

Darüber hinaus wurde die Mitwirkung in der Fluglärmkommission bei sehr dichter Tagungsfolge durch den Beigeordneten Detlef Gärtner und den Fluglärmschutzbeauftragten fortgesetzt. Dem erhöhten Informationsbedarf der Bürger in dem sich ändernden Flughafenumfeld wurde durch die Teilnahme an 6 Informationsveranstaltungen in verschiedenen Städten/Gemeinden oder Ortsteilen Rechnung getragen. Die Mitarbeit des Landkreises im Dialogforum und dessen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes wurde auf allen Ebenen ebenfalls fortgeführt.

An der Umsetzung der durch den Kreistag im Zusammenhang mit dem Flughafen Berlin Brandenburg gefassten Beschlüsse wurde seitens des Landkreises aktiv gearbeitet.



Zur Realisierung des Maßnahmeplanes zum 30-Punkte-Programm wurden u. a. folgende Aktivitäten durchgeführt:

- Die Beratungstätigkeit für die von den Auswirkungen des Flughafens betroffenen Bürger wurde fortgesetzt. Insgesamt sind für 316 Gebäude die Anspruchsberechtigten zum Schallschutzprogramm und anderen Anliegen beraten worden.
- Zur speziellen Überprüfung einzelner Schallschutzmaßnahmen konnten über das Flughafenberatungszentrum weitere Beratungsleistungen vermittelt werden, für die entsprechende Haushaltsmittel im Kreishaushalt eingeplant waren. 612 Familien nahmen diese für sie kostenlose Gutachtertätigkeit in Anspruch.
- Über das Flughafenberatungszentrum in Mahlow (weitere Infos unter [www.flughafenberatungszentrum.de](http://www.flughafenberatungszentrum.de)) wurden durch Bündelung mit weiteren Beratungsangeboten auch Informationen hinsichtlich des Netzwerkes Mittelstand, zu Existenzgründungsmöglichkeiten aus der Arbeitslosigkeit und Fördermittelberatungen für gewerbliche Betriebe angeboten. Insgesamt 1559 Bürger haben die Informationsmöglichkeiten des Flughafenberatungszentrums wahrgenommen.
- Im Rahmen der Zuständigkeit der Kreisverwaltung als Lebensmittelüberwachungsbehörde wurde der Bevölkerung des Flughafenumfeldes erstmals eine kostenlose Obst- und Gemüsebeprobung auf bestimmte Schadstoffe angeboten und vermittelt. Die eingegangenen Proben wurden im Landeslabor Berlin-Brandenburg untersucht. Es wurde keine Überschreitung der Grenzwerte festgestellt.
- Im April wurde im Kulturhaus Ludwigsfelde anlässlich des „Tages gegen Lärm“ unter Einbeziehung der Öffentlichkeit die 2. Expertenlärnkonzferenz zu den Auswirkungen des Lärms, speziell des Fluglärms, auf die Gesundheit der Menschen durchgeführt.
- Der Landkreis wirkte aktiv in dem wissenschaftlichen Projekt zur nachhaltigen Entwicklung der Kommunen im Flughafenumfeld „F<sup>AIR</sup>Leben“ mit. Es zielt auf die Erarbeitung von Strategien zum Umgang mit (Flug-)Lärm für die Sicherung der empfundenen Lebensqualität in Gebieten mit einer starken Infrastrukturlast ab.

➤ *Infrastruktur/Tourismus*

Folgende Entwicklungen in den Bereichen Verkehrs- und Tourismusinfrastruktur sind für die weitere Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises von besonderer Bedeutung.

- Zum vierstreifigen Ausbau der B 101n bis Luckenwalde wurden die Abstimmungen mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Weiterführung der fehlenden Bauabschnitte fortgesetzt.

Seit dem 20. Mai liegt der Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Ortsumgehung Thyrow vor. Dabei fand die Radwegführung entlang der L 795 zwischen Thyrow und Siethen keine Berücksichtigung, obwohl Anfang des Jahres der Kreistag mit seinem Beschluss zur Übernahme der Straßenbaulast für einen Radweg entlang der L 795 bereits eine wichtige Grundlage für den Bau des Radweges geschaffen hatte. Umso wichtiger war es nun, zur Vermeidung von Mehrkosten vor Baubeginn die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die zeitgleiche Berücksichtigung eines straßenbegleitenden Radweges beim Bau des Brückenbauwerkes B 101n/L 795 zu schaffen. Die hierfür erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen wurden zwischen dem Land Brandenburg und dem Landkreis Teltow-Fläming, aber auch zwischen dem Landkreis und den Städten Trebbin und Ludwigsfelde, abgestimmt und unterzeichnet.

Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Anfang 2012 bei der Ausschreibung der Bauleistungen für die Ortsumgehung Thyrow der Radweg berücksichtigt werden kann. Im Frühjahr 2012 soll dann mit den Bauarbeiten begonnen werden. Zuvor muss jedoch die Entscheidung des

Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg über die Klage eines Eigentümers vorliegen und damit die Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses gegeben sein.

Die Bauarbeiten am Abschnitt der B 101n zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen wurden fortgesetzt. So konnte zum Jahresende die Verkehrsfreigabe der östlichen Richtungsfahrbahn erfolgen. Die Baumaßnahmen für den gesamten Abschnitt Woltersdorf – Wiesenhagen sollen Ende 2012 abgeschlossen sein.

Die Arbeiten an der Ortsumgehung Luckenwalde Süd wurden ebenfalls weitergeführt. Die Fertigstellung der Ortsumgehung Luckenwalde Süd ist für das 2. Halbjahr 2013 vorgesehen.

- Im Rahmen kreislicher Straßenplanungen wurde die Anschlussplanung vom bestehenden Radweg an der K 7239 Diedersdorf – Birkholz vom Knotenpunkt L 76 a/K 7239 über die L 76n nach Birkholz weitergeführt.
- Die Überprüfung der korrekten Einstufung von Kreisstraßen entsprechend den Bestimmungen des Brandenburgischen Straßengesetzes wurde fortgesetzt. Die ersten Umstufungsverfahren wurden eingeleitet.
- Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu weiteren Planverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, des Landes und anderer Träger erarbeitet.

Die Abstimmungen zum weiteren Ausbau der Dresdener Bahn wurden nochmals intensiviert. Im Mittelpunkt hierbei standen Problemschwerpunkte der aktuell in Planung befindlichen Maßnahmen. So konnte durch die intensiven Gespräche mit der Deutschen Bahn AG und besonders durch die Einbeziehung des Eisenbahn-Bundesamtes erreicht werden, dass das Tunnelbauwerk für die Eisenbahnüberführung im Bahnhof Rangsdorf ausreichend dimensioniert wurde, bevor hierfür das Planfeststellungsverfahren im Oktober eingeleitet wurde.

Weitere Arbeitsgespräche bezogen sich auf die Bahnübergangsbeseitigungsmaßnahmen im Bereich des Bahnhofs Dahlewitz.

Aktiv arbeitet der Landkreis in einer aus Vertretern der DB AG, des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft, der Senatsverwaltung Berlin und der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gegründeten Arbeitsgruppe, um den Bau eines Tunnelbauwerkes zur Querung der Gleisanlagen der S 2 im Zuge des Berliner Mauerweges realisieren zu können.

- Im Rahmen der Ergänzung und Optimierung des 1998 gestarteten Projektes Fläming-Skate wurde der Bau des Abschnittes Wahlsdorf – Prensdorf fortgeführt. Mit der Fertigstellung dieser Baumaßnahme im Frühjahr 2012 wird der Lückenschluss zwischen den bestehenden Trassenabschnitten der Fläming-Skate in den Ortslagen Wahlsdorf und Prensdorf realisiert, sodass ein weiterer Rundkurs von rund 39 km entsteht. Die Gesamtlänge des Rad- und Skateweges beträgt dann 225 km.

Zudem wurde die Planung des barrierefreien Radweges am Wasserwerk Luckenwalde fortgesetzt.

Die weitere Umsetzung des Radwegekonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming, das auf durchgängige Radwegeverbindungen von Berlin zur Fläming-Skate zielt, wurde mit folgenden Maßnahmen vorangetrieben:

- Weiterführung der Planung für den Bau eines Radweges an der Kreisstraße 7241 von der L 73/Wietstocker Kreuzung bis Ortseingang Großbeeren
- Weiterführung der Planung für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Schönhagen nach Stangenhagen
- Beantragung von Fördermitteln für den Bau von Radwegen zwischen Mückendorf und Zesch am See sowie zwischen Radeland und Klasdorf beim Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
- Fortsetzung der Planung des touristischen Verbindungsweges Egsdorf – Zesch am See und Beantragung von bereits in Aussicht gestellten Fördermitteln

Für den Bau eines Radweges entlang der B 246 zwischen Löwendorf und Schönhagen wurde beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft im März der Antrag auf Verzicht auf Planfeststellung eingereicht. Da dieser von der Planfeststellungsbehörde auf Grund fehlender Kapazitäten nicht bearbeitet wurde, hat sich der Landkreis Teltow-Fläming im Dezember mit der Bitte um Unterstützung an den Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft gewandt. Die Antwort hierzu steht noch aus.

- Zur weiteren Qualifizierung des touristischen Konzeptes „Radrouten durch die Regionalparks“ wurden die innerhalb des Landkreises verlaufenden Strecken befahren und die Wegweiser, Hinweisschilder und Infotafeln fotografiert. Die Beschaffenheit wurde dokumentiert. Durch den Einsatz moderner Technik erfolgt sowohl die Erfassung des Wegeverlaufs als auch die fotografische Dokumentation GPS-gestützt.
- Die Beschilderung der touristischen Radroute „Tour Brandenburg“ konnte im Sommer abgeschlossen werden. Zur Komplettierung des Projektes sind bis März 2012 noch die vorgesehenen Übersichtstafeln fertigzustellen.
- Im Rahmen der Verbesserung der touristischen Infrastruktur und Angebote wurden auch die kreislichen Vorbereitungen zum „Deutschen Wandertag 2012“ im Fläming fortgesetzt. Neben der Mitarbeit in der monatlich tagenden Steuerungsgruppe Deutscher Wandertag (DWT) 2012 wurde die Arbeitsgruppe (AG) Sicherheit mehrfach einberufen, die die Abschlussveranstaltung des DWT am 25. Juni 2012 auf dem Schloss Diedersdorf mit ca. 1.000 - 1.500 Gästen vorbereitet. Zudem wurde die Delegation der Tourismus-Region Fläming beim DWT 2011 in Melle personell unterstützt.

Die Wegeverläufe der im Programmheft zum DWT 2012 angebotenen Wanderungen innerhalb des Landkreises Teltow-Fläming, wie auch des Landkreises Dahme-Spreewald, wurden zur weiteren Informationsaufbereitung größtenteils digitalisiert.

- Die Qualität von 25 genehmigten Wanderwegen (ca. 2/3 aller genehmigten Wege) wurde durch zwei Mitarbeiter, gefördert über das Bundesprogramm Kommunal-Kombi als „Netzwerkheifer Tourismus“, kontrolliert und die besonderen Merkmale wie Markierung, Wegebeschaffenheit, Rastplätze, Sehenswürdigkeiten, Naturschönheiten und Zivilisation dokumentiert. Mängel an der Beschilderung/Markierung und Abweichungen vom genehmigten Wegeverlauf wurden erfasst. Gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und deren Pflegepartnern wird nun auf die Qualitätsverbesserung der Wanderwege eingewirkt.

Im Juli wurde die Umwandlung der AG Fläming-Skate in die AG Tourismus mit Vorsitz des Landrates Herrn Giesecke beschlossen. Im Dezernat IV übernahm das Kreisentwicklungsamt die damit in Zusammenhang stehenden Aufgaben der Geschäftsführung. Ziel der AG ist es, die Kontakte mit den örtlichen Anbietern zu verstärken und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Der Landkreis Teltow-Fläming wird touristische Projekte mit Vertretern der Region entwickeln und dabei auch Koordinierungsaufgaben übernehmen. Die AG Tourismus tagte zweimal, wobei im November erstmals ein erweiterter Teilnehmerkreis mit regionalen Akteuren im Bereich Tourismus einbezogen wurde.

➤ *Bauleitplanung/Städtebaumaßnahmen*

Das Kreisentwicklungsamt begleitete planungsrechtlich 35 Bauleitplanungen in unterschiedlichen Beteiligungsstufen. Zudem fungierte es im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden im Hause.

Der Trend zum Ausbau der Nutzung regenerativer Energien setzte sich wiederum fort. Verstärkt wurden Bauleitpläne zur Nutzung von Biomasse- und Solarenergie aufgestellt bzw. die Verfahren fortgesetzt. Hervorzuheben sind hierbei folgende Bebauungspläne (BP):

- BP Nr. 031 „Freiflächen-Solarpark Jüterbog II“ der Stadt Jüterbog
- BP „Solarpark“ Niedergörsdorf
- BP „Biomethananlage“ Stülpe
- BP „Biogasanlage“ Petkus
- BP „Photovoltaikanlage TGW Friedensstadt“ der Stadt Trebbin, OT Blankensee

Planungen bzw. Anträge im Hinblick auf Windkraftnutzung haben signifikant zugenommen. Dementsprechend hat sich der Beratungsbedarf auf den verschiedensten Ebenen (Städte und Gemeinden, Ämter, Planungsbüros, Bürger) entwickelt. Es ist zu erkennen, dass seitens der Gemeinden verstärkt eine Steuerung der Windenergienutzung im Rahmen der Flächennutzungsplanung angestrebt wird. In Flächennutzungsplänen (FNP) oder Sachlichen Teil-FNP werden Konzentrationsflächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen, um möglichen Konflikten frühzeitig zu begegnen.

Beispielhaft sei erwähnt, dass die Gemeinden des Amtes Dahme/Mark nunmehr flächendeckend für das gesamte Amtsgebiet Flächennutzungspläne ins Verfahren gebracht haben, die auch Konzentrationsflächen für die Nutzung von Windenergie ausweisen. Die Gemeinde Am Mellensee hat sich mit der Problematik im Rahmen eines Sachlichen Teil-FNP „Windenergieanlagen“ auseinandergesetzt.

Bei Anfragen von Bürgern, Ämtern und Gemeinden sowie Planungs- und Gutachterbüros zu sonstigen planungsrechtlichen Problemstellungen wurden regelmäßig Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Eine weitere Entwicklung zur Nutzung regenerativer Energien konnte erneut auch im Rahmen von Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) festgestellt werden. So wurden wiederum mehrere Verfahren zur Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Biomasse planungsrechtlich begleitet.

Bauplanungsrechtliche Stellungnahmen zu größeren bzw. planungsrechtlich komplizierten Bauanträgen/Bauvoranfragen oder Anträgen mit besonderer Konfliktlage wurden im Beteiligungsverfahren erarbeitet.

Auf der Grundlage der Städtebauförderungsrichtlinien des Landes begleitete das Kreisentwicklungsamt sowohl als Fachbehörde als auch als Bündelungsbehörde des Landkreises Förderungs- und Förderungsfortführungsanträge mehrerer kreisangehöriger Städte. Positionierungen erfolgten darüber hinaus auf Anfrage der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Bundesanstalt für Grundstücksverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH, insbesondere zu Entwicklungsabsichten der WGT-Liegenschaften.

Die im Rahmen eines Bundes-Forschungsprogrammes 2009 begonnene **Sportentwicklungsplanung** wurde fortgeführt. Für das erste Halbjahr 2012 ist der Abschluss der Planungsarbeiten mit gemeinsamer Erklärung der Kommunen zu Zielen und Maßnahmen der künftigen kommunalen und integrativen Sportentwicklungsplanung im Landkreis vorgesehen.

In Zusammenarbeit mit dem Bauamt erfolgte die verfahrenstechnische Begleitung und Umsetzung der Förderrichtlinie zum Konjunkturpaket II mit termingerechtem Abschluss der Verfahren nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz. Zudem wurde die Sportförderrichtlinie des Landkreises überarbeitet, die der Kreistag in seiner Dezembersitzung in ihrer neuen Fassung beschloss (Nr. 4-1087/11-IV).

Im Rahmen der übergeordneten **Raumentwicklungsplanung** erfolgten unter Einbeziehung einzelner Fachämter weitere Abstimmungen und Zuarbeiten zu den weiterentwickelten Planungskriterien des in Aufstellung befindlichen Regionalplanes 2020 der Region Havelland-Fläming. Im Scopingverfahren wurden die aus kreislicher Sicht im weiteren Verfahren zu berücksichtigenden Belange federführend zusammengestellt. Die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens für den neuen Regionalplan, der auch Festlegungen zur Steuerung der Windenergienutzung treffen wird, ist nunmehr für das erste Halbjahr 2012 vorgesehen.

Das Modellvorhaben der Raumordnung „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ wurde abgeschlossen. Im Rahmen der Projektbearbeitung innerhalb der Planungsregion Havelland-Fläming erfolgte eine ämterübergreifende Mitwirkung der Kreisverwaltung. Zu einzelnen Wirkungskomplexen des Klimawandels wurden Handlungserfordernisse abgeleitet und entsprechende Empfehlungen zusammengestellt. Diese sind im Rahmen der AG Klima in die kreisliche Diskussion eingebracht, erörtert und teilweise als Tätigkeitsfelder in das Klimaschutzprogramm des Landkreises übernommen worden.

Das Kreisentwicklungsamt war wiederum für die Sitzungsdienste des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung zuständig. Es wurden 9 ordentliche Sitzungen und eine Sondersitzung fachlich abgesichert und durchgeführt. Darüber hinaus erfolgte die Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe des Landkreises einschließlich der Protokollierung der vierzehntägig stattfindenden Sitzungen.

Alle Planungen und Vorhaben wurden darüber hinaus durch das geografische Informationssystem (GIS) unterstützt. Schwerpunkte hierbei waren die Arbeit an GIS-Datenbanken der Bauleitplanung, der Schulentwicklung, der Rad-/Wanderwege und der Buslinien des VTF sowie deren Aufbereitung und Bereitstellung für das Intranet und Internet. Bei der Erstellung kreislicher Flyer und der Veröffentlichung von Kartenmaterial wurde erneut mitgewirkt.

Folgende ämterübergreifende Tätigkeiten waren darüber hinaus abzusichern:

- Erstellen von GIS-Themen für Ämter ohne GIS-Kompetenz
- Aufbereiten/Austauschen von GIS-Daten innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung mittels neuer Datenformate
- Bereitstellung und Aktualisierung einer kostenfreien digitalen Kartengrundlage (OpenStreetmap) für Veröffentlichungen
- Optimierung kostengünstiger Techniken (GPS) zur digitalen Übernahme von z. B. Wegen und Beschilderungen in das GIS
- Mitwirken an der Planung und Umsetzung der Pilotprojekte „Fläming-Skate“ und „Kreisentwicklung“ für das Internet-Portal der Kreisverwaltung (WEB-GIS)
- Ausbau neuer GIS-Techniken für effektivere Arbeitsabläufe

➤ *Höhere Verwaltungsbehörde*

Dem Landkreis obliegt gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung seit nunmehr über 10 Jahren die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Baugesetzbuch. Die entsprechende Prüf- und Beratungstätigkeit zu allen Fragen des Planungsrechts sowie den damit in Zusammenhang stehenden Nachbardisziplinen wurde in bewährter Weise weitergeführt. Bauleitpläne, sonstige Satzungen sowie planungsrechtliche Einzelfragen waren Gegenstand der Beurteilung. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit erstreckte sich auf andere Verwaltungsstellen, Planer, Investoren wie auch sonstige Dritte.

Im Vordergrund standen hierbei abermals Änderungen von insbesondere Flächennutzungsplänen und Planungen zu erneuerbaren Energien. Fragen zur Steuerung der Ansiedelung von Windkraftanlagen genossen eine sehr hohe Priorität. Grundsatzfragen seitens der Kommunen, Planer und sonstiger Dritter, auch zu nicht vorlagepflichtigen Vorgängen außerhalb der Prüfverfahren, wurden ebenfalls erörtert.

Widersprüche und Klageverfahren sind nicht anhängig.

Der bestehende gute Kontakt zur zuständigen Sonderaufsichtsbehörde, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, wurde in konstruktiver Weise gepflegt. Dies erfolgte u. a. in Form neuerlichen, gemeinsamen Auftretens als Referenten aus der Praxis im Rahmen von Fortbildungsseminaren des Volksheimstättenwerkes.

## Kataster- und Vermessungsamt

➤ *Einführung des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS)*

Nachdem die Projekte IPL, Probemigration und Gebäudedatenverschneidung planmäßig abgeschlossen wurden, konnte das Jahr intensiv genutzt werden, um praktische Erfahrungen mit der ALKIS-EQK zu sammeln. Der Informationsaustausch mit dem ALKIS-Team in Frankfurt (Oder), in Arbeitsgruppen und Workshops war dabei sehr wichtig und hat zu mehr Sicherheit in der Benutzung der EQK geführt. Die künftige Organisation der Geschäftsprozesse von Fortführungen im Kataster war, soweit wie möglich, Gegenstand der Diskussion und Vorbereitung auf das 2012 zu erwartende System ALKIS.

Bis zur ALKIS-Einführung bleibt es ein Arbeitsschwerpunkt, die Qualität und Konsistenz der ALK- und ALB-Daten migrationsfähig vorzuhalten.

➤ *Geometrieverbesserung*

Arbeiten zur Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte wurden weiterhin kontinuierlich ausgeführt. Für ca. 10% der Kreisfläche konnten geeignete lokale Messungen durch örtliche Untersuchung und mit den Komponenten Systra / Geograph / KIVID in das System ETRS 89 überführt werden.

➤ *Neue Vermessungsgebührenordnung und Vermessungsentgeltverzeichnis ab 01.10.2011*

Dem Inkrafttreten der Vermessungsgebührenordnung und des Vermessungsentgeltverzeichnisses sind umfangreiche Diskussionen und Stellungnahmen vorausgegangen. Seit Oktober gilt es, die neuen Tarifstellen sicher anzuwenden.

➤ *Gutachterausschuss für Grundstückswerte*

Die am 1. Juli 2010 in Kraft getretene Immobilienwertermittlungsverordnung stellt neue Anforderungen an die Gutachterausschüsse, insbesondere an die Ermittlung der Bodenrichtwerte. Diese sind künftig zonal und flächendeckend für alle Entwicklungsstufen zu ermitteln und zu veröffentlichen. An der Umsetzung der neuen Anforderungen der 2010 in Kraft getretenen Immobilienwertverordnung wird kontinuierlich gearbeitet. Die Mitglieder des Gutachterausschusses wurden bei der Ermittlung und Auswertung von Marktindikatoren und ergänzenden Informationen aus ihrer gutachterlichen Praxis einbezogen.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Gutachterausschusses war im Jahr wiederum die Erstellung von Entschädigungsgutachten, die durch das voranschreitende Baugeschehen der neuen Bundesstraßen B 101 und B 96 und der damit einhergehenden Eingriffe in das Eigentum durch die Enteignungsbehörde beantragt wurden.

Die Ermittlung von besonderen Bodenrichtwerten in zwei Sanierungsgebieten in Luckenwalde konnte im Juni zum Abschluss gebracht werden. Vorbesprechungen und die Konstituierung des GAA für die Aktualisierung der besonderen Bodenrichtwerte in den Sanierungsgebieten Jüterbog und Dahme/Mark sind angelaufen und werden 2012 beschlossen.

➤ *Ausbildung*

Mit drei eigenen und drei externen Auszubildenden wurde eine Vielzahl von Fachthemen innerhalb der gegründeten Unterweisungsgemeinschaft „Teltow-Fläming“ behandelt. Unterstützt wurde die Verwaltung von kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, die sich bereit erklärten für einzelne Themen als Referent aufzutreten. Die Unterweisungsgemeinschaft hat sich als gewinnbringend für die Ausbildung der Vermessungstechniker erwiesen.

Die Möglichkeit, den Ausbildungsberuf „Vermessungstechniker“ im Kataster- und Vermessungsamt der Kreisverwaltung zu erlernen, wurde mehrfach, u.a. beim „Zukunftstag“ unter Einbeziehung der Auszubildenden, präsentiert. Jugendliche nutzten daraufhin bereits mehrfach die Möglichkeit eines Schülerpraktikums bzw. bewarben sich um einen Ausbildungsplatz als Vermessungstechniker.

## ➤ *Antragsstatistik*

- Im Jahre wurden ca. 5.400 schriftliche und mündliche Anträge auf Erteilung von Auszügen aus der Liegenschaftskarte oder von Eigentumsnachweisen gestellt und bearbeitet. Die damit wiederum angestiegene Antragslage zeigt das weiter wachsende Interesse vieler Branchen an der Nutzung von Geobasisdaten.
- Eine Vielzahl von Kunden hat sich durch die Einführung von digitalen Systemen in der Vermessungsverwaltung auf die Auskunftserteilung in digitalen Formaten umgestellt und setzt Graphische Informationssysteme ein. Flurkarten in digitalen Formaten wurden von insgesamt 31.000 km<sup>2</sup> Kreisfläche verkauft.
- Voreigentümerrecherchen wurden für ca. 1.800 Antragsteller erarbeitet.
- Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 900 Anträge auf Unterlagenerteilung erarbeitet.
- Die örtliche Messtätigkeit des Amtes wird durch drei Messtrupps erledigt. Sie bildet die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist auch künftig eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.
- 848 Vermessungsschriften wurden durch Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure oder durch das Amt selbst zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und in die Katasternachweise übernommen. Die Fortführungsvermessungen sind nach ca. einem Monat in das Liegenschaftskataster eingearbeitet.

## Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde

### Untere Bauaufsichtsbehörde

Das Jahr 2011, insbesondere das zweite Halbjahr, kann für den Bereich der Bauaufsicht als Jahr der inneren Konsolidierung bezeichnet werden. Die Stellen der Sachgebietsleiter beider Sachgebiete konnten nach langer Zeit wiederbesetzt werden. Das war dringend notwendig, um die dauerhafte organisatorische Konsistenz und Verlässlichkeit zu gewährleisten. Eine Verbesserung der regelmäßigen Arbeitsorganisation war gegen Ende des Jahres bereits deutlich spürbar.

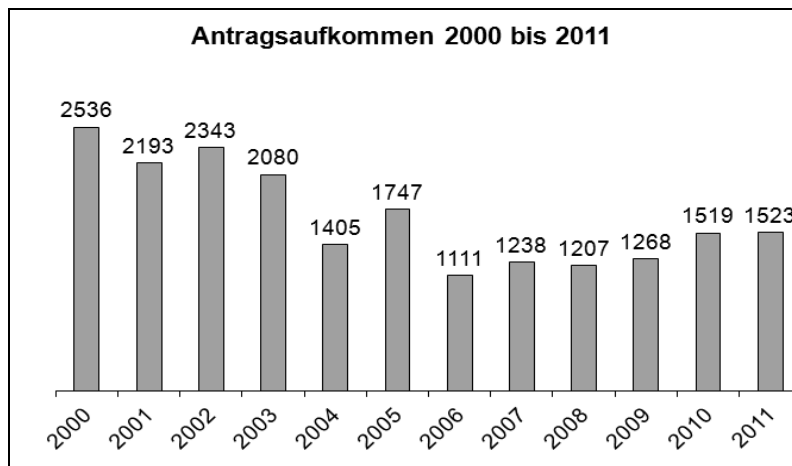
Darüber hinaus sind aber weitere organisatorische Veränderungen geplant. Die Struktur der technischen Bauaufsicht wird gestrafft, damit sind auch Stelleneinsparungen verbunden, die (im Vergleich mit den 90er Jahren) dem reduzierten Arbeitsaufkommen Rechnung tragen und den Kreishaushalt entlasten. Sorge bereitet allerdings nach wie vor ein sehr hoher Krankenstand. Die teilweise sehr langen Arbeitsausfälle können nicht immer kompensiert werden.

Großen Raum nahm die Diskussion um eine vom Minister des Inneren durchgeführte Querschnittsprüfung der Unteren Bauaufsichtsbehörden ein. Diese hat das Ergebnis gebracht, dass landesweit die Behörden unterfinanziert sind. Die Gebühreneinnahmen durch die vergleichsweise geringer gewordene Bautätigkeit können überall im Land nicht mehr in dem Maße die Personalkosten auffangen, wie das wünschenswert wäre. Über Ursachen und Verbesserungspotenziale wird gegenwärtig u.a. auf der Ebene des Landkreistages diskutiert.

Die Bautätigkeit bewegt sich etwa auf dem Vorjahresniveau, es gibt eine geringe Steigerung zum Vorjahr, auch die Gebühreneinnahmen sind im vergangenen Jahr um rund 11 % angestiegen. Bemerkenswert ist auch die Höhe der „verlorenen Gebühren“, also die gebührenfreie Prüftätigkeit der Bauaufsicht, von 140.388,00 €, das sind rund 10 % der Jahreseinnahmen der Bauaufsicht aus Genehmigungsverfahren. Der Verlust dieser Einnahmen ist Ergebnis des Umstands, dass Bauanträge der Städte und Gemeinden gebührenfrei sind.



Nachfolgend ein Überblick über die statistische Entwicklung des Antragsaufkommens und in dessen Folge auch der Bautätigkeit im Landkreis:



Auch für dieses Jahr bleibt es dabei, dass im Norden des Landkreises, auf einem Drittel der Kreisfläche, nahezu doppelt so viel gebaut wird wie im Süden.

### Bautätigkeit

(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

	Gemeinde/Amt	Anträge	in %	EW	je 100 EW	Fl km <sup>2</sup>	Anteil je km <sup>2</sup>
engerer Verflechtungsraum	Blankenfelde-Mahlow	256	26,2	25902	1,0	55	4,7
	Großbeeren	147	15,0	7566	1,9	52	2,8
	Rangsdorf	144	14,7	10553	1,4	34	4,2
	Trebbin	108	11,1	9272	1,2	126	0,9
	Zossen	152	15,6	17627	0,9	180	0,8
	Ludwigsfelde	170	17,4	24063	0,7	109	1,6
		<b>977</b>		<b>94983</b>	<b>1,0</b>	<b>556</b>	<b>1,8</b>

äußerer Entwicklungsraum	Baruth	50	9,2	4206	1,2	232	0,2
	Dahme	52	9,5	6550	0,8	251	0,2
	Am Mellensee	81	14,8	6448	1,3	104	0,8
	Niederer Fläming	31	5,7	3240	1,0	185	0,2
	Niedergörsdorf	40	7,3	6267	0,6	205	0,2
	Nuthe-Urstromtal	83	15,2	6741	1,2	338	0,2
	Jüterbog	59	10,8	12630	0,5	176	0,3
	Luckenwalde	150	27,5	20459	0,7	46	3,3
		<b>546</b>		<b>66541</b>	<b>0,8</b>	<b>1537</b>	<b>0,4</b>

	<b>1523</b>	<b>161524</b>	<b>0,9</b>	<b>2093</b>	<b>0,7</b>
--	-------------	---------------	------------	-------------	------------

## Bautätigkeit

(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

Gemeinde/Amt	2007	2008	2009	2010	2011	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2009 zu 2010	2010 zu 2011
Blankenfelde-Mahlow	222	208	215	240	256	-6,3	3,4	11,6	6,7
Großbeeren	67	68	90	80	147	1,5	32,4	-11,1	83,8
Rangsdorf	114	122	111	150	144	7,0	-9,0	35,1	-4,0
Trebbin	83	86	84	88	108	3,6	-2,3	4,8	22,7
Zossen	173	121	143	162	152	-30,1	18,2	13,3	-6,2
Ludwigfelde	107	126	136	222	170	17,8	7,9	63,2	-23,4

Baruth	42	40	42	36	50	-4,8	5,0	-14,3	38,9
Dahme	42	49	52	51	52	16,7	6,1	-1,9	2,0
Am Mellensee	78	59	69	89	81	-24,4	16,9	29,0	-9,0
Niederer Fläming	19	26	31	35	31	36,8	19,2	12,9	-11,4
Niedergörsdorf	39	31	36	45	40	-20,5	16,1	25,0	-11,1
Nuthe-Urstromtal	69	57	57	76	83	-17,4	0,0	33,3	9,2
Jüterbog	68	63	66	73	59	-7,4	4,8	10,6	-19,2
Luckenwalde	115	151	136	172	150	31,3	-9,9	26,5	-12,8

gesamt	1238	1207	1268	1519	1523	-2,5	5,1	19,8	0,3
--------	------	------	------	------	------	------	-----	------	-----

Von Bauherrn, Planern und Bürgern wieder in sehr großem Umfang und gern genutzt wurde die Möglichkeit der telefonischen und schriftlichen Anfragen, um bauplanungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Fragen allgemeiner Natur und spezieller Art zu klären. Neben Fragen zu geplanten oder bereits errichteten Vorhaben ging es dabei nicht selten um Klärungsbedarf nachbarlicher Probleme. Eine zunehmende Zahl von Anfragen erreichte das Sachgebiet per E-Mail, was sich als schnelles und anschauliches Instrument der Informationsübermittlung erwiesen und bewährt hat.

Weiterhin von Bauherrn und Planern gern in Anspruch genommen sind die umfangreichen gemeinsamen Beratungen, z.T. zusammen mit anderen Fachbehörden, insbesondere im Vorfeld der Planungen größerer Bauvorhaben. Oft konnten bereits vor Einreichung eines Bauantrages Probleme erkannt und gelöst werden. Die Prüfungen von Vorhaben sind z.T. durch weitere erlassene oder geänderte Vorschriften umfangreicher geworden (z.B. Vorschriften zum Brandschutz, Energieeinsparverordnung – EnEV, Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz – EEWärmeG). Auch im Zusammenhang mit dem Ausbau des Verkehrsflughafens Berlin-Schönefeld sind vermehrt Anfragen bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde eingegangen, die sich überwiegend mit Problemen des Schallschutzes befassen.

Auch im Berichtsjahr lässt sich wieder an bestimmter Bautätigkeit die Entwicklung des Landkreises in bestimmten Bereichen ablesen. Nennenswerte gewerbliche Bauvorhaben sind dabei z.B. die Errichtung des Rolls-Royce Logistics Centre Dahlewitz mit einem Investitionsvolumen von über 7 Mio. €, die Errichtung eines Betriebshofes des Dienstleistungsunternehmens Süd/Ost der Firma „RUWE“ (ein Unternehmen für Winterdienst, Gebäude-, Straßen- und Flächenreinigung) im Gewerbegebiet Groß Kienitz sowie der Neubau eines Lebensmittelmarktes in Rangsdorf und der Neubau eines Einkaufsmarktes in Mellensee.

Für den Bereich Bildung und Soziales sind beispielsweise der Umbau und die Sanierung der Grundschulen in Rangsdorf und Glienicke sowie die Modernisierung und der Umbau des Turnhallegebäudes der Gebrüder-Grimm-Grundschule in Ludwigsfelde zu nennen. Auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung entsteht durch Umnutzung und Umbau einer ehemaligen Bettenstation am DRK-Krankenhaus Luckenwalde eine Schule für Gesundheitsberufe und den Beruf zur Altenpflege. Beachtenswert ist der Neubau eines Bildungszentrums für Biologie und Chemie im Biotechnologiepark Luckenwalde, der bereits 5 Monate nach Bauantragstellung fertiggestellt (!) wurde.

Auch kommunale Verwaltungen werden bald in neuen Räumlichkeiten Einzug halten. So wurden 2011 gleich drei Rathausneubauten beantragt und genehmigt, nämlich in Rangsdorf, Blankenfelde-Mahlow und in Klausdorf.

Diverse Genehmigungsverfahren für Freiflächen-Solarparks zeigen unseren Landkreis als Entwicklungsregion für Standorte zur Gewinnung alternativer Energie. So war zu Jahresbeginn die Genehmigung für einen Freiflächen-Solarpark in der Waldstadt mit einem Investitionsvolumen von über 16 Mio. € erteilt worden. Trotz anfänglicher planungsrechtlicher Schwierigkeiten ist ein positiver Ausgang des Baugenehmigungsverfahrens für einen Freiflächen-Solarpark in Jüterbog mit einem Investitionsvolumen von über 8 Mio. € zu verzeichnen. Eine Erweiterung findet neben dem schon in 2010 genehmigten und errichteten Photovoltaik-Kraftwerk in Frankenförde statt. Auch hier betrug die Investition nicht unerhebliche knappe 4 Mio. €.

## Untere Denkmalschutzbehörde

### ➤ *Denkmalliste*

Wie im vergangenen Jahr wurden auch 2011 nur wenige Denkmale neu in die Landesliste eingetragen. Daraus folgt, dass nach wie vor zahlreiche Denkmale nicht in der Liste verzeichnet sind.

Die Änderungen der Denkmalliste ergeben sich aus den folgenden Tabellen:

### *Eintragungen in die Denkmalliste*

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift/Objekt	Eintragung
1	Am Mellensee	Sperenberg, Karl-Fiedler-Straße 12, Wirtschaftsgebäude	12.01.2011
2	Am Mellensee	Sperenberg, Karl-Fiedler-Straße 11, Gasthof "Zum Alten Krug" mit Saalanbau	17.02.2011
3	Rangsdorf	Rangsdorf, Unter den Eichen 11, Wohnhaus Ludomer mit straßenseitiger Einfriedung	14.06.2011
4	Am Mellensee	Klausdorf, Am Park 1, Villa Fasskessel mit Nebengebäude	04.07.2011
5	Luckenwalde	Luckenwalde, Theaterstraße 15a, Bunker	11.07.2011
6	Am Mellensee	Rehagen, Rehagener Hauptstraße 19, Dorfschule	19.08.2011
7	Zossen	Zossen, Stubenrauchstraße 70, Druckerei mit Wohn- und Bürogebäude sowie Setzerei- und Druckereihalle	15.11.2011
8	Baruth/Mark	Baruth, Walther-Rathenau-Platz 9, Wohnhaus mit Nebengebäude	24.11.2011
9	Luckenwalde	Luckenwalde, Breite Straße, Fußgängerzonengestaltung ("Boulevard")	28.11.2011
10	Dahme/Mark	Gebersdorf, Dorfstraße 21, Herrenhaus	05.12.2011

### *Präzisierungen des Schutzzumfanges*

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	präzisierte Bezeichnung	erweitert am
1	Luckenwalde	Gartenstraße 9b	Villa mit Einfriedung, Garage und Kontorgebäude	29.03.2011
2	Luckenwalde	Lindenallee 3 - 5	Katholische Pfarrkirche St. Joseph, Pfarrhaus und Schulgebäude	16.12.2011
3	Luckenwalde	Poststraße 19	Postgebäude mit Einfriedung und Hofpflasterung	19.12.2011

### *Löschungen aus der Denkmalliste*

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift/Objekt	gelöscht am
1	Jüterbog	Jüterbog, Mönchenkirchplatz 3, Wohnhaus	16.12.2011

### *Zusammenfassung von Positionen der Denkmalliste*

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	Neue Bezeichnung	zusammengefasst am
1	Jüterbog	Am Dammtor 16	Zisterzienserinnen-Klostergebäude mit Amtshaus und Kreisverwaltung sowie Einfriedung	16.12.2011

Die Eintragung von Bodendenkmalen erfolgte im Jahr aufgrund der personellen Engpässe in der Denkmalfachbehörde nur sehr schleppend. Derzeit sind 85 % der Eigentümer von Bodendenkmalen benachrichtigt. Im Juli erfolgten wieder öffentliche Bekanntmachungen über den Schutzstatus von Bodendenkmalen über ein Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming. Damit sind jetzt alle 6 historischen Stadtkerne und 179 historische Dorfkern als Bodendenkmale unter Schutz gestellt.

#### ➤ *Eigentümerwechsel*

Immer wieder kann die Erfahrung gemacht werden, dass auch für vermeintlich aussichtslose Fälle Eigentümer gefunden werden. So waren es beispielsweise die Villa am Elsthal und ein Mehrfamilienhaus in der Großen Weinbergstraße in Luckenwalde, die nach jahrelangem Leerstand einen neuen Eigentümer fanden. Auch in Jüterbog ergaben sich für zwei wichtige Denkmale neue Perspektiven: ein Fachwerkhaus am Planeberg soll zu einer Kindertagesstätte umgebaut werden und ein Gebäude in der Zinnaer Straße wird als Wohngebäude umgebaut.

#### ➤ *Ersatzvornahmen*

Da in diesem Jahr keine Mittel für Ersatzvornahmen bereitstanden, wurden keine Maßnahmen durchgeführt.

#### ➤ *Förderung*

Wie in den Vorjahren wurden Zuwendungen für Maßnahmen des Denkmalschutzes für den Haushalt, diesmal in Höhe von 100.000 €, vorgesehen. Die Mittel wurden jedoch im Zuge der Haushaltseinsparungen komplett gestrichen, sodass keine der 21 beantragten Maßnahmen vom Kreis gefördert wurden. Die ausgebliebene Förderung führte leider dazu, dass einige Modernisierungen und

Instandsetzungen nicht in Angriff genommen wurden. Beantragt waren Zuschüsse in Höhe von insgesamt 208.362 €, das Gesamtvolumen der Baumaßnahmen hätte 5.134.591 € betragen.

➤ *Begonnene, fortgesetzte und erfolgreich abgeschlossene Projekte in Auswahl*

- Begonnene Vorhaben
  - Post- und Güterbahnhof Luckenwalde
- Fortgesetzte Vorhaben
  - Altes Schloss („Frauenhaus“) in Baruth
  - Gutsanlage Stülpe
  - Kirchen in Luckenwalde (St. Jakobi), Baruth (St. Sebastian), Heinsdorf, Niebendorf, Gröben, Schlenzer
  - Jüterboger Str. 23/25, so genannte Grafschaft in Kloster Zinna
  - Hutfabrik Steinberg-Hermann von Erich Mendelsohn
- Abgeschlossene Vorhaben:
  - Fachwerkhaus mit Oberlaube, Mönchenstr. 50 in Jüterbog
  - Remise, Am Nuthepark 1 in Luckenwalde
  - Villa, Schützenstr. 45 in Luckenwalde
  - Ackerbürgerhaus, Zinnaer Str. 35 in Luckenwalde, Hüllensanierung
  - Kirche Trebbin (St. Marien) und Dorfkirche Siethen
  - Hegemeisterhaus in Glashütte
  - Hauptstraße 16, Wohn- und Geschäftshaus in Dahme

➤ *Bodendenkmalpflege*

Großflächige Ausgrabungen finden meist im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen statt. In Vorbereitung für den Ausbau der B101n fand im Bereich der Abfahrt nach Großbeuthen eine Ausgrabung statt. Dabei wurden Siedlungsgruben und drei Bestattungen der Germanenzeit (2.- 4. Jahrhundert n. Chr.) und mittelalterliche Wagenspuren einer alten Handelsstraße freigelegt. Im Bereich der Ortsumgehung Mahlow zwischen dem alten Dorfkern und dem Ortsteil Waldblick wurde eine ausgedehnte Siedlung der späten Bronzezeit (ca. 1000 – 700 v. Chr.) teilweise ausgegraben.

Dass auch neuzeitliche Befunde Bodendenkmalcharakter haben, belegen die Ausgrabungen, die in Luckenwalde stattfanden. Dort befand sich bis 1945 das Kriegsgefangenenlager STALAG IIIA, von dem es kaum noch archivalische Quellen gibt. Im Rahmen der archäologischen Untersuchungen wurden zahlreiche Funde wie Erkennungsmarken, Taschenuhren mit Gravuren und andere Funde entdeckt, die sich konkret einzelnen Personen zuordnen lassen. Etliche Funde wurden dem Heimatmuseum Luckenwalde überlassen und dienen nun als Exponate zur Ausstellung über das Kriegsgefangenenlager.

➤ *Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit*

Die Verleihung der Denkmalpflegepreise fand in der Alten Schmiede in Kloster Zinna statt. Damit wurde die Tradition fortgesetzt, für die Übergabe des Preises Gast bei einem Vorjahressieger zu sein. Ausgezeichnet wurde Herr Schmidt (Fa. Oehmland) für die nachhaltige Sanierung vieler Baudenkmale, der Förderverein Oberlaubenstall Borgisdorf für die Erhaltung und den Umbau des Oberlaubenstalls in Borgisdorf und Herr Dr. Schenk für sein Engagement auf Lehrgrabungen der HTW Berlin im Landkreis Teltow-Fläming.

Pünktlich zum Tag des offenen Denkmals erschien zum dritten Mal der Kalender der unteren Denkmalschutzbehörde, der das bewährte Konzept beibehielt und jeden Monat ein Detail eines Denkmals zeigt, das in seiner Gesamtansicht in einem kleineren Foto mit einem kurzen Erläuterungstext vorgestellt wird.

Der 14. Archäologentag Teltow-Fläming fand im Februar in Baruth statt. Die Stadt Baruth hatte sich aktiv um die Ausrichtung dieser Veranstaltung bemüht und den Vortragssaal kostenlos zur Verfügung gestellt. In acht Vorträgen wurden aktuelle Funde und Forschungen des Vorjahres präsentiert. Es kamen ca. 180 Gäste zum Archäologentag, und die Diskussionen im Anschluss an die Vorträge spiegeln das gestiegene Interesse an der archäologischen Denkmalpflege wider.

➤ *Projektgruppe Kummersdorf*

Seit Bestehen der Projektgruppe werden die Arbeitsergebnisse jedes Jahr im Herbst öffentlich präsentiert, so auch 2011. Das für die Liegenschaft erarbeitete Konzept ist inzwischen nahezu fertiggestellt und legt auf über sechzig Seiten Potenziale des Geländes, Strategien sowie Entwicklungs- und Finanzierungsmöglichkeiten für eine Nutzung als Museum in der Natur dar. Die Projektgruppe steht in engem Kontakt zu den beiden Standorten Peenemünde und Mittelbau-Dora, die historisch, inhaltlich und konzeptionell mit Kummersdorf verbunden sind. Gegenseitige Besuche, Führungen und inhaltliche Abstimmungen waren wichtige Schritte, das Projekt voranzubringen.

# Dezernat V

## Jugendamt

### 1. Schwerpunkte und Verwaltungsstruktur

Ein wesentlicher Schwerpunkt in der Tätigkeit des Jugendamtes bestand in den Verhandlungen mit den Kommunen zur nachhaltigen Kita-Finanzierung. Bis Ende des Jahres 2010 erfolgte mit fast allen Kommunen und dem Amt Dahme/Mark die Bezuschussung der Kindertagesbetreuung in Kita und Horten über Pauschalen je betreutem Kind, die in den öffentlich-rechtlichen Verträgen vereinbart worden waren. Die Fortsetzung einer Pauschalierung des Kreiszuschusses fand jedoch bei den Bürgermeister/innen und dem Amtsdirektor keine Mehrheit. Letztlich bestanden die Kommunen auf einer Bezuschussung der Kindertagesbetreuung durch den Landkreis gemäß den Regelungen des Kita-Gesetzes. Für den Landkreis sind damit im Vergleich zu der bislang geltenden Regelung zur Finanzierung in 2011 Mehrbelastungen von mindestens 4,5 Mio. € entstanden.

Positiv ist allerdings anzumerken, dass nunmehr mit allen Kommunen der gleiche öffentlich-rechtliche Vertrag abgeschlossen werden konnte, nachdem in der Vergangenheit ganz unterschiedliche Regelungen zur Aufgabenübertragung an die Kommunen bestanden haben.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit des Jugendamtes waren:

- Prüfung der Bezuschussung von Sach- und Betriebskosten durch den Landkreis im Rahmen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ( s. Ausführungen im Sachgebiet „Jugend- und Familienförderung“)
- Notwendige Veränderungen im Jugendamt, die den Regelungen des neuen Vormundschaftsgesetzes geschuldet sind ( s. Ausführungen im Sachgebiet „Unterhalt“)
- Überprüfung von Kosten und Wirksamkeit im Bereich Hilfen zur Erziehung ( s. Sachgebiet „Familienunterstützende Hilfen“)

Insbesondere die Überprüfung der Hilfen zur Erziehung wird auch weiterhin im Fokus stehen, auch weil die Haushaltssituation ein Wachsen der Ausgaben in diesem Bereich kaum zulässt.

Strukturell ist der Zuschnitt der Sachgebiete leicht verändert worden. Der Sachbereich „Vormundschaften“ wurde aus dem Sachgebiet „Jugend- und Familienförderung“ in das Sachgebiet „Unterhalt“ verlagert. Ursächlich hierfür war die Feststellung der sachlichen und fachlichen Nähe des Sachbearbeiters Vormundschaften/Pflegschaften zu dem Sachbearbeiter Beistand, der im Sachgebiet angesiedelt ist. Insbesondere zur Erfüllung der Vorgaben und Anforderungen des neuen Vormundschaftsgesetzes war ein solcher Schritt geboten, da aus der Zusammenlegung beider Sachbereiche in ein Sachgebiet Synergieeffekte im Personalbereich zu erwarten sind.

## 2. Amtsleitung

### ➤ *Kinderschutzkoordination*

#### *Regionalkonferenzen und Fachtag Kinderschutz*

Im Berichtszeitraum fanden unter Moderation der Kinderschutzkoordinatorin in jedem der vier Sozialräume zwei Regionalkonferenzen statt. Die Vorstellung einzelner Institutionen/Professionen und der intensive Erfahrungsaustausch wurden fortgesetzt. Weitere Netzwerkpartner konnten gewonnen werden. So haben sich Lerntherapeuten und Ergotherapeuten in den verschiedenen Sozialräumen am Netzwerk Kinderschutz beteiligt.

Ergebnisse der Regionalkonferenzen waren eine bessere Zusammenarbeit der Netzwerkpartner untereinander und die Nutzung der vorhandenen Angebote und Ressourcen vor Ort. Das bessere Wissen voneinander ist auch in den nächsten Jahren weiterhin ein Ziel in der Netzwerkarbeit, um sogenannte „kurze Wege“ zu ermöglichen und enger zusammen zu arbeiten. Hierfür ist es weiterhin notwendig, dass auch die Trägerverantwortlichen Zeit für fallungebundene Arbeit, wie sie die Netzwerkarbeit darstellt, in die Gesamtaufgaben ihrer Mitarbeiter einplanen.

Im November fand der dritte Fachtag Kinderschutz Teltow-Fläming statt. Thema war der „Schutzauftrag in Kindertagesstätten“. Zu diesem Fachtag waren vor allem die Träger und Mitarbeiter aller Kindertagesstätten im Landkreis eingeladen. Inhaltlich war der Tag gefüllt mit der Bilanz der Arbeit im Netzwerk Kinderschutz Teltow-Fläming, der Beratung bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung in Kindertagesstätten und der Arbeit der insoweit erfahrenen Fachkraft/Kinderschutzfachkraft.

Die Rückmeldungen der Teilnehmer zeigten eine hohe Zufriedenheit mit den Inhalten der Fachtagung, wobei festgestellt wurde, dass die Arbeit der insoweit erfahrenen Fachkräfte noch weiter bekannt gemacht werden muss.

Zum 01.01.2012 wird das Bundeskinderschutzgesetz in Kraft treten. Dies wird gerade in Bezug auf die Arbeit mit insoweit erfahrenen Fachkräften eine Herausforderung an die Länder und Landkreise, da diese in 2012 auch über den Jugendhilfebereich hinaus von Dritten bei der Risikoeinschätzung beratend hinzugezogen werden können. In welcher Höhe dafür zusätzliche Ressourcen durch den Landkreis zur Verfügung zu stellen sind, kann gegenwärtig noch nicht eingeschätzt werden.

### ➤ *Fortbildungen*

Da die Nachfragen zum Thema „Kommunikation und Gesprächsführung“ weiterhin anhalten, wurde das Thema in weiteren Fortbildungsveranstaltungen in Kooperation mit der Volkshochschule aktiv bearbeitet. Erweitert wurde das Angebot durch Aufbaumodule zum Thema.

Besondere Nachfrage gab es zum Fortbildungsangebot „Sexuelle Misshandlung von Kindern und Jugendlichen in Familien - Dynamik, Schutz- und Hilfekonzepte“, das in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzzentrum Berlin durchgeführt wurde.

Die weitere Qualifizierung der insoweit erfahrenen Fachkräfte (ieFk) erfolgte in Form von Fortbildungsveranstaltungen und mehreren Treffen in der Arbeitsgemeinschaft ieFk. Schwerpunkt der Fortbildung war das Thema Kinder psychisch kranker Eltern.



➤ *Mitteilungen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung*

Seit 2008 ist eine ständig steigende Zahl an Mitteilungen beim Jugendamt eingegangen. Waren es im Jahre 2008 noch 83 Mitteilungen, so 2009 bereits 103, im Jahre 2010 dann 159 und im Jahre 2011 insgesamt 182 Mitteilungen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung. Zugleich hat sich die Qualität der Mitteilungen seit der Einführung des einheitlichen Mitteilungsbogens im Jahre 2009 gesteigert. Die weitere Auswertung wird bis zum Ende des ersten Quartals 2012 erfolgen.

### 3. Sachgebiet Jugend- und Familienförderung

➤ *Kindertagesbetreuung*

Der Landkreis hat mit allen amtsfreien Städten, Gemeinden und dem Amt Dahme/Mark im Jahr 2011 einen einheitlichen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Durchführung der Aufgaben nach § 12 Absatz 1 Kindertagesstättengesetz (KitaG) abgeschlossen.

Abweichend von den bis 2010 vereinbarten pauschalierten Zahlungen, erhalten nunmehr alle Träger von Kindertagesstätten, kommunale wie freie Träger, eine Bezuschussung gemäß den Regelungen des Kita-Gesetzes.

Insgesamt standen im Landkreis Teltow-Fläming (Stichtag 31.12.2011)

119 Kindertagesstätten (Kita), davon 76 in kommunaler und 43 in freier Trägerschaft, und 106 Tagespflegestellen zur Betreuung zur Verfügung.

Diese Einrichtungen wurden genutzt von

- 1.699 Kindern im Alter von 0 bis unter 3 Jahre,
- 3.821 Kindern im Alter von 3 bis Schuleintritt,
- 4.552 Kindern im Grundschulalter in Kindertagesstätten und
- 435 Kindern (überwiegend im Krippenalter) in Kindertagespflegestellen.

380 Kinder, die ihren Wohnsitz im Landkreis haben, wurden außerhalb des Landkreises betreut. Demgegenüber wurden in unserem Landkreis 385 Kinder von außerhalb betreut.

Gegenüber 2010 hat die Zahl der Kindertagesstätten um 4 zugenommen, jeweils 2 Einrichtungen in kommunaler und in freier Trägerschaft. Die Anzahl der Tagespflegestellen hat sich gegenüber 2010 von 111 auf 106 reduziert.

Die Gesamtzahl der betreuten Kinder hat sich gegenüber 2010 um 653 Kinder, von 9.854 auf 10.507 erhöht.

➤ *Kindertagespflege*

Auf Grund der Novellierung der Kindertagespflegeeignungsverordnung vom 13.07.2009 absolvierten 18 Tagespflegepersonen des hiesigen Landkreises eine Qualifizierung im Umfang von 32 Stunden und erhielten nach Abschluss des Kolloquiums das Zertifikat mit dem Titel „Qualifizierte Tagespflegeperson“. Somit haben derzeit von insgesamt 106 Tagespflegepersonen 104 die erforderliche Qualifikation.

Zwei Tagespflegepersonen befinden sich gegenwärtig noch im Qualifizierungsverfahren.

Im Arbeitskreis „Qualitätsentwicklung in der Kindertagespflege des Landkreises Teltow-Fläming“ wurde mit den Teilnehmerinnen ein Evaluationsbogen erarbeitet, der dazu dient, die Qualität der eigenen Arbeit selbst einzuschätzen und so zur Qualitätsfeststellung sowie zur Qualitätssicherung und -entwicklung beizutragen. Bei der Überarbeitung der Richtlinie 2012 soll die Verbindlichkeit und Nutzung der Anwendung des Evaluationsbogens festgelegt werden.

➤ *Kita-Praxisberatung*

Im Landkreis nehmen sieben Kindertageseinrichtungen an der Qualifizierung zur „infans“ Kita teil. Diese Qualifizierung ist eine Maßnahme, welche sich über drei Jahre erstreckt und die Einrichtungen bei der Umstellung auf das neue pädagogische Konzept unterstützen soll. Aus dem aktuellen Stand lässt sich erwarten, dass alle Einrichtungen aus dem Landkreis im Oktober 2012 diese Qualifikation erfolgreich abschließen werden.

Zur Unterstützung der Kindertageseinrichtungen, mit Schwerpunkt auf Einrichtungen unter kleiner, freier Trägerschaft, wie zum Beispiel Elternvereinen, findet seit diesem Jahr eine Konzeptwerkstatt im Landkreis statt. Diese hat das Ziel, die Einrichtungen auf dem Weg der Qualitätsentwicklung zu begleiten und zu unterstützen.

Durch eine verbesserte Kooperation zwischen dem Bereich „Kindertagesbetreuung“ aus dem Sachgebiet Jugend- und Familienförderung und der Volkshochschule, der Kinderschutzkoordinatorin und dem Gesundheitsamt konnte die Broschüre „Praxisberatung und Fortbildung 2012“ den Interessen und Wünschen der Fachkräfte entsprechend verbessert und ausgeweitet werden.

Weiterhin ist die Nachfrage und Inanspruchnahme der Praxisberatung sowohl durch die beteiligten Personen im Tätigkeitsfeld der Kindertagespflege als auch im Bereich der Kindertagesbetreuung ungebrochen.

➤ *Familienbildung (Kita/Jugendhilfeplanung)*

Die Familienbildung ist eine Leistung der Jugendhilfe (§ 2 Abs. 2, Pkt. 2 SGB VIII) und soll dazu beitragen, dass Väter, Mütter und andere Erziehungsberechtigte ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können und Wege aufzeigen, wie Konfliktsituationen in Familien gewaltfrei gelöst werden können. Das Jugendamt befindet sich derzeit im Planungsprozess zur Feststellung des Bedarfes und der erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Erziehung in der Familie (§ 16 SGB VIII).

Am 14. Dezember wurden dem Jugendhilfeausschuss die Grundsätze und Ziele der Familienbildung im Landkreis Teltow-Fläming vorgestellt. Diese sind Grundlage für die Erarbeitung einer Konzeption für die Familienförderung. Dieser Prozess ist bis zum II. Quartal 2012 abzuschließen. Im Ergebnis wird die Richtlinie zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie im Landkreis Teltow-Fläming überarbeitet und entsprechend des Bedarfes angepasst. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Prioritäres Ziel des Jugendamtes ist der Ausbau und die Qualifizierung der Familienbildung im Landkreis. Familienbildung unterstützt Väter, Mütter, andere Erziehungsberechtigte, sowie junge Menschen (§ 16 Abs. 1 SGB VIII), um deren Erziehungskompetenz zu stärken.

Die Schwerpunktsetzung „Familienbildung“ folgt damit auch den Forderungen aus dem ab 2012 geltenden Kinderschutzgesetz zu Entwicklung von Netzwerken für „Frühe Hilfen“.

➤ *Ausbau U3 (Kita / Jugendhilfeplanung)*

Gemeinsam mit der Jugendhilfeplanerin erfolgte die Realisierung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Umsetzung des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013 im Land Brandenburg vom 31. März 2008 in der Fassung der Änderung vom 22. Februar 2010“ (Richtlinie Kinderbetreuungsfinanzierung). Gemäß dieser Richtlinie werden Zuwendungen zu den Kosten für notwendige Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr gewährt.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Anträge vorgelegt:

- 10 Anträge für Baumaßnahmen
- 2 Anträge auf Ausstattungsinvestitionen von Trägern der Jugendhilfe
- 36 Anträge für Ausstattungsinvestitionen von 50 Tagespflegestellen

Am 28. Juni beschloss der Kreistag, auf Vorschlag des Jugendhilfeausschusses, die Votenliste für die Jahre 2012/2013 im verfügbaren Orientierungsrahmen von 1.204.000,00 €. Eine positive Votierung für 2012/2013 erhielten:

- Evangelische Kirchengemeinde Glasow (Erweiterungsbau evangelische Kita Mahlow)
- Gemeinde Großbeeren (Anbau Kita Ulmenstraße Großbeeren)
- Stadt Jüterbog (Sanierung und Ausstattung des Krippenbereiches in der Kita „Struppi“)
- Gemeinde Niedergörsdorf (Anbau Kleinkindbereich Familienzentrum Altes Lager)
- Gemeinde Rangsdorf (Anbau Kleinkindbereich Kita „Spatzennest“)
- 27 Kindertagespflegestellen im Landkreis für Ausstattungsinvestitionen

Mit der Votierung für 2012/2013 wurden die dem Landkreis vom Bundesministerium zur Verfügung gestellten Mittel ausgeschöpft. Damit wurden für die Jahre 2008 - 2013 3.770.000 € für den Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren im Landkreis an Träger von Kindertagesstätten und an Kindertagespflegepersonen vergeben. Die Umsetzung des Ausbaus U3 im Landkreis wird in der Fortschreibung der Kita-Bedarfsplanung ab 2013 konkret beschrieben.

➤ *Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit*

Der Landkreis förderte im Jahr 41 sozialpädagogische Fachkräfte im Bereich der Jugendarbeit- und Jugendsozialarbeit mit einem Stellenanteil von 32,5 über die „Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“ in Form von Personal- und Sachkosten. Das Stellenkontingent verteilt sich mit einem Anteil von 21,75 auf die Jugendarbeit und mit 10,75 auf die Jugendsozialarbeit/Sozialarbeit an Schule.

Die Finanzierung der Personalkosten erfolgte insgesamt in Höhe von 948.206,10 €, davon in Höhe 640.541,08 € durch Mittel des Landkreises und 307.665,02 € durch weitergereichte Landesmittel. Neben der Personalkostenförderung bezuschusste der Landkreis Sach- und Betriebskosten in Höhe von 155.021 €.

Als Auftrag aus dem Haushaltssicherungskonzept des Landkreises für den Zeitraum 2012 - 2015 überarbeitete die Verwaltung die derzeitige „Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“. Dem Vorschlag der Verwaltung, den Kommunen im Landkreis die Verantwortung zur Bereitstellung von Sach- und Betriebsmittel zu übertragen, konnte der Jugendhilfeausschuss nicht folgen. Die Diskussion um die Neuverteilung der Lasten muss mit den Kommunen und den Abgeordneten im Jugendhilfeausschuss in 2012 erneut geführt werden, um eine Regelung für die Geltung der Richtlinie ab 2013 zu finden.

Im Landkreis existieren 5 Fachkräftenetzwerke zum fachlichen Austausch, zur Angebotsabstimmung und zur Weiterentwicklung der Angebote. In diesen arbeiten die Jugendförderer aktiv mit.

Mit Stand Dezember gibt es im Landkreis 10 Freizeiteinrichtungen in kommunaler und 9 in freier Trägerschaft, weiterhin 56 Jugendräume in Selbstverwaltung und/oder Begleitung durch Fachkräfte. An 14 Standorten wird soziale Arbeit an der Schule über die Kreis- und Landesförderung geleistet.

Freizeiteinrichtungen	2011	2010
Freizeiteinrichtungen in kommunaler Trägerschaft	10	12
Freizeiteinrichtungen in freier Trägerschaft	9	8
Gesamt	19	20
Jugendräume (gesamt)	56	54

Die Jugendförderung ist Mitglied im Netzwerk für Demokratie. Die aktive Beteiligung ist ein wichtiger Beitrag zur Rechtsextremismusbekämpfung. Synergien ergeben sich aus der guten Zusammenarbeit mit Kommunen, Polizei und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz wird als übergreifendes Handlungsfeld in Form von Prävention, Information und Aufklärung als Querschnittsaufgabe über die geförderte Fachkräftestelle gewährleistet. Sucht- und Gewaltprävention waren Schwerpunkt der Arbeit. In enger Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt, wurde im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung, AK Suchtprävention eine Suchtpräventionsmesse vorbereitet und durchgeführt.

#### ➤ *Jugendberufshilfe*

Nachfolgend genannte Maßnahmen der Jugendberufshilfe konnten über die Richtlinie zur Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe aus Mitteln des Landes Brandenburg und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden:

- eine berufsvorbereitende Maßnahme für 2 Jugendliche (keine Finanzierung über § 13, nur Anforderung ESF-Mittel i. H. v. 11.432,80 €)
- eine Maßnahme „sozialpädagogische Betreuung zur beruflichen Integration“ in der PS1/ Jugendtischlerei Teltow-Fläming für 24 junge Menschen (Bereitstellung von ESF-Mittel i. H. v. 151.222,00 €)

Insgesamt standen bisher Fördermittel über den Europäischen Sozialfonds in Höhe von 162.654,80 € (Stand 27.01.2012) zur Verfügung. Hinsichtlich der Verwendungsnachweisprüfung 2011 durch die LASA Brandenburg (Terminabgabe: 30.04.2012) sind ESF-Mittel i. H. v. 8.047,00 € noch zu erwarten (lt. Bescheid werden ESF-Mittel einbehalten). Nach Feststellung des Anspruchs erfolgt dann die Überweisung.

Die Maßnahme Produktionsschule 1 (Jugendtischlerei) Teltow-Fläming wird durch ESF-Mittel gefördert. Für das Projekt mit einer Kapazität von 24 Teilnehmern lief die Förderung vom 01.09.2010 bis zum 31.12.2011. Während des Kalenderjahres 2011 waren insgesamt 61 junge Menschen in der Jugendtischlerei angemeldet.

Davon

- konnten 15 junge Menschen erfolgreich das Ziel erreichen, d. h. die Teilnehmer haben
  - die Berufsbildungsreife erreicht,
  - eine Ausbildung aufgenommen,
  - den Übergang in eine anschließende weitere berufliche Qualifizierung erreicht bzw. ein Arbeitsverhältnis aufgenommen oder

- sind auf Grund guter Leistungen in die Produktionsschule 2 (Jugendwerkstatt) gewechselt;
- verweilen 23 Teilnehmer/innen weiterhin in der Maßnahme, da diese nach dem nur einmal im Jahr stattfindenden Eingangstest (November 2010) begonnen wurde. Der Eignungstest ist Voraussetzung für das Erreichen des Schulabschlusses 2012.;
- beendeten 23 junge Menschen die Maßnahme vorzeitig. Die Beendigung der Maßnahme erfolgte in den allermeisten Fällen dadurch, dass die Teilnehmer/innen die Maßnahme nicht angetreten haben, die sozialpädagogische Betreuung demnach nicht begonnen werden konnte; Gründe hierfür sind u. a.:
  - Inanspruchnahme Elternzeit
  - fehlende Bereitschaft zur Mitarbeit
  - JVA
  - Teilnehmer/innen sind aufgrund ihrer Lebenssituation mit multiplen Problemlagen derart belastet, dass sie trotz intensiver sozialpädagogischer Unterstützungsangebote die Maßnahme nicht annehmen konnten (Rückfall in alte Lebensstrukturen, wie z. B. Drogenkonsum und Schuldenproblematik)

Neben der Jugendtischlerei (PS1) ergänzt die Jugendwerkstatt (PS2) mit 16 TN weiterhin das Angebot der Produktionsschule Teltow-Fläming. Das Projekt der Jugendwerkstatt richtet sich an junge Menschen, die für die erfolgreiche Vermittlung in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis noch eines Trainings ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit benötigen. Dieses zusätzliche Angebot wird realisiert über das Regionalbudget TF unter Beteiligung des Jobcenters und des Jugendamtes.

Eine aktive Mitarbeit der Fachkräfte des Jugendamtes erfolgte im Rahmen des Projekts „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“, welches von der Bundesagentur für Arbeit initiiert wurde. Ziel des Projekts ist die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Berufsberatung und Grundsicherung für Arbeitsuchende bei der Betreuung und Beratung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

#### 4. Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen

Das Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen setzt sich aus dem Sozialpädagogischen Dienst (SpD), einschließlich der Spezialdienste Jugendgerichtshilfe und Pflegekinderdienst sowie dem Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe zusammen.

##### ➤ *Sozialpädagogischer Dienst*

Der Sozialpädagogische Dienst bietet sozialpädagogische Beratung und Unterstützung bei Problemen innerhalb und außerhalb der Familie und vermittelt Hilfeangebote. Zudem berät er Eltern, Kinder und Jugendliche, wenn sie in der Familie nicht mehr miteinander zurechtkommen. Dies schließt eine aufsuchende Arbeit in den Familien ein, wenn die Situation dort zu eskalieren droht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen Hinweisen auf mögliche Gefährdungen des Kindeswohls nach und leiten die erforderlichen Hilfen ein. Bei einer Akutgefährdung von Kindern und Jugendlichen vermitteln die sozialpädagogischen Fachkräfte des SpD einen Platz in eine Inobhutnahmestelle.

Zum Stand 31.12. 2011 ist die Zahl der jungen Menschen und Familien, die eine erzieherische Hilfe gemäß § 27ff SGB VIII in Anspruch nahmen, gegenüber 31.12. 2010 nahezu konstant geblieben (+ 2 %), wobei der Anteil der familienersetzenden Hilfen (Vollzeitpflege, Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen) gegenüber dem Vorjahr leicht sank (- 2 %). In den Hilfen für junge Volljährige ist ebenfalls ein leichter Rückgang zu verzeichnen (-10 %).

Die Zahl der Meldungen bei Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung betrug im Berichtszeitraum 182 und stieg damit gegenüber 2010 um 14,4 % an. Die Auswertung aller Daten zu angebotenen Hilfen und

zu Inobhutnahmen infolge von Meldungen zur Kindwohlgefährdung wird gemeinsam mit der Kinderschutzkoordinatorin zum Ende des ersten Quartals 2012 erfolgen und bekannt gegeben.

➤ *Jugendgerichtshilfe*

In Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz wirkt in der Regel auch das Jugendamt mit (§ 52 Aches Buch Sozialgesetzbuch). Hierfür ist im Jugendamt des Landkreises die Jugendgerichtshilfe (JGH) als spezieller Fachdienst zuständig. Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe bringen unter anderem sozialpädagogische Gesichtspunkte in Strafverfahren vor den Jugendgerichten zur Geltung, indem sie (schriftlich und/oder mündlich) über die Beschuldigten berichten. Ebenfalls prüfen sie aber auch, ob Leistungen der Jugendhilfe eingeleitet werden sollten und ob es Alternativen zu einem förmlichen Strafverfahren gibt (Diversion). Sie nehmen Einfluss auf den weiteren Gang des Verfahrens und organisieren und überwachen gerichtlich angeordnete pädagogische Maßnahmen (§ 38 und § 50 Jugendgerichtsgesetz).

In der Rangfolge der häufigsten Straftaten stehen nach wie vor Sachbeschädigung, Diebstahl, Körperverletzung an vorderster Stelle, wobei insgesamt einzuschätzen ist, dass die Anzahl der durch die Jugendgerichtshilfe bearbeiteten Fälle gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist.

Rangfolge der 10 häufigsten Straftaten im Jahr 2011 (in Klammern 2010):

1. Sachbeschädigung: 44 (47) Delikte
2. Diebstahl: 39 (41) Delikte
3. Gefährliche Körperverletzung: 36 (81) Delikte
4. Körperverletzung: 35 (52) Delikte
5. Ladendiebstahl: 35 (57) Delikte
6. Fahren ohne Führerschein: 19 (k.A.) Delikte
7. Besonders schwerer Fall von Diebstahl: 16 (50) Delikte
8. Diebstahl geringwertiger Sachen: 14 (15) Delikte
9. Betrug: 11 (k.A.) Delikte
10. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort: 10 (k.A.) Delikte/  
Verstoß gegen das Waffengesetz: 10 (k.A. Delikte)

Die Schwerpunktbereiche (Wohnorte der Täter) der Jugendgerichtshilfe haben sich gegenüber 2010 nicht verändert. Weiterhin bilden die Städte Luckenwalde, Zossen, Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow den Schwerpunkt der Jugenddelinquenz und damit der sozialpädagogischen Fachkräfte in der Jugendgerichtshilfe.

➤ *Pflegekinderdienst*

Der Pflegekinderdienst arbeitet nach neuen Qualitätsstandards mit dem Ziel, verstärkt Pflegeeltern zu gewinnen, diese entsprechend aus- und fortzubilden und während der Dauer des Pflegeverhältnisses intensiv zu begleiten.

Dem Pflegekinderdienst des Landkreises obliegen als Spezialdienst des SpD zudem weiter die Aufgaben:

- Auswahl geeigneter Pflegepersonen und Erlaubniserteilung
- Mitwirkung beim Vermittlungs- und Anbahnungsprozess
- Begleitung und Beratung der Pflegeeltern
- Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren
- Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Anzahl und die Verteilung der Pflegestellen nach Sozialräumen sind nachfolgend dargestellt. Die Öffentlichkeitsarbeit, die Vorbereitung der Bewerber/innen und die Fortbildungen/sonstige Veranstaltungen des Pflegekinderdienstes sind in den Tabellen gleichfalls dargestellt.

## Statistische Daten

### *Pflegekinderdienst in Zahlen*

Betreute Pflegestellen	davon Verwandtenpflege	davon Kurzzeitpflege		davon Alleinerziehende
96	21	9		15
	Sozialraum I	Sozialraum II	Sozialraum III	Sozialraum IV
Anzahl Pflegeeltern	23	43	11	7

*Öffentlichkeitsarbeit: (Flyer, Plakataktionen, Presse- Medienarbeit, Ausstellungen, Informationsheft, Informationsabende, Internetauftritt)*

Jahr	Flyer	Infoabende/ Teilnehmer	Medienarbeit
2011	1	2/ 16	1

*Vorbereitung Bewerber (Einzelgespräche, Vorbereitungskurse)*

Jahr	Vorbereitungskurse	Teilnehmer
2011	2	30

*Fortbildungen/ sonstige Veranstaltungen*

Jahr	Fortbildung / Teilnehmer	Supervision	Gruppenleiterseminaren/ Teilnehmer
2011	3/ 26	14	1/ 4
Jahr		Weihnachts-, Sommer-, Herbstfest	
2011		2/ 104 Kd/ 206 PE	

### ➤ *Wirtschaftliche Jugendhilfe*

Die "Wirtschaftliche Jugendhilfe" finanziert Einzelfallmaßnahmen der Jugendhilfe. Sie stellt sicher, dass die dem Landkreis zustehenden sogenannten Ersatzleistungen und Kostenbeiträge eingehen.

### ➤ *Finanz- und Fachcontrolling*

Der in 2010 begonnene Aufbau eines internen Berichtswesens wurde fortgesetzt. Insbesondere wurde die Erstellung einer Informationsbasis für die Bereiche „Gemeinsame Wohnformen für Mutter und Kind“ sowie für die „Hilfen für junge Volljährige“ weitergeführt.

Zur Abstimmung mit den freien Trägern der Jugendhilfe und zur Entwicklung von anzuwendenden Qualitätsstandards ist die Kooperation zwischen dem Jugendamt und den freien Trägern in einer gemeinsamen „Steuerungs- und Planungsgruppe“ institutionalisiert worden. Als Ergebnis dieser Kooperation werden in 2012 die Standards für ambulante Hilfen zur Erziehung, sowie die Standards zur Verselbständigung bei Heim-/ Fremdunderbringung erneuert. Hilfen in diesen Bereichen werden ab 2012 passgenauer und in ihrer zeitlichen Wirksamkeit überprüfbarer eingerichtet.

Ausgehend von der bestehenden Datenlage zu den Hilfen zur Erziehung und vom Gesprächsdialog mit den freien Trägern, ist mit der Erarbeitung eines „Qualitätshandbuches Hilfen zur Erziehung“ begonnen worden, das dann Vorgabe und Orientierung für die Gewährung und die Durchführung von Hilfen ist.

In Bezug auf die Weiterentwicklung von Angeboten „Gemeinsame Wohnformen für Mutter/Vater und Kind nach § 19 SGB VIII“ bleibt festzustellen, dass im Landkreis im Vergleich zum Vorjahr sowohl zusätzliche Kapazitäten im stationären Bereich als auch im ambulanten Bereich geschaffen wurden. Neben der ohnehin konzeptionell bereits vorhandenen Möglichkeit der Nachbetreuung von Mutter/Vater und Kind in einer betreuten Wohngemeinschaft bzw. im eigenen Wohnraum entstanden so auch Angebote für Schwangere, junge Mütter/Väter oder auch Elternpaare, die eine ambulante Betreuung im eigenen Wohnraum - auch ohne vorherige stationäre Aufnahme - ermöglichen.

Das Interessenbekundungsverfahren zur Übertragung von Aufgaben nach §§17, 18 (3) SGB VIII konnte abgeschlossen werden. Mit 3 freien Trägern der Jugendhilfe werden mit Beginn des Jahres 2012 entsprechende Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen abgeschlossen.

Das Interessenbekundungsverfahren zur Einrichtung eines Krisennotdienstes für Kinder und Jugendliche ist mit insgesamt 7 Trägern verhandelt worden. Eine Entscheidung zur Vergabe des Krisennotdienstes wird im 2. Quartal des Jahres 2012 erfolgen. Die Aufnahme der Arbeit im Krisennotdienst ist für den 1. Januar 2013 vorgesehen.

## 5. Sachgebiet Unterhalt

### ➤ *Vormundschaftsreform*

Am 5. Juli ist das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrecht in Kraft getreten. Es beinhaltet vor allem die stärkere Berücksichtigung der Mündelinteressen und die Konkretisierung der Personensorgepflichten des Vormunds, insbesondere durch regelmäßigen persönlichen Kontakt. Durch die Gesetzesänderungen steigen nicht nur die Anforderungen an die Vormünder, sondern es werden auch neue Rahmenbedingungen vorgegeben, zu deren Einhaltung die Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichtet sind.

Die Kernvorschrift des Gesetzes schreibt den Vormündern explizit vor, die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten. Der Vormund wird verpflichtet, mit dem Mündel einmal im Monat persönlichen Kontakt zu halten und ihn in seiner gewohnten Umgebung aufsuchen.



Die gesetzlichen Vorgaben sehen weiterhin einen Personalschlüssel von 1:50 vor. Damit war der Landkreis in der Pflicht, im Bereich Amtsvormundschaften/Pflegschaften zusätzlich 1,5 Stellen einzurichten. Darüber hinaus waren neben der Stellenerhöhung notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung gewährleisten, wie z. B. die veränderte Finanzplanung, erweiterte Bereitstellung von Dienstkraftwagen für den Außendienst, Ausdehnung des Gleitzeitrahmens und Fortbildungen.

Zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben wurde zeitnah mit der Erarbeitung einer Konzeption begonnen. Die Konzeption beschreibt notwendige Maßnahmen und Aufgabenfelder mit ihren Schnittstellen z. B. zu Jugendhilfeeinrichtungen, Pflegefamilien, Herkunftsfamilien, sozialpädagogischer Dienst und zu den Familiengerichten.

Weiterhin besteht ein gesetzlicher Auftrag regelmäßig zu prüfen, ob die Aufgabenwahrnehmung teilweise auch durch Einzelvormünder erfolgen kann. In geeigneten Fällen können ehrenamtliche Vormünder die bessere Alternative zur Amtsvormundschaft des Jugendamtes sein. Dafür müssen geeignete Personen gefunden, ausreichend geschult und fortlaufend begleitet werden. Diese Aufgabe ist nicht neu, gewinnt aber zunehmend an Bedeutung. Deshalb wird aufgrund der Erfahrungsberichte umliegender Landkreise und Kommunen ein Verfahren zur Umsetzung der Gewinnung von Einzelvormündern erarbeitet.

- *Vergleichsringarbeit in Begleitung der KGSt im Bereich Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften*

Der Landkreis hat seit Dezember 2010 gemeinsam mit weiteren 6 Landkreisen aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt an der ersten Projektphase des Vergleichsringes Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften teilgenommen. Dabei handelte es sich um die bundesweit erste Vergleichsringarbeit in den genannten Aufgabenbereichen. Innerhalb eines Jahres ist es gelungen ein einheitliches Kennzahlensystem in drei Arbeitsbereichen zu vereinbaren und in jedem Landkreis entsprechende Datenerhebungsquellen einzurichten.

So wurden 22 Kennzahlen sowie 29 dazugehörige Grund- und 7 Strukturzahlen erarbeitet mit denen in 2010 eine Probeerhebung in den Bereichen Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Beurkundungen durchgeführt wurde. Wegen der jeweiligen Rahmenbedingungen der Landkreise und der sukzessiven Einrichtung der verschiedenen Datenerhebungen liegen aus der Probeerhebung allerdings noch nicht von allen Landkreisen vollständige Daten vor.

Die Vergleichsringarbeit wird im Jahr 2012 in der zweiten Projektphase fortgesetzt. Anfang dieses Jahres wird die Erhebung der Jahreswerte 2011 vorgenommen. Die Ergebnisse werden im Sommer 2012 vorliegen.

- *Bereich Unterhaltsvorschuss*

Mit den Unterhaltsvorschussleistungen sollen alleinstehende Elternteile von finanziellen Sorgen entlastet werden, wenn der unterhaltspflichtige Elternteil sich seiner Zahlungspflicht entzieht, zu Unterhaltszahlungen ganz oder teilweise nicht in der Lage oder der Unterhaltspflichtige verstorben ist und das Kind keinen ausreichenden Anspruch auf Waisenrente hat.

Unterhaltsvorschussleistungen können Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr für längstens 72 Monate beziehen. Die Unterhaltsvorschussleistungen betragen für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres zurzeit monatlich 133 € bzw. für Kinder vom 7. bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres monatlich 180 €. Auf die Beträge werden Einkünfte der Kinder angerechnet, wie z. B. Unterhaltszahlungen oder Waisenbezüge.

Im Jahr 2011 erhielten monatlich ca. 1.100 Kinder Unterhaltsvorschussleistungen. Insgesamt wurden 2,2 Mio. € ausgezahlt. Die Unterhaltsvorschussleistungen werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert. Für die Unterhaltsschuldner besteht eine Rückzahlungspflicht, soweit es sich nicht um Ausfalleleistungen handelt. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner stellt im Verhältnis zur Leistungsgewährung den weitaus größeren Aufgabenanteil dar. Er ist überwiegend mit jahrelangen Einzugsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden.

Für den Leistungsvergleich der Kommunen werden jährlich die Rückforderungsquoten ermittelt. Der Landkreis konnte sein Einnahmenvolumen aus Rückforderungen i. H. von 350.301,81 € im Jahr 2010 auf 408.539,68 € in 2011 erhöhen. Das waren 58.237,87 € Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr. Damit stieg die Rückforderungsquote von 15,58 v. H. auf 18,27 v. H. Der Landesdurchschnitt lag im Jahr 2010 bei 12,84 v. H. Für das Jahr 2011 liegt der Landesdurchschnitt noch nicht vor.

## Amt für Bildung und Kultur

### Schulverwaltung

Die wesentlichen Aufgaben waren:

- Organisation und Finanzierung der Schülerbeförderung von 6.830 Fahrschülern des Landkreises (3.448.700 € Beförderungskosten)
- Bearbeitung der Schulkostenbeiträge an die Träger der weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Landkreis und an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte im Land Brandenburg (Aufwendungen in Höhe von 3.457.790 €)
- Vergabe von Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (Landesmittel in Höhe von 145.620 €)
- Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen (Zuschüsse in Höhe von 15.263 €)
- Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Grundschulen im Landkreis zur Förderung der Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen (Zuschüsse in Höhe von 23.047 €)
- Mitwirkung in den Gremien der kreislichen Schulen sowie Begleitung der Schulvisitationen

### Kultur

Im Jahr wurde die Ausstellungstätigkeit in der Neuen Galerie in Wünsdorf und im Kreishaus erfolgreich fortgesetzt. Es gab verschiedene Ausstellungen der Malerei, Grafik, Plastik, Fotografie und des Kunsthandwerks von Künstlern unseres Landkreises, aus anderen Landkreisen des Landes Brandenburg und aus Berlin. Besondere Ereignisse waren die Jubiläumsausstellung zum 70. Geburtstag des Dabendorfer Malers Jürgen Melzer mit über 500 Besuchern und die Jahresendausstellung „Akzente 8“, an der sich 35 Künstler beteiligten.

Anfang Mai besuchten zahlreiche Gäste die jährlich stattfindende Aktion „Offene Ateliers“, ein Kooperationsprojekt des Arbeitskreises der Kulturverwaltungen im Land Brandenburg. Es gab die Gelegenheit, Künstler in ihren Ateliers zu besuchen, ihnen bei der Arbeit über die Schulter zu schauen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Alle zwei Monate erschien der Veranstaltungskalender, in dem sich jeder informieren kann, welche kulturellen Ereignisse im Landkreis stattfinden. Das Heimatjahrbuch 2011 berichtete über historische und aktuelle Geschehnisse im Landkreis.

### Museum des Teltow in Wünsdorf

Im Sonderausstellungsbereich ist ein Projekt erwähnenswert, das auf größeres Publikumsinteresse gestoßen ist:

„Schriftkram aus fünf Jahrhunderten aufpoliert. Das restaurierte Gutsarchiv von Rochow-Stülpe-Plessow“ (in Kooperation mit dem Kreisarchiv Teltow-Fläming)

Außerdem liefen die Ausstellungen:

- „Bild und Ton“ - Fotoapparate und Radiogeräte aus der Zeit von 1946 bis 1989, zu der eine zusätzliche Begleitveranstaltung organisiert worden ist
- „Petticoat. Die Fünfziger Jahre“ (in Zusammenarbeit mit einem Sammler aus Großbeuthen)

Weitere Aktivitäten waren:

- Vorbereitung und Durchführung der Aktion „Feuer und Flamme für unsere Museen“ am 29. Oktober in Zusammenarbeit mit den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Havelland und der Stadt Brandenburg/Havel. Vier Museen aus dem Landkreis Teltow-Fläming nahmen teil, so auch das Museum des Teltow.
- Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte, insbesondere der Broschüre „Historische Stätten und Museen zwischen Nuthe und Dahme“ in Zusammenarbeit mit Dr. Siegfried Wietstruk, Rangsdorf.
- Seit Sommer 2010: Unterstützung der Projektgruppe „Museum in der Natur. Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“; Ursprünglich vom Museum erarbeitete Ausstellungen wurden bzw. werden anderenorts gezeigt.
- Gut besuchte Vorträge des Museumsleiters.
- Der im Rahmen des Kommunalkombiprogramms im Museum tätige Mitarbeiter ist mit Vorträgen und selbst erstellten Programmen in verschiedenen Grundschulen des Landkreises tätig geworden.
- Das Museum hat seine Sammlungsbestände vielfältig zur Verfügung gestellt und beratend gewirkt und damit u. a. Schulen, Vereine u. ä. unterstützt. Es gab konkrete Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden des Landkreises.
- Das Heimatjahrbuch für den Landkreis Teltow-Fläming wurde erarbeitet.
- Die „normale“ museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen, vermitteln – wurde intensiv weitergeführt.

### Kreismedienzentrum

Die Struktureinheit aus Fahrbibliothek, Kreisergänzungsbibliothek und Kreisbildstelle hat sich auch 2011 sehr positiv bewährt. Aus dem gesamten Medienpool, der eine synergetische Einheit bildet, konnten die Medien wie folgt genutzt werden:

- mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek des Landkreises für 158 Haltepunkte im Landkreis
- Versorgung der Schulen, Öffentlichen Bibliotheken und anderen Bildungseinrichtungen mit einer Medienvielfalt

➤ *Öffentlichkeitsarbeit/Veranstaltungen:*

Insgesamt fanden 89 Veranstaltungen, sowie gemeinsame, Lese fördernde Aktionen mit 2548 Kindern und Erwachsenen statt:

*Zum Beispiel:*

- Kreisentscheid zum 52. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels im Kreishaus, gemeinsam mit der VHS und Kreismusikschule
- Mitwirkung beim Projekttag in der Ebert-Schule Luckenwalde mit der Fahrbibliothek
- Teilnahme am Kreiserntefest in Ließen mit der Fahrbibliothek
- „Lange Nacht der Bibliotheken“ - zum 4. Mal; durchgeführt im Kreishaus mit 157 Kindern aus den Kindertagesstätten des Landkreises, die durch die Fahrbibliothek betreut werden, dem Leselöwen, dem Kleinen Eisbär und „Andersens Koffertheater“ (Erzähltheater)
- Teilnahme am Herbstfest in der Grundschule in Züllichendorf mit der Fahrbibliothek
- Veranstaltungen zu den Berlin-Brandenburgischen Märchentagen
- Teilnahme am Nikolausfest in der Grundschule in Stülpe mit der Fahrbibliothek
- Autorenlesung im Kreismedienzentrum zur Vorweihnachtszeit für Leser der Fahrbibliothek
- Kinderfilmfest - zum ersten Mal in der Kreisbildstelle mit insgesamt 365 Kindern aus fünf Schuleinrichtungen des Landkreises und dem OSZ Luckenwalde organisiert
- Ausstellung des Medienzentrums zum Thema „Sucht“ anlässlich der Suchtmesse im Kreishaus

Außerdem:

- wurden 46 literarische Veranstaltungen wie Buchvorstellungen und Vorlesen, sowie 29 Bibliothekseinführungen mit insgesamt 1426 Kindern aus Kindertagesstätten, Schulen und Horten organisiert - der besondere Schwerpunkt lag auf der Leseförderung
- betreuen die Kollegen der Fahrbibliothek erstmals seit diesem Jahr auch eine Literatur-AG

➤ *Fahrbibliothek*

- die *Fahrbibliothek* bediente insgesamt 158 Haltepunkte im Landkreis (Orte ohne Öffentliche Bibliotheken) im 4-Wochen-Rhythmus mit 22.700 Besuchern in den Standzeiten
- Förderschulen und zwei Altenheime werden angefahren und die Leser mit speziellen und altersgerechten Medien betreut
- regelmäßig werden die Kindertagesstätten und Horte im Landkreis mit Medienkoffern versorgt

➤ *Kreisergänzungsbibliothek*

- den Medienpool der Kreisergänzungsbibliothek nutzten die 15 Öffentlichen Bibliotheken im Landkreis und auch die Leser der Fahrbibliothek
- ¼-jährlich lädt die Kreisergänzungsbibliothek die Leiter der Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises und die Landesfachstelle Potsdam zur Kreisarbeitsgemeinschaft, zum Erfahrungsaustausch, zu Fortbildungsveranstaltungen und zur Planung gemeinsamer kreislicher Veranstaltungen ein

➤ *„Digitale virtuelle Ausleihe“*

- erste Überlegungen gab es zum Projekt „Digitale virtuelle Ausleihe“ - ein neuartiges, kundenfreundliches Bibliotheksangebot in allen Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises mit der Kreisbibliothek als Koordinator (digitale Medien wie E-Books, E-Audios etc. können über das Internet „ausgeliehen“ werden, bereits in vielen Bibliotheken im Land Brandenburg in die Praxis eingeführt)

➤ *Kreisbildstelle*

- Anschaffung von unterrichtsbezogenen Lehrmitteln in Form von audiovisuellen Medien mit öffentlichen Aufführrechten und Ausleihe an 113 Bildungseinrichtungen des Landkreises (davon werden 51 direkt durch Kurier angefahren); ebenso leihweise Nutzung der Camcorder, Videokameras, Leinwände, Abspielgeräte
- Erstellung und Verteilung von Medienkatalogen über Neuerscheinungen für Kita's und Grundschulen
- Grundsteinlegung für aktive medienpädagogische Arbeit durch das Filmfest - Fortführung im nächsten Jahr
- aktive Medienarbeit, Unterstützung der Schüler und Lehrer bei der Verwirklichung von Videoprojekten
- Audiovisuelles Festhalten in Bild und Ton aller Veranstaltungen des Kreismedienzentrums und ausgewählter Veranstaltungen des Landkreises

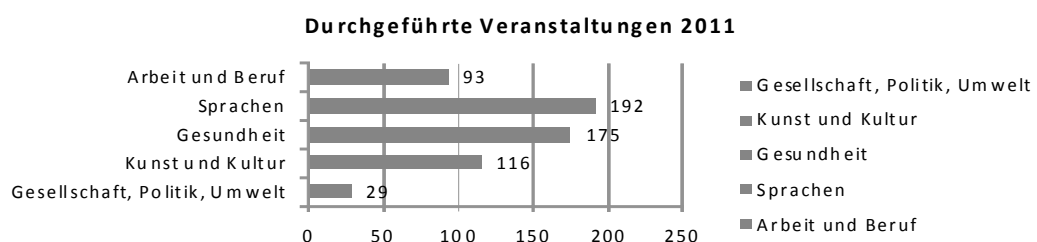
➤ *Lernen mit Bildungsmedien Online*

- erste Schritte zur Einführung der „Digitalen Distribution“ wurden unternommen, d.h. Lehr- und Lernmittel werden im digitalen Format als Bildungsmedium Online angeboten - der Mehrwert ergibt sich für Schüler, Lehrkräfte und Schulträger
- Einsicht über die vorhandenen Medienbestände der drei Einrichtungen ist im Internet möglich
- im Kreismedienzentrum konnten insgesamt 59545 Entleihungen erzielt werden

## Volkshochschule

Die Volkshochschule ist die kommunale Weiterbildungseinrichtung des Landkreises und versteht sich als Partner der regionalen Entwicklung. Sie steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen und eröffnet vielfältige Zugänge zur Weiterbildung. Wohnortnahe Lernorte machen die Angebote für alle erreichbar und ermöglichen ein freiwilliges Lernen mit Freude und Zufriedenheit. Als regionaler Bildungspartner arbeitet die Volkshochschule im Netzwerk „Gesunde Kinder Teltow-Fläming“ und im Netzwerk „Kinderschutz“ aktiv mit. Im regionalen Weiterbildungsbeirat ist die Volkshochschule ein verlässlicher Partner in der Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Weiterbildungsträgern der Region.

Die Volkshochschule war mit einem flächendeckenden, vielfältigen Bildungsangebot ein leistungsstarker Bildungspartner in der Region. Die Zahlen sprechen für sich: so wurden insgesamt 637 Kurse mit 11.893 Unterrichtsstunden durchgeführt, die von 5264 Teilnehmenden besucht wurden. Damit bestätigt die Volkshochschule eine steigende Inanspruchnahme ihrer qualitativen Weiterbildungsangebote. Dabei leisten die 150 neben- und freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten an der Volkshochschule eine hervorragende Lehrtätigkeit.



Die Volkshochschule Teltow-Fläming ist besonders um jene Menschen bemüht, die bislang zu wenig von Weiterbildung profitieren. Mit dem Grundbildungs- und Schulabschlussprogramm leistete die Volkshochschule einen Beitrag gegen Bildungsungerechtigkeit. Bildungsbenachteiligte brauchen und verdienen eine zweite Chance. Deshalb ermöglicht die Volkshochschule mit dem Zweiten Bildungsweg jungen Erwachsenen das Nachholen eines Schulabschlusses. Zum Schuljahresende 2010/2011 konnten 70 Absolventen nach zweijähriger Schulzeit mit guten Zeugnissen verabschiedet werden. Für das Schuljahr 2011/2012 meldeten sich 111 Schülerinnen und Schülern zur Erlangung der Fachoberschulreife an. Das Projekt „Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung“ im Zweiten Bildungsweg will die jungen Menschen rechtzeitig mit Berufsfeldern und Unternehmen der Region vertraut machen. Damit soll ihnen ein gelungener Übergang von Schule in Ausbildung bzw. Arbeit ermöglicht werden. Das Projekt führt die Volkshochschule in Kooperation mit dem Träger „Neue Sozialarbeit gGmbH“, dem Jobcenter Teltow-Fläming und dem Regionalbudget durch. Es wird gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Land Brandenburg.

Das breite Spektrum der Bildungsberatung durch die Volkshochschule reicht von der konkreten Lernberatung über die Bildungs- und Berufswegebegleitung bis hin zu neuen Formen der Kompetenzfeststellung, z. B. des ProfilPasses®.

Die Volkshochschule ist eine Bildungsberatungsstelle für die „Bildungsprämie“. Mit der Bildungsprämie unterstützt das BMBF seit 2008 Erwerbstätige, die sich weiterbilden möchten. Im Jahr 2010/2011 hat die Volkshochschule 197 trägerübergreifende Beratungen durchgeführt und Prämiegutscheine für berufliche Weiterbildungen ausgereicht.

## Kreismusikschule

Einige statistische Angaben:

- Die Zahl der Schüler belief sich Mitte Dezember (wie im Durchschnitt der letzten Jahre) auf 1.110. Nicht gezählt wurden Schüler, die ein zweites, drittes oder ein Ensemblefach belegen.
- 18 fest angestellte und 24 freie Mitarbeiter unterrichten pro Woche 653 Stunden. Davon entfallen auf die Angestellten 385 Stunden. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Zählung die Zeiten für Leitung, Verwaltung und Zusammenhangstätigkeiten.
- In über 140 Veranstaltungen spielten kleine und große Ensembles vor ca. 20.000 Besuchern im gesamten Kreisgebiet auf Einladung von Firmen, Städten und Gemeinden bei Festen, zur Gesellenfreisprechung, bei Seniorenfeiern, Jubiläen oder Einweihungen u.v.a.m.

Besondere Veranstaltungen waren:

- Teilnahme am Regional- und Landeswettbewerb von Jugend musiziert mit ersten und zweiten Preisen (22. Januar in Rathenow, 12. Februar in Finsterwalde, 25. März in Frankfurt/O.)
- NEU: erstmals Qualifikation eines Trompetenquartetts zum Bundeswettbewerb Jugend musiziert (14. und 16. Juni in Neubrandenburg). Erfolgreiche Teilnahme mit 19 von 25 Punkten! (Von über 30.000 Teilnehmern der Regionalwettbewerbe wurden 2.400 zum Bundeswettbewerb zugelassen. Das Ensemble der Kreismusikschule war das einzige Blechbläserensemble aus Brandenburg)
- NEU: ENVIA-Wettbewerb der ostdeutschen Bundesländer (28. Mai in Cottbus, Sonderpreis der Jury für das Blechbläserquartett)
- Luckenwalder Turmfest (5. Juni) - Konzert des Keyboard-Orchesters auf der Hauptbühne

- Aufführung des Stückes „Alarm in der Puppenkiste“ in Kooperation mit der „Kita 4 Jahreszeiten“ (Volkssolidarität), welches für zwei ausverkaufte Veranstaltungen im Luckenwalder Stadttheater (18. und 20. Juni) sorgte.
- NEU: erstmals Mitwirkung bei der landesweiten Veranstaltungsreihe „Musikschulen öffnen Kirchen“ (Jakobikirche Luckenwalde, 24. Juni) - für 2012 ist die Durchführung von 4 Konzerten angemeldet
- Teilnahme an den Landesmusikschultagen mit „Keks-Orchester“ und „Keyboard-Orchester“ (1.-3. Juli in Guben)
- Ausstellungen der Kunstklasse: 13. April bis 1. Juni - Villa Folke Bernadotte, Berlin; 23. August bis 10. Oktober - Landtag Brandenburg, Potsdam; 3. Dezember bis 29. Januar 2012 – DAS HAUS, Altes Lager
- NEU: Abschluss einer Weiterbildung von drei Lehrkräften für das Projekt „Klasse! Musik für Brandenburg“ - Vier Schulklassen in Jüterbog und Dabendorf erhalten wöchentlich regelmäßig insgesamt 9 Stunden Instrumentalunterricht.
- Weihnachtskonzert im ausverkauften Stadttheater Luckenwalde (10. Dezember, Dauer 3 Std., 160 Mitwirkende)
- Mitwirkung bei Veranstaltungen des Landkreises (Auswahl):
  - o Neujahrsempfang mit der Gruppe „Trommelfieber“ (21. Januar)
  - o Frauentagsfeier Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald (BBI, 8. März)
  - o Landes-Seniorenwoche mit Ministerpräsident Platzeck und Prof. Dr. Heppner (20. Mai, Stadttheater Luckenwalde)
  - o Behindertensportfest mit „Trommel-Fieber“ (Kolzenburg, 4. September)
  - o Kreiserntefest mit „Trommel-Fieber“, „Keyboard-Orchester“ und „Blechsaden“ (Petkus, 11. September)
  - o „Tag des Ehrenamtes“ mit Bläser-Schülern (Kreisverwaltung, 8. Dezember)

Wie bereits in den vergangenen Jahren stellte das Staatliche Schulamt Wünsdorf Informationen für diesen Bericht zur Verfügung:

## Staatliches Schulamt Wünsdorf

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf als untere Schulbehörde ist für die Aufsicht der Schulen in den beiden Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald zuständig. Der Berichtszeitraum des 2. Schulhalbjahres 2010/11 sowie des 1. Schulhalbjahres 2011/12 war insbesondere durch folgende wesentliche Aspekte gekennzeichnet:

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es insgesamt 30 Grundschulen, zehn Oberschulen sowie sechs Gymnasien. Davon befinden sich zwei Grundschulen, zwei Oberschulen und ein Gymnasium in freier Trägerschaft.

Weiterhin stehen eine Grund- und Oberschule, eine Gesamtschule, vier Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ und zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ zur Verfügung. Außerdem gibt es ein Oberstufenzentrum (OSZ) mit Standorten in Luckenwalde und Ludwigsfelde sowie den Lehrgang für den Zweiten Bildungsweg an der Volkshochschule (VHS).

Derzeit lernen 13.809 Schülerinnen und Schüler in 604 Klassen in den 49 staatlichen allgemein bildenden Schulen. Sie werden von 1.264 Lehrkräften unterrichtet.

### Bereich Grundschulen

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden zum Schuljahr 2011 in den 28 staatlichen Grundschulen 1.262 Schülerinnen und Schüler in 55 Klassen aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 22,9.

Im Bereich des Schulträgers der Gemeinde Rangsdorf wurde 2009/2010 die Grundschule in Groß Machnow eröffnet. Diese ist seit dem Schuljahr 2011/12 voll ausgebaut von den Jahrgangsstufen 1 bis 6 mit 295 Schülerinnen und Schülern in 12 Klassen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden zwei weitere Klassen eingerichtet. Damit stieg die Schülerzahl um weitere 46 Schülerinnen und Schüler an.

Für insgesamt 156 Schülerinnen und Schüler erfolgte eine Zurückstellung vom Schulbesuch. Das sind 4 Zurückstellungen mehr als im vergangenen Einschulungsjahr.

Auf die Schülerzahl von ca. 1.250 Schülerinnen und Schüler stabilisiert sich das Niveau der Einschulungen, wie der nachfolgende Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge der staatlichen Grundschulen zeigt:

### Einschulungen

Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
2006/07	1.291	58	22,3
2007/08	1.263	55	23,0
2008/09	1.244	52	23,9
2009/10	1.246	55	22,7
2010/11	1.233	55,5	22,2
2011/12	1.262	55	22,9



Die Anzahl der „Flexschulen“ ist unverändert bei 15 geblieben. Die personelle Ausstattung entspricht den festgelegten Richtlinien, d.h., an jeder Grundschule mit flexibler Schuleingangsphase ist eine sonderpädagogische Lehrkraft tätig.

Ganztagsangebote werden von neun Grundschulen in Form der „Verlässlichen Halbtagsgrundschule“ – kurz VHG genannt – sowie von einer Grundschule mit „offenen Angeboten“ unterbreitet. Damit besteht ein Versorgungsgrad von 33,4 % in der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich.

Die bestehenden verbindlichen Kooperationen der Grundschulen mit den Kindertagesstätten sowie die seit Jahren praktizierte gute Zusammenarbeit des Staatlichen Schulamtes mit dem Jugendamt waren auch in Vorbereitung des Schuljahres 2011/2012 wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung der „Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung“.

Die sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Staatlichen Schulamt konzentriert sich in diesem Schuljahr auf folgende Arbeitsschwerpunkte:

- „Kindeswohlgefährdung“
- die Neugestaltung der Zusammenarbeit Jugendamt – Schulamt bzw. Schule durch Unterzeichnung einer Rahmenvereinbarung am 9. November
- die Arbeit in der Arbeitsgruppe „Primäre Suchtprävention“

#### **Bereich weiterführende allgemein bildende Schulen**

Im Ergebnis des Aufnahmeverfahrens in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen, einschließlich der Schulen in freier Trägerschaft (Sekundarstufe I), wurden insgesamt ca. 1.280 Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung sowie der tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Schulen entsprechend untergebracht.

Zum Schuljahresbeginn bestand folgende Verteilung von Schülerinnen und Schülern des siebenten Jahrgangs im Landkreis:

Schulform	Schülerzahl absolut	Schülerzahl in %	Anzahl Klassen
Oberschulen (9)	600	47	26
Gesamtschule (1)	140	11	5
Gymnasien (5)	539	42	20
gesamt	1.279		

Im Vergleich zum Vorjahr waren ca. 200 Schülerinnen und Schüler mehr mit Schulplätzen zu versorgen und dementsprechend wurden zusätzlich 8 Klassen eingerichtet, davon 6 an Oberschulen und drei an den Gymnasien. An der Gesamtschule in Dabendorf musste die Kapazität aufgrund der räumlichen Situation wieder auf 5 Klassen beschränkt werden. Damit sind mehr Schülerinnen und Schüler an Oberschulen als an Gymnasien zu verzeichnen.

Für den Nachweis der Eignung zum Besuch eines Gymnasiums mussten von insgesamt 113 Schülerinnen und Schülern im Schulaufsichtsbereich des Staatlichen Schulamtes Wünsdorf ca. 60 Schülerinnen und Schüler am Probeunterricht an den Standorten Blankenfelde und Luckenwalde teilnehmen. Davon haben ca. 20 % den Probeunterricht bestanden und damit die Möglichkeit am Anmeldeverfahren für ein Gymnasium teilzunehmen, gewahrt.

Von den insgesamt 15 weiterführenden allgemeinbildenden Schulen unterbreiten 8 Schulen, davon 6 Oberschulen und 2 Gymnasien, ein Ganztagsangebot. Das entspricht einem Anteil von 53 Prozent.

Damit profitiert der größte Teil der Schülerinnen und Schüler in diesem Bereich von den vielfältigen Möglichkeiten, die durch die Ganztagsorganisation eröffnet werden.

Ein wichtiges Aufgabenfeld in den Schulen ist die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit, um die Anschlussfähigkeit nach dem Verlassen der Schule zu gewährleisten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei, möglichst allen Schülerinnen und Schülern einen Abschluss des Bildungsganges zu ermöglichen.

Im Bereich der Oberschulen (einschließlich Freie Oberschule Baruth) zeigt sich für das Schuljahr 2010/11 bezogen auf die erreichten Abschlüsse folgendes Bild. Von den insgesamt 380 Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 10 haben erreicht:

Anzahl	Abschluss
6/ 1,6 %	BBR (Hauptschulabschluss/ Berufsbildungsreife)
130/ 34,2%	EBR (erweiterter Hauptschulabschluss/ erweiterte Berufsbildungsreife)
96/ 25,3 %	FOR (Realschulabschluss/ Fachoberschulreife)
127/ 33,4 %	FORQ (Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe)

In der Jahrgangsstufe 9 des gleichen Schuljahres konnte von insgesamt 472 Schülerinnen und Schülern 37 Schülerinnen und Schülern (= 7,4%) der Hauptschulabschluss nicht zuerkannt werden. Damit ist eine weitere Absenkung der Quote (Schüler ohne Abschluss) gegenüber 8% vom Vorjahr zu verzeichnen.

Im Rahmen der Schwerpunktaufgabe Berufs- und Studienorientierung gibt es neben den verbindlichen Arbeitsvereinbarungen zwischen der Arbeitsagentur in Potsdam und den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen sowie der Beteiligung der Oberschulen an IOS (Initiative Oberschule) auch eine enge Zusammenarbeit zwischen der SWFG und den Schulen des Landkreises. Der Arbeitskreis Schule/ Wirtschaft hat sich im Landkreis zu einer wichtigen Plattform des gegenseitigen Austausches und der Entwicklung vielfältiger Initiativen, insbesondere im Bereich der Oberschulen und Förderschulen, etabliert.

Hervorzuheben sind die jedes Jahr gemeinsam organisierten Berufsorientierungstourneen. Diese leben vor allem von der Bereitschaft und der aktiven Mitwirkung der jeweils beteiligten Betriebe. Die Gymnasien und Förderschulen haben insbesondere die angebotenen Fördermöglichkeiten der Arbeitsagentur für berufs- und studienorientierende Projekte im Rahmen von BaCh (Berufsorientierung als Chance) genutzt.

Die Projektangebote der „Initiative Oberschulen stärken – IOS“ nutzen durchweg alle Oberschulen des Landkreises im Sinne der Verbesserung vor allem der sozialen und personalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Diese geht vielfach einher mit einer zielorientierten Berufsorientierung. Dabei sind die Schulen angehalten, bei der Projektauswahl immer auch den unterrichtlichen Bezug und die Nachhaltigkeit zu sehen, um über die Förderperiode hinaus wichtige Projektinhalte in den Schulalltag einfließen zu lassen.

An den meisten Oberschulen sind die durch die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten sogenannten „Berufseinstiegsbegleiter“ tätig, die sich intensiv um abschlussgefährdete Schülerinnen und Schüler kümmern und diese aktiv bei der Berufswahl unterstützen, teilweise auch über die Beendigung der Schulzeit hinaus.

## **Bereich Förderschulen**

Im Schuljahr 2010/11 lernten 659 Schülerinnen und Schüler in den Förderschulen des Landkreises. In den vier Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ wurden 524 Schülerinnen und Schüler in 46 Klassen beschult.

Die Schulen mit dem Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung" in Jüterbog und Groß Schulzendorf besuchten im Schuljahr 2010/11 135 Schülerinnen und Schüler.

## **Bereich Zweiter Bildungsweg und Oberstufenzentrum Teltow-Fläming (OSZ)**

Der Zweite Bildungsweg an der Kreisvolkshochschule Teltow-Fläming wurde mit der Einrichtung von zwei Klassen der Jahrgangsstufen 9 und drei Klassen der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2011/12 fortgeführt. Insgesamt nehmen 113 Schülerinnen und Schüler in Luckenwalde die Möglichkeit wahr, in diesem Rahmen ihren Schulabschluss nachzuholen.

Am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming lernen im Schuljahr 2011/12 etwa 1.750 Schülerinnen und Schüler (davon ca. 500 in Vollzeit).

Mit der Einrichtung von Klassen eines beruflichen Gymnasiums sowie der breiten Palette der Berufsausbildung am OSZ des Landkreises Teltow-Fläming haben insbesondere die Abgänger der Oberschulen vielfältige Ausbildungsperspektiven in der Region, die es verstärkt zu nutzen gilt.

In Absprache mit dem Leiter des OSZ und dem Staatlichen Schulamt haben die Oberschulen verbindliche Kooperationen mit dem OSZ abgeschlossen und gemeinsam Maßnahmen abgestimmt, um die vorhandenen regionalen Ressourcen zur Gewinnung des Berufsnachwuchses als wichtigen Pfeiler der Fachkräftesicherung in der Region effektiv zu nutzen.

Insgesamt kann im Rückblick auf das Jahr festgestellt werden, dass auf den verschiedenen Arbeitsebenen ein enges Zusammenwirken von Landkreis und Staatlichem Schulamt existiert. Dieses trifft auch für die Zusammenarbeit mit den einzelnen Schulträgern zu. Das Wahrnehmen der gemeinsamen Verantwortung für die Bildung der heranwachsenden Generation sollte auch weiterhin Maßstab dieser Zusammenarbeit sein.